



**INTERNATIONAL
KARL POLANYI
SOCIETY**

POLANYI PAPER

KLIMAFREUNDLICHE TRANSFORMATIONSPFADE

**Die Transformation multiperspektivisch
planen**

**POLANYI PAPER #006
DEZEMBER 2024**

Novy, Andreas; Arzberger, Lea;
Dornis, Nora; Duman, Ufuk;
Grabow, Simon; Lutz, Philipp,
Aigner, Ernest; Haas, Willi; Miess,
Michael; Spittler, Nathalie (2024)
available at
[karlpolanyisociety.com/
publications/polanyi-papers/](https://karlpolanyisociety.com/publications/polanyi-papers/)





IMPRESSUM

© 2024 Andreas Novy, Lea Arzberger, Nora Dornis, Ufuk Duman, Simon Grabow, Philipp Lutz, Ernest Aigner, Willi Haas, Michael Miess, Nathalie Spittler

Names: Novy, Andreas; Arzberger, Lea; Dornis, Nora; Duman, Ufuk; Grabow, Simon; Lutz, Philipp; Aigner, Ernest; Haas, Willi; Miess, Michael; Spittler Nathalie

Klimafreundliche Transformationspfade - Die Transformation multiperspektivisch planen (Polanyi Paper #006)

Online Publication, 2024

Published by International Karl Polanyi Society, Welthandelsplatz 1, 1020 Vienna, Austria

ZVR-Nr.: 1507763017

Editor: International Karl Polanyi Society (IKPS)

ISSN (Online) 2791-4674f

ikps@wu.ac.at

Typeset in Calibri

Illustrations by IKPS

For more information about this series, please visit:

<https://www.karlpolanyisociety.com/publications/polanyi-papers/>

Zusammenfassung

Das vorliegende Polanyi-Paper versucht, einen Beitrag zu transformativer Klimaforschung zu leisten. Diese überwindet den verengten Ansatz der derzeit dominanten Klimaforschung, deren Forschungsfokus auf THG-Emissionen liegt und deren primäres Ziel die Dekarbonisierung, also die Klimaneutralität, ist. Transformative Klimaforschung verfolgt stattdessen einen multiperspektivischen Zugang; sie ist dialogorientiert, inter- und transdisziplinär. Sie integriert nicht nur Natur- und Sozialwissenschaften, sondern ermöglicht es auch, die Perspektiven unterschiedlicher Denkkollektive – also sozialer Gruppen mit gemeinsamen Sichtweisen, Interessen und Werthaltungen – zu berücksichtigen. Ein multiperspektivischer Zugang, der unterschiedliche Denkkollektive in Dialog bringt, erleichtert somit ein umfassenderes Verständnis sowohl der Ursachen scheiternder Klimapolitik als auch der Möglichkeiten zur Überwindung von Blockaden.

Eine Perspektive, die dem vorliegenden Artikel zugrunde liegt, ist der Forschungsansatz der politischen Ökonomie in der Tradition Karl Polanyis. Karl Polanyi untersuchte einerseits langfristige, grundlegende Transformationen wie den Übergang vom Feudalismus zur Industriegesellschaft. Andererseits analysierte er auch die für ihn gegenwärtige politische und gesellschaftliche Situation der Zwischenkriegszeit (1918-1938). Der Klimawandel scheint eine neue grundlegende Transformation von Wirtschafts- und Lebensweisen zu bedingen. Jedoch, so wie Polanyi die Ursprünge des Faschismus verstehen wollte, kann auch heute Klimapolitik nicht ohne die neuen reaktionären politischen Bewegungen verstanden werden, die nicht nur Klimapolitik, sondern auch Wissenschaft, Sozialstaat und liberale Demokratie infrage stellen.

Dieses Polanyi-Paper baut auf der Erkenntnis auf, dass es grundlegende Veränderungen in verschiedenen Bereichen des Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens braucht, damit klimafreundliches Leben – also ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen – möglich wird. Obwohl die Notwendigkeit dieser Veränderungen schon seit langem bekannt ist, wächst die Gefahr einer *transformation by disaster* als Folge von Klimamaßnahmenverzögerung. Ein möglicher ökologischer und gesellschaftlicher Zusammenbruch als Folge von Nicht-Handeln oder Zu-Spät-Handeln ist nicht auszuschließen. Dies liegt wesentlich daran, dass häufig sowohl die gesellschaftliche Unterstützung (d. h. die Zustimmung der Bevölkerung) als auch die politische Unterstützung (d. h. der Wille und das Interesse der Entscheidungstragenden) fehlen. Transformative Klimaforschung versucht, eine *transformation by design* zu unterstützen, d. h. die kollektive Planung und Gestaltung klimafreundlichen Lebens. Dabei umfasst Klimafreundlichkeit sowohl das Wohlergehen aller Menschen als auch die Rückkehr in einen sicheren Handlungsspielraum der Menschheit innerhalb planetarer Grenzen. Insbesondere in Zeiten grundlegenden Wandels sind solche Überlegungen

Polanyi Paper #006

notwendig, die sich einem Zeitgeist entgegenstellen, der aufgrund der bisher ausbleibenden Transformation mit der Katastrophe kokettiert. Auch wenn es Versuche gibt, sich mit der Apokalypse auseinanderzusetzen, um die Ernsthaftigkeit aufzuzeigen und den kompletten Zusammenbruch zu verhindern, braucht es mehr denn je alternative Erzählungen, wie der Weg zu einem klimafreundlichen Leben gelingen kann.

Damit eine *transformation by design* möglich wird, benötigt es breite gesellschaftliche und politische Unterstützung. Die Potentiale auszuloten, wie eine solche Unterstützung zu organisieren ist und wie eine klimafreundliche Transformation gelingen kann, erfordert, den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Kontext, in den Klimapolitik eingebettet ist, sowie die Wechselwirkungen mit anderen Politik- und Handlungsfeldern zu untersuchen. Klimafreundliche Politik benötigt politikfeldübergreifende Zusammenarbeit und unkonventionelle Allianzen. Das vorliegende Polanyi Paper möchte dazu einen Beitrag leisten und geht wie folgt vor:

Auf die Einleitung in Kapitel 1 folgend, werden in Kapitel 2 ausgewählte Schlüsselkonzepte für transformative Klimaforschung vorgestellt. Diese bilden einen konzeptionellen Rahmen für die Analyse, Bewertung und Erweiterung von Klimapolitik in den anschließenden Kapiteln. Zentral dabei ist die Erweiterung des Forschungsgegenstands von Klimaneutralität zu klimafreundlicher Transformation als neue Zielsetzung, d. h. der Fokus auf die Veränderung der Wirtschafts- und Lebensweisen hin zu einem guten Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen.

Kapitel 3 zeigt die aktuellen Chancen und Herausforderungen für die Konzeption einer wirksameren und umsetzbareren klimafreundlichen Transformation in vier relevanten Politikfeldern auf. Die zentralen Herausforderungen umfassen insbesondere (1) die verstärkte geopolitische und geoökonomische Konkurrenz, die die internationale Klimakooperation behindert; (2) zunehmende Demokratiemüdigkeit und Wissenschaftsskepsis; (3) wirtschafts- und sozialpolitische Weichenstellungen, die den Möglichkeitsraum für klimasoziale Politik einengen sowie (4) die zunehmende Fragmentierung und Polarisierung der westlichen pluralistischen Gesellschaften.

Zur vertiefenden Analyse beschäftigen wir uns in Kapitel 4 mit den zwei zentralen Denkkollektiven in Klimapolitik und Klimaforschung – der Ökomodernisierung und dem Systemwandel. Dort beschreiben wir die unterschiedlichen Problemverständnisse und Lösungsansätze der jeweiligen Denkkollektive, sowie die daraus hervorgehenden Stärken und Schwächen in Bezug auf die Realisierung einer klimafreundlichen Transformation. Ausgehend von den Analysen in den vorangegangenen Kapiteln definiert Kapitel 5 Mindestanforderungen klimafreundlicher Transformationspfade. Diese Mindestanforderungen benennen über Politikfelder hinweg notwendige, wiewohl noch nicht



Polanyi Paper #006

ausreichende, Anforderungen einer klimafreundlichen Transformation: (1) Ein **erweitertes Verständnis von Klimapolitik, das** Klimaschutz und Klimawandelanpassung integriert und notwendige Veränderungen in den Politikfeldern Wirtschaft, Soziales und Sicherheit einfordert. (2) Die **Integration von verschiedenen Maßnahmen zu Maßnahmenbündeln**, wie beispielsweise von inkrementellen und radikalen Maßnahmen und ebenso von Effizienz- und Suffizienzmaßnahmen. (3) Unkonventionelle Allianzen **auf Grundlage breit geteilter Interessen**, z. B. durch den Ausbau nachhaltiger, allgemein zugänglicher öffentlicher Infrastrukturen in der Nachbarschaft, die die Gemeinschaft stärken und Ungleichheit abbauen und gleichzeitig zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung beitragen. (4) Eine **klimafreundliche Governance**, die durchsetzbare Regeln festlegt und gleichzeitig lokale Gestaltungsspielräume für klimafreundliche Praktiken erweitert. Kapitel 6 resümiert und schlägt die Erarbeitung von Narrativen als Konkretisierung und Operationalisierung klimafreundlicher Transformationspfade als nächsten Forschungsschritt vor.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	6
1. Einleitung.....	9
2. Schlüsselkonzepte für transformative Klimaforschung.....	11
Klimafreundlichkeit	12
Denkkollektive und Multiperspektivität.....	12
Transformation im Sinne Polanyis.....	13
Geplante Transformationen	14
3. Herausforderungen und Chancen für eine klimafreundliche Transformation	15
3.1. Geoökonomie und Geopolitik.....	16
3.1.1. Herausforderungen für die Transformation	16
3.1.2. Chancen für die Transformation.....	20
3.2. Demokratie und Wissenschaft.....	22
3.2.1. Herausforderungen für die Transformation	22
3.2.2. Chancen für die Transformation.....	25
3.3. Wirtschaftspolitik.....	27
3.3.1. Herausforderungen für die Transformation	27
3.3.2. Chancen für die Transformation.....	31
3.4. Alltag und Gesellschaft	33
3.4.1. Herausforderungen für die Transformation	33
3.4.2. Chancen für die Transformation.....	36
4. Denkkollektive der Klimaforschung und Klimapolitik	40
4.1. Das Denkkollektiv der Ökomodernisierung	41
4.1.1. Grüner Markt.....	41
4.1.2. Grüner Keynesianismus.....	42
4.1.3. Zentrale Schwächen	43
4.2. Das Denkkollektiv des Systemwandels	43
4.2.1. Sichere und ökologische Grundversorgung.....	44
4.2.2. Radikaler Degrowth.....	44
4.2.3. Zentrale Schwächen	46



Polanyi Paper #006

5. Mindestanforderungen klimafreundlicher Transformationspfade.....	46
6. Fazit	50
Bibliographie.....	52



Klimafreundliche Transformationspfade- Die Transformation multiperspektivisch planen

Andreas Novy¹, Lea Arzberger², Nora Dornis³, Ufuk Duman⁴, Simon Grabow⁵, Philipp Lutz⁶, Ernest Aigner⁷, Willi Haas⁸, Michael Miess⁹, Nathalie Spittler¹⁰

Wir danken darüber hinaus Richard Bärnthaler, Claudia Kettner, Gustav Resch, Lukas Kranzl, Ilse Schindler und Karl Steininger für die ausführlichen Diskussionen und Kommentare.

¹ Andreas Novy ist außerordentlicher Professor auf der WU Wien, leitet das dortige Institut für räumliche und sozial-ökologische Transformationen und ist Präsident der International Karl Polanyi Society.

² Lea Arzberger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für räumliche und sozial-ökologische Transformationen der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Ihre Forschungsinteressen umfassen die Barrieren und Potenziale sozial-ökologischer Transformation, Ökofeminismus und (libertären) Autoritarismus

³ Nora Dornis ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für räumliche und sozial-ökologische Transformationen der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Wohlbefinden, sozial-ökologischen Utopien und Transformationspfaden.

⁴ Ufuk Duman ist Masterstudent der Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien und arbeitet als studentischer Mitarbeiter am Institut für räumliche und sozial-ökologische Transformationen. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen politische Ökonomie, sozialökologische Transformation und Macht.

⁵ Simon Grabow ist Doktorand am Institut für Räumliche und Sozial-Ökologische Transformation der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Forschung konzentriert sich auf die Untersuchung von Suffizienzstrategien zur Emissionsvermeidung, einschließlich deren potenzieller Anwendungen und Herausforderungen.

⁶ Philipp Lutz forscht als Prae-Doc am Institut für Räumliche und Sozial-Ökologische Transformationen (ISSET) der WU Wien. Seine Forschung behandelt globale Institutionen und Strategien für Degrowth, kritische internationale politische Ökonomie, (De-)Globalisierung und ungleichen (ökologischen) Tausch.

⁷ Ernest Aigner ist Postdoc am Social-Ecological Systems Institute an der Leuphana Universität Lüneburg. Seine Forschung befasst sich mit den sozialen und politischen Dimensionen der Ökologischen Ökonomik mit aktuellem Fokus auf Suffizienz, Klimafreundliches Leben und Arbeiten sowie Pluralismus in der Ökonomik.

⁸ Willi Haas ist Senior Scientist am Institut für Soziale Ökologie der BOKU. Er untersucht die Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Natur über Zeit und Raum hinweg und zieht Erkenntnisse aus vergangenen Transitionen für ein besseres Verständnis des Optionenraums für die nächste Transition zu einer nachhaltigen und post-fossilen Gesellschaft. Insbesondere interessieren ihn die Barrieren der Transition und wie diese überwunden werden können.

⁹ Michael Miess, derzeit karenziert vom Umweltbundesamt, forscht zu ökologischer Makroökonomie und makroökonomischer Modellierung an der King Abdullah University of Science and Technology. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der formalen Modellierung gekoppelter biophysikalisch-ökonomischer Mensch-Natur Systeme, sowie auf den sozialen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation.

¹⁰ Nathalie Spittler teilt sich am Zentrum für globalen Wandel und Nachhaltigkeit der BOKU die Leitung der Foresight Gruppe. Sie arbeitet vor allem inter- und transdisziplinär, um gemeinsam Wege zu finden, die es erlauben, das Wohlergehen aller innerhalb planetarer Grenzen zu steigern. Dafür nutzt sie quantitative und qualitative Methoden der systemischen Modellierung.

1. Einleitung

Das vorliegende Polanyi Paper versucht, einen Beitrag zu einer transformativen Klimaforschung zu leisten. Transformative Klimaforschung überwindet einen verengten Ansatz, dessen Forschungsgegenstand THG-Emissionen und dessen einziges Ziel die Dekarbonisierung, d. h. Klimaneutralität, ist. Transformative Klimaforschung verfolgt stattdessen einen multiperspektivischen Zugang; sie ist dialogorientiert, inter- und transdisziplinär. Sie integriert nämlich nicht nur Natur- und Sozialwissenschaften, sondern ermöglicht es auch, die Perspektiven unterschiedlicher Denkkollektive, d. h. sozialer Gruppen mit gemeinsamen Sichtweisen, Interessen und Werthaltungen, zu berücksichtigen. Ein multiperspektivischer Zugang, der unterschiedliche Denkkollektive in Dialog bringt, erleichtert ein umfassendes Verständnis der Ursachen scheiternder Klimapolitik sowie von Möglichkeiten zur Überwindung von Blockaden. Transformative Klimaforschung unterstützt somit eine transformative Klimapolitik: Zum einen fördert das erweiterte Problemverständnis Klimapolitikintegration, insbesondere von Klimaschutz, Klimawandelanpassung und weiteren sozialökologischen Politikfeldern. Zum anderen erleichtert es die Bildung unkonventioneller Allianzen jenseits der schon jetzt für Klimathemen sensibilisierten gesellschaftlichen Milieus. Derzeit wird jedoch transformative Klimapolitik durch Dualismen behindert, die im westlichen Denken tief verankert sind: Bewahren oder Verändern, Reform oder Revolution, kleine Maßnahme oder große Geste, Stadt oder Land - und in der Klimaforschung: Ökomodernisierung oder Systemwandel. Vertreter:innen von dualistischen Extrempositionen arbeiten oftmals getrennt und sind manchmal sogar verfeindet. Sie arbeiten nicht nur mit unterschiedlichen Konzepten, Theorien und Methoden, sondern basieren auch auf unterschiedlichen Menschen-, Natur- und Weltbildern. Als Mitglieder von *scientific communities* sind sie Teil von Denkkollektiven, die sich aus Anhänger:innen in Wissenschaft, aber auch in Politik, Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und Zivilgesellschaft zusammensetzen. Beide Denkkollektive sehen die Bewältigung der Klimakrise als eine, vielleicht die größte, Herausforderung des 21. Jahrhunderts, für die es unbedingt Lösungen braucht. Sie unterscheiden sich aber grundlegend in der Art, wie mit dieser Herausforderung umzugehen ist.

Heute sitzen beide im selben Boot. Beide sehen sich mit Rückschlägen in der Klimapolitik konfrontiert: Unternehmen, Regierungen und europäische Institutionen schrauben Klimaziele zurück, und klimaskeptische Parteien und Wahlprogramme sind erfolgreich. Trotz einer Beschleunigung der Symptome der Klimakrise wie Hitzerekorde und Extremwetterereignisse stockt der Wille zu wirksamem Klimaschutz. Der European Green Deal (EGD), der Weichen für einen grünen Kapitalismus stellen wollte, hat ebenso an Dynamik verloren wie die Klimabewegung, sowohl in moderaten Formen wie Fridays for Future als auch in radikalen Formen wie der Letzten Generation.



Aktuell verstärken sich Beharrungstendenzen, – sowohl durch das Festhalten an Institutionen eines fossilen Kapitalismus als auch durch den Aufstieg reaktionärer politischer Bewegungen – die mit signifikanten klimapolitischen Rückschlägen einhergehen. In diesem Umfeld, das Transformationen blockiert, gilt es, Potenziale für transformative Klimaforschung und Klimapolitik auszuloten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in Österreich heute die meisten Menschen trotz der Covid-19-Pandemie und steigenden Lebenshaltungskosten bequemer, gesünder und freier leben als ihre Großeltern (Wegscheider-Pichler et al., 2021; Bischofreiter et al., 2023). Es gibt tatsächlich einiges zu bewahren, was es erleichtert, ein gutes Leben zu führen: von persönlichen Freiheiten und materiellem Wohlstand bis hin zu sozialer Sicherheit und den Institutionen einer liberalen Demokratie (Novy, 2019). Doch gleichzeitig führt die Klimakrise unausweichlich zu grundlegenden Veränderungen, unabhängig davon, ob wir dies wollen oder nicht.

Ein Grund für die reaktionäre, rückwärtsgewandte Reaktion, die insbesondere eine Erzählung einer heilen Vergangenheit von Familie, Heimat und Wohlstand beinhaltet, ist, dass immer mehr Menschen eigentlich wissen: **Das einzig Sichere ist, dass es nicht so bleibt, wie es ist.** Das macht Angst. Viele fürchten, in einer Zeit des Umbruchs zu leben, in der die Zukunft Rückschritte bringt – an Wohlstand, Sicherheit und Freiheit. Diese breite Verunsicherung wird von politischen Bewegungen benutzt, um die Illusion zu vermitteln, der Status Quo könne als Normalzustand fortbestehen. Ein Festhalten an der Idee „Wir müssen uns nicht ändern“ instrumentalisiert dabei die Angst vor Veränderung.

In dieser Situation kann Klimaforschung vor allem mit ihrer sozialwissenschaftlichen Ausprägung dazu beitragen, den konfliktgeladenen gesellschaftlichen Wandel friedlich und gerecht zu gestalten. In Österreich unterbreitet sie immer wieder Vorschläge, wie Klimaziele erreicht werden können (siehe z. B. den Nationalen Energie- und Klimaplan, Steininger et al., 2024). Diverse Szenarien zeigen, dass Klimaneutralität technisch möglich wäre (siehe z. B. Transition Szenario des Umweltbundesamts EAA, 2023; ACRP-Projekt *NetZero2040*, 2024). Gleichzeitig erscheint die soziokulturelle und politökonomische **Umsetzbarkeit** wenig plausibel (Engels et al., 2023). Umso dringlicher ist die Aufgabe transformativer Klimaforschung über die Auflistung wirksamer Klimamaßnahmen hinaus Herausforderungen und Chancen zu identifizieren, die die Umsetzbarkeit einer wirksamen Klimapolitik erschweren bzw. erleichtern. Um Ursachen fehlender Umsetzbarkeit einer transformativen Klimapolitik zu erklären, hilft Multiperspektivität, die verschiedene Problemanalysen und Lösungsansätze zu kombinieren (Novy et al., 2023a). Eine Klimaforschung, die auf sozialwissenschaftliches Wissen zurückgreift und ihren Forschungsgegenstand um gesellschaftliche und politische Fragestellungen erweitert, erleichtert es, Möglichkeiten einer *transformation by design* einzuschätzen. Transformative Klimaforschung kann durch die Analyse von Rahmenbedingungen und Akteuren, welche die Klimakrise beschleunigen oder zu ihrer Bewältigung beitragen, wesentliche

Polanyi Paper #006

Ursachen der Klimakrise identifizieren und in der Folge umsetzbare Möglichkeiten der Gestaltung und Planung klimafreundlicher Transformation identifizieren. Insbesondere in Zeiten grundlegenden Wandels sind solche Überlegungen notwendig für eine *transformation by design*, die sich einem Zeitgeist entgegenstellt, der aufgrund der bisher ausbleibenden Transformation mit der Katastrophe kokettiert (Franzen 2020, Blühdorn 2024). Auch wenn es Versuche gibt, die Apokalypse zu denken, um den Ernstfall zu verhindern (Bammé 2017, Horn 2014), braucht es mehr denn je alternative Erzählungen, wie der Weg zu einem klimafreundlichen Leben gelingen kann.

Kernthese dieses Polanyi-Papers ist, dass es die **Zusammenarbeit von Vertreter:innen der Ökomodernisierung und des Systemwandels** braucht, um klimapolitische Rückschritte zu vermeiden und Fortschritte zu ermöglichen. In Klimaforschung und Klimabewegung gab es immer Progressive und Konservative - und das ist an sich gut. Es braucht sowohl Progressive, die Veränderungen anstreben und Vergangenes hinter sich lassen wollen, als auch Konservative, die Bewahrenswertes erhalten möchten, aber verstehen, **dass sich heute Dinge ändern müssen, um Lebensgrundlagen zu sichern**. Dabei verändert sich das Verständnis von Bewahrenswertem ständig – seien es humushaltige Böden oder funktionierende Sozialsysteme – und muss daher kritisch und wiederkehrend hinterfragt werden.

Um Transformationspfade zu identifizieren, die den Weg zur Erreichung der Klimaziele beschreiben, definieren wir im Folgenden zentrale sozialwissenschaftliche Konzepte einer transformativen Klimaforschung. Kapitel 2 liefert damit den konzeptionellen Rahmen für die Analyse, Bewertung und Erweiterung von Klimapolitik. Kapitel 3 analysiert soziokulturelle und politökonomische Herausforderungen und Chancen für die Umsetzung transformativer Klimapolitik. Dabei werden behindernde und ermöglichende aktuelle Entwicklungen in den Politikfeldern Geoökonomie und Geopolitik; Demokratie und Wissenschaft; Wirtschaftspolitik; sowie Alltag und Gesellschaft untersucht. Kapitel 4 stellt die zwei in der Klimaforschung und der Klimapolitik dominanten Denkkollektive – Ökomodernisierung und Systemwandel – vor und beschreibt ihre jeweiligen Stärken und Schwächen. Ausgehend von den Analysen in den vorangegangenen Kapiteln definiert Kapitel 5 Mindestanforderungen an einen klimafreundlichen Transformationspfad, bevor Kapitel 6 das Polanyi-Paper abschließt.

2. Schlüsselkonzepte für transformative Klimaforschung

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit Schlüsselkonzepten transformativer Klimaforschung, d. h. einer Transformationsforschung, die Klimawandel als Teil einer umfassenden sozialökologischen, aber auch politökonomischen Veränderung versteht (Wittmayer & Hölscher, 2017, Pichler, 2023). In Zeiten des Umbruchs verändert sich nicht nur die Wirklichkeit, sondern auch deren Interpretation. Es ändern sich

in der Transformation also nicht bloß sozioökonomische und biophysische Systeme, sondern auch die Art, wie dazu geforscht und darüber gesprochen wird (Novy et al., 2023a). Um Neues zu verstehen, sind auch neue Konzepte hilfreich, d. h. Begriffe, deren Bedeutung sich aus der Einbettung in bestimmte Theorien ergibt. Im Folgenden werden die Schlüsselkonzepte Klimafreundlichkeit, Denkkollektive, Multiperspektivität und Transformation vorgestellt.

KLIMAFREUNDLICHKEIT

Wirksame Klimapolitik muss ihre Ziele überdenken. Klimaschutz hat das eng definierte Ziel der Klimaneutralität, bzw. der Reduktion von Emissionen. Dies ist in den aktuellen politischen Entscheidungsprozessen oftmals zweitrangig gegenüber politökonomischen (z. B. Wettbewerbsfähigkeit) und sozioökonomischen Zielen (z. B. Leistbarkeit). Ein erweitertes Ziel, das im Rahmen des *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* erarbeitet wurde, ist die Ermöglichung von **klimafreundlichem Leben**, definiert als ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen (Aigner et al., 2023b). Dies erleichtert eine transformative, politikfeldübergreifende Politik, die Klimapolitik mit anderen Politikfeldern besser abstimmt. Beispiele für die Konkretisierung dieses Ziels reichen von guter und gesicherter Arbeit in der Reparaturwirtschaft bis zu gesicherter Grundversorgung bei gleichzeitig reduziertem Emissionsausstoß.

DENKKOLLEKTIVE UND MULTIPERSPEKTIVITÄT

Denkkollektive (Fleck, 2021) sind soziale Gruppen mit gemeinsamen Sichtweisen. Sie bestehen aus Vertreter:innen von Wissenschaft, Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft mit gemeinsamen Weltbildern, Werten und Interessen. Oftmals teilen sie auch die zugrundeliegenden Annahmen, Theorien und methodischen Zugänge (Novy et al., 2023a). Diese Perspektiven gelten ihren jeweiligen Vertreter:innen als selbstverständlich, ohne immer bewusst und ausdrücklich Grundlage ihrer Entscheidungen und Handlungen zu sein. Sie sind präanalytische Visionen (Spash, 2024), die im Forschungsprozess selten explizit thematisiert werden, sondern zumeist implizit als Denkschulen, Forschungsprogramme oder außerwissenschaftlich als „Hausverstand“ vorausgesetzt sind. Damit strukturieren sie Politik- und Forschungsfelder („Klima“ in unserem Fall) und bestimmen, worüber auf welche Weise geforscht wird und auf Grundlage welchen Wissens Entscheidungen getroffen werden.

Klimapolitik beruht auf theoretischen Ansätzen, denen jeweils unterschiedliche Denkkollektive mit ihren jeweiligen bestimmten Perspektiven, zugrunde liegen. Diese explizit zu machen, macht Einsichten und Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie die damit verbundenen politischen Implikationen besser verständlich. Transformative Klimaforschung verfolgt einen



multiperspektivischen Zugang (Aigner et al., 2023b). Sie ist inter- und transdisziplinär und basiert wesentlich auf Ansätzen der politischen Ökologie und der politischen Ökonomie. Eine der Perspektiven, die dem vorliegenden Artikel zugrunde liegt, ist der Forschungsansatz der politischen Ökonomie in der Tradition Karl Polanyis, der einen wichtigen Beitrag zu einer politischen Ökonomie des Klimawandels leistet (Brand et al., 2020; Pichler, 2023).

TRANSFORMATION IM SINNE POLANYIS

Karl Polanyi (2001) untersuchte zum einen langfristige, grundlegende Transformationen, wie sie unter anderem, aber nicht einzig durch den Klimawandel hervorgerufen werden. Gleichzeitig untersuchte er auch die politische und gesellschaftliche Situation seiner Zeit. So wie Polanyi in den 1940er Jahren die Ursprünge des Faschismus verstehen wollte, kann auch heute Klimapolitik nicht ohne die neuen reaktionären politischen Bewegungen untersucht werden (Novy, 2022; Plehwe et al., 2020). Karl Polanyi (2001) verwendete Transformation somit in zwei Bedeutungen. Zum einen als Metamorphose, d. h. als langsamen, langfristigen Formwandel, vergleichbar der Verwandlung einer Raupe in einen Schmetterling. Dies ist der Teil seiner Analyse, in der er den Übergang von einer ländlich-feudalen zu einer kapitalistischen Industriegesellschaft analysiert. Diesem Transformationsverständnis folgend geht es bei dieser grundlegenden Veränderung um den Übergang zu anderen **Wirtschafts- und Lebensweisen**, der sich über Jahrzehnte vollzieht. Im konkreten Fall war der Übergang im 19. Jahrhundert besonders konfliktgeladen, weil es gleichzeitig der zum Scheitern verurteilte Versuch war, eine Marktgesellschaft zu schaffen, in der alle Beziehungen als Geldbeziehungen organisiert sind.

Das eigentliche Forschungsinteresse von Karl Polanyi (2001) in seinem Hauptwerk "The Great Transformation" war aber nicht die wirtschaftshistorische Analyse an sich – auch wenn dies eine weit verbreitete Fehleinschätzung ist, zu der auch der für die Transformationsforschung wichtige Bericht des WBGU (2010) beigetragen hat. Die wirtschaftshistorische und ideengeschichtliche Analyse diente für Polanyi einem kurzfristigen Interesse. Sie sollte helfen, die aktuelle politische Situation der 1930er und 1940er Jahre besser zu verstehen und zu einer Gesellschaftsordnung nach dem Faschismus beizutragen. Wenn Polanyi (2001, S. 3 & 236) in seinem Hauptwerk von "great transformation" spricht, und er tut dies nur zweimal, dann meinte er die aktuelle politische Situation mit den damit verbundenen Handlungsmöglichkeiten (Novy, 2022). Dementsprechend muss transformative Klimapolitik eine doppelte Transformation untersuchen (Klein, 2014): Zum einen die **Strukturen langfristiger Veränderungen**, allen voran diejenigen, die zur Großen Beschleunigung und einem exzessiven Emissionsausstoß und Ressourcenverbrauch beitragen. Dazu zählt die Analyse der Bereitstellungsformen, die die Produktion, Konsum und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen

organisieren. Zum anderen muss Transformation als Ergebnis der **Handlungen von Akteuren im Hier und Jetzt.**, d. h. innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen, analysiert werden. Dafür ist es auch erforderlich, gegenwärtige politische Strategien und Maßnahmen, Kräfteverhältnisse und Konflikte zu analysieren.

Transformative Klimapolitik untersucht klimaschädliche Praktiken und versucht, Strukturen so zu ändern, dass klimafreundliche Wirtschafts- und Lebensweisen ermöglicht werden. Menschen handeln niemals im luftleeren Raum, sondern nur innerhalb von bereits bestehenden Strukturen (Sum & Jessop, 2013). So existiert beispielsweise eine gasabhängige Energieversorgung in Wien, bevor sich Menschen für bestimmte Formen des Heizens entscheiden. Lebensweisen bzw. -formen sind Bündel von (meist als selbstverständlich wahrgenommenen) Praktiken, an denen sich Menschen in ihren individuellen Lebensentwürfen orientieren (Jaeggi, 2014). Unsere heutige nicht-nachhaltige Lebensweise ist geprägt von Praktiken wie Autofahren, Fleischessen und Ferntourismus, welche allesamt einen hohen Materialverbrauch aufweisen (Brand & Wissen, 2017; Blühdorn, 2020). Praktiken können verstanden werden als Dreiklang aus *materiellen Grundlagen* (insbesondere Infrastrukturen, Güterangebot, Materialverbrauch und Emissionsausstoß), *persönlichen Kompetenzen* in der Ausübung von Praktiken sowie den *Bedeutungen*, die diesen Praktiken gegeben werden (Shove et al., 2012). Zum Beispiel hängt die Praxis des ‚Autofahrens‘ ab von der Verfügbarkeit von Autos, Straßen, Tankstellen und Ölpipelines, von der Kompetenz des Autofahren-Könnens sowie den Bedeutungen, die mit Autofahren und Autobauen verbunden werden, wie Mobilität, Freiheit, Bequemlichkeit und dem Selbstverständnis als „Autoland Österreich“. Transformative Klimaforschung muss also die in den gegebenen Strukturen vorhandenen Handlungsmöglichkeiten ausloten und Möglichkeiten aufzeigen, diese zu erweitern, damit klimafreundliches Leben möglich und in der Folge selbstverständlich wird (Eckersley, 2021; Novy et al., 2022; Aigner et al., 2023b; Bärnthaler, 2024a).

GEPLANTE TRANSFORMATIONEN

Transformative, demokratische Klimapolitik muss also auch versuchen einen Beitrag zu leisten, Transformationen, d. h. komplexe kurz- und langfristige Dynamiken, bewusst und besser zu planen, damit gewünschte Veränderungen leichter koordiniert und zielorientiert umgesetzt werden können. Dies kann helfen, eine unkoordinierte Veränderung aufgrund überschrittener planetarer Grenzen zu verhindern. Wiewohl dies fehleranfällig ist, bleibt der Versuch zu gestalten alternativlos (Novy & Dornis, forthcoming b). Nur Planung, d. h. das Beschreiben von Schritten zur Erreichung gewünschter Ziele, ermöglicht **transformation by design** und vermeidet **transformation by disaster**. Klimapolitik muss demokratisch zwischen unterschiedlichen Problemanalysen und Lösungsansätzen abwägen, um



Entscheidungen zu treffen. Klimaforschung kann wissenschaftliche Evidenz liefern, auf welche Art Bedürfnisse befriedigt und wie Infrastrukturen, Dienste und Güter bereitgestellt werden können. Es braucht innovative Bereitstellungssysteme, seien dies für Mobilität, Wohnen oder Energie, um zu organisieren, wie manche Nutzungsformen schrumpfen (z. B. PKW mit Verbrennungsmotoren) und andere wachsen können (z. B. öffentliche Verkehrsmittel, die Mobilitätsdienste für ehemalige PKW-Fahrer:innen anbieten). Da dies koordiniert und zielorientiert bereitgestellt werden muss (Aigner et al., 2023b), braucht es die **demokratische Planung klimafreundlicher Rahmenbedingungen** (Durand et al. 2023). Konsens bei der Umsetzung der Transformation wäre wünschenswert, ist aber angesichts unterschiedlicher Werte und Interessen unwahrscheinlich (Aigner et al., 2023b). Deshalb findet keine Transformation ohne Konflikte statt (Brand et al., 2019), und ist keine Transformationsstrategie ohne Kompromisse möglich (Bärnthaler, 2024a).

3. Herausforderungen und Chancen für eine klimafreundliche Transformation

Kapitel 3 analysiert in vier Politikfeldern aktuelle Chancen und Herausforderungen für die Transformation. Dabei verbindet sie kurz- und langfristige Perspektiven mit dem Ziel, den aktuellen Handlungsspielraum auszuloten. Sie untersucht das Spannungsfeld, in dem wir uns heute bewegen sowie sich daraus ergebende Handlungsoptionen. Diese Analyse von Transformation als mehr als bloß die Veränderung des Klimas schafft Anknüpfungspunkte für Klimapolitikintegration (*Climate Policy Integration*). Sie geht davon aus, dass Klimamaßnahmen wirksamer sind, wenn sie in die jeweils betroffenen Politikbereiche (z. B. Landwirtschaft, Mobilität, Gebäude) integriert werden (Adelle & Russel, 2013; Stechemesser et al., 2024). Beschrieben werden in diesem Kapitel politökonomische und soziokulturelle Entwicklungen im und jenseits des Politikfeldes Klimapolitik. Die vorgenommenen, literaturbasierten Analysen im Feld der **politischen Ökonomie des Klimawandels** nehmen verschiedene Bereiche nationaler, europäischer und internationaler Politik in den Blick, die klimafreundliches Leben derzeit erschweren oder zukünftig ermöglichen können. Die konkreten Forschungsfelder, in denen Herausforderungen und Chancen für eine klimafreundliche Transformation untersucht werden, sind Geoökonomie und Geopolitik (Kapitel 3.1.), Demokratie und Wissenschaft (Kapitel 3.2.), Wirtschaftspolitik (Kapitel 3.3.) sowie Alltag und Gesellschaft (Kapitel 3.4.). Tabelle 1 fasst die Herausforderungen und Chancen zusammen.

Politikfeld	Herausforderungen für eine klimafreundliche Transformation	Chancen für eine klimafreundliche Transformation
Geoökonomie und Geopolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Geopolitische Rivalitäten • Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheitspolitik vor Klimaschutz • Geschwächte internationale Klimagovernance und verbreitete Klimamaßnahmenverzögerung 	<ul style="list-style-type: none"> • Gerechter Übergang durch internationale Zusammenarbeit • Erweiterte demokratische Handlungsspielräume für Mehrebenen-Transformation • Mehr Unabhängigkeit durch Suffizienzpolitik
Demokratie und Wissenschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Krise der liberalen Demokratie • Wissenschaftsskepsis & Kulturkampf-Rhetorik 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Demokratie • Multiperspektivische Klimaforschung
Wirtschaftspolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Machtkomplexe stärken kurzfristige Gewinninteressen • Wettbewerbsfähigkeit zulasten des Klimaschutzes 	<ul style="list-style-type: none"> • Begrenzung wirtschaftlicher Macht • Wirtschafts-, Sozial- und Klimapolitik koordinieren
Alltag und Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Hegemonie der nicht-nachhaltigen Lebensweise • Fehlende Akzeptanz • Klimaschutz als Elitenprojekt 	<ul style="list-style-type: none"> • Kunst des Abwägens statt Kulturkampf • Gerechte Klimapolitik durch eine gestärkte Alltagsökonomie

Tabelle 1: Zusammenfassung der Herausforderungen und Chancen für eine klimafreundliche Transformation

3.1. GEOÖKONOMIE UND GEOPOLITIK

3.1.1. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE TRANSFORMATION

Global Governance regelt die internationale und supranationale politische Zusammenarbeit. Die aktuelle globale Klimagovernance unterstützt die wirtschaftliche Globalisierung, da angenommen wird, grünes Wachstum verbessere durch Effizienz- und Produktivitätssteigerungen Produkte und Produktionsprozesse. Fragen der Klimagerechtigkeit sowie die Problematisierung des vorherrschenden ökologisch ungleichen Tausches (Dorninger et al., 2021) bleiben zweitrangig. Gleichzeitig untergraben sowohl geopolitische Rivalitäten als auch die Dominanz nationaler Interessen bezüglich Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit eine wirksame internationale Zusammenarbeit.

GEOPOLITISCHE RIVALITÄTEN

Die neoliberale Globalisierung ab den 1970er Jahren verfestigte Institutionen des ungleichen Tausches zwischen Globalem Norden und Süden, der im Kolonialismus gewaltsam durchgesetzt wurde. Dies führt in Teilen des Globalen Südens zu hohem Wirtschaftswachstum und damit verbunden **steigendem Materialverbrauch und Emissionsausstoß** (Haberl et al., 2020). Im Globalen Süden wuchs die konsumorientierte Mittelschicht, im Globalen Norden Ungleichheit und teilweise auch Armut (vgl.

Polanyi Paper #006

Horner et al., 2018; Hickel et al., 2022a). Einkommensungleichheit bestand nicht mehr vorrangig zwischen Ländern sondern führte auch zu erneut steigender Ungleichheit innerhalb von Ländern. Nach der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995 wurden (vor allem nicht-tarifäre) Handelshemmnisse abgebaut, wozu auch Arbeits- und Umweltstandards zählten. Dies setzte „Staaten und deren Regulierungs- und Sozialsysteme zueinander in Konkurrenz“ (Reiner & Edlinger, 2023, S. 3) und verschärfte den globalen Wettbewerb um Ressourcen und Fachkräfte. Galt die neoliberale Globalisierung bis zur Finanzkrise 2008 als alternativlos, ist sie aktuell in der Krise. Der Welthandel stagniert und die ausländischen Direktinvestitionen schrumpfen – wenn auch auf hohem Niveau (Reiner & Edlinger, 2023; UNCTAD, 2023a).

Obwohl „eine regelbasierte Ordnung nicht nur für die Verhinderung weiterer Kriege, sondern auch für die Bekämpfung ökologischer Bedrohungen unabdingbar“ (Wouters, 2024, S. 10) wäre, nehmen geopolitische Spannungen aktuell zu (Streck & Terhalle, 2013; Terhalle & Depledge, 2013; Mahubani, 2020). Vor allem mächtige Länder umgehen die Global Governance und setzen vermehrt Sanktionen und Protektionismus als wirtschaftspolitische Instrumente ein (Schaffar, 2019). Ein Beispiel: Da das liberale Freihandelssystem nicht mehr die eigene Vormachtstellung garantiert (Chang, 2002; Lambert, 2024), blockieren die USA seit Jahren die Neubesetzung der Schiedsgerichte der WTO (Elsig et al., 2016; Pauwelyn, 2019; Hopewell, 2024). Neben dem Welthandel ist auch die internationale politische Zusammenarbeit von der Krise der Globalisierung betroffen. Die gegenseitige Blockade der Großmächte im UN-Sicherheitsrat – sei es im Krieg in der Ukraine oder in Gaza (Gresh, 2022; Engels et al., 2023) – **lähmt die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen**, auch bei der dringend notwendigen internationalen, klimapolitischen Zusammenarbeit (Engels et al., 2023, S. 78; Wits, 2023).

Klimaabkommen halten am völkerrechtlichen Prinzip fest, dass es eine „**gemeinsame, aber differenzierte Verantwortlichkeit**“ (Pauw et al., 2019) der internationalen Staatengemeinschaft gibt. Dem Globalen Norden kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu, was sich aus den historisch ungleichen Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) von reichen und armen Ländern ergibt. Das Versprechen des Globalen Nordens, USD 100 Mrd. jährlich für Emissionsminderung, Klimaanpassung sowie Verlust & Schaden (*loss & damage*) im Globalen Südens bereitzustellen, wird Jahr für Jahr gebrochen (Gomez-Echeverri, 2013; Ombuya et al., 2024). Gleichzeitig werden weiterhin Unmengen an Material (12 Millionen Tonnen in 2015) und Finanzkapital (USD 62.000 - 152.000 Billionen seit 1960) aus dem Globalen Süden vom Globalen Norden angeeignet (George, 2007; Hickel et al., 2021; Hickel et al., 2022a; Dziwok & Jäger, 2024). Zwar existieren diverse freiwillige Zusagen zu THG-Reduktionen von Unternehmen aus dem Globalen Norden, diese können aber jederzeit revidiert werden (Baines & Hager, 2023; Carbon Majors, 2024), wie beispielsweise 2023 im Fall der Klimaallianz der Versicherer (Handelsblatt, 2023) oder fossiler Energiefirmen (Noor, 2023). Die fehlende Ernsthaftigkeit von

Polanyi Paper #006

Akteuren des Globale Norden, Verantwortung zu übernehmen, verschärft aktuell den historischen Konflikt zwischen Globalem Norden (ehemalige Kolonialmächte) und Globalem Süden (ehemalige Kolonien) und steigert die „Vertrauenslücke“ in den multilateralen Klimaverhandlungen (Vogler, 2020; Michaelowa & Sacherer, 2022; Engels et al., 2023, S. 44). Der Globale Süden fordert mehr Klimagerechtigkeit und mehr Mitsprache in internationalen Organisationen (Ehrmann, 2022) für eine kohlenstoffarme Entwicklung.

Die geopolitischen Spannungen und der kriselnde Multilateralismus führen dazu, dass Klimaaußenpolitik zunehmend unilateral, bzw. „minilateral“ vorgeht. So sorgt das einseitig von der EU eingeführte CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM) bei anderen Staaten für Unmut – sei dies, weil sie weniger strenge Klimagesetze haben oder auf die historische Verantwortung der EU pochen (Gepp, 2024). Minilaterale Ansätze gibt es in Form der sogenannten Klimaklubs (Falkner, 2016; Huseby et al., 2024), d. h. Zusammenschlüsse von Ländern mit besonders ambitionierten Zielsetzungen. Klimaklubs statt globaler Abkommen zu stärken ist das Eingeständnis, dass der weltumspannende Multilateralismus nicht mehr so funktioniert wie zuletzt 2015, als das Pariser Abkommen beschlossen wurde.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND SICHERHEITSPOLITIK VOR KLIMASCHUTZ

Die seit den 1990er Jahren dominante neoliberale Form der Global Governance geht davon aus, dass mehr Handel zu mehr zwischenstaatlicher Kooperation führt (Rodrik, 2021). Global Governance sollte Wohlstand vermehren und gleichzeitig ausgleichen, dass nationale Handlungsspielräume schrumpften. Tatsächlich kam es jedoch zu einer Dominanz nationaler Interessen der mächtigen Staaten, allen voran dem Interesse, Wettbewerbsfähigkeit durch Kostensenkung (v. a. Energie- und Lohnkosten) und den Zugang zu Rohstoffen und Märkten zu sichern. Zweitrangig blieb die internationale Zusammenarbeit zur Stärkung globaler Gemeingüter wie die Einhaltung planetarer Grenzen und die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele.

Aktuell findet eine Deglobalisierung *by chaos* statt, die ungeplant abläuft und effektive Klimagovernance behindert. Fragen der Sicherheit und damit verbundene militärische Konflikte gewinnen an Bedeutung. Diese Dominanz von Sicherheitsthemen wird als "securitization" bezeichnet (Wæver, 1993, S. 8) – zu Deutsch 'Versicherheitlichung'. Tatsächlich geht es um die Sicherung ausreichend hoher Profite, v. a. von nationalen und europäischen „Champions“ (besonders strategisch wichtigen oder großen Unternehmen) (Christophers, 2023a). Das zentrale geopolitische Ziel der EU ist „strategische Autonomie“ (European Parliamentary Research Service, 2020), um die Abhängigkeit von ‚feindlich gesinnten‘ Staaten zu verringern. So boykottieren europäische Staaten russisches Öl und Gas, weichen aber umgehend auf US-amerikanisches Flüssiggas und aserbaidjanisches und katarisches

Öl aus, um die Versorgungssicherheit im eigenen Land zu gewährleisten (Heilmann et al., 2023). Die Gefahr ist, dass damit kurzfristige Versorgungssicherheit durch fossile Bereitstellungssysteme wichtiger wird als die langfristige Energiewende, die davon unabhängig macht.

Rüstung allgemein und Kriege im Besonderen gehen mit hohen THG-Emissionen, der Zerstörung von Ökosystemen und Biodiversitätsverlust einher (Liska & Perrin, 2010; Stanley, 2021; Kleiner, 2022; Rennert, 2022; Servant, 2022). Dass aktuell weltweit trotzdem die Rüstungsausgaben steigen (SIPRI, 2023, 2024), zeigt die **Zweitrangigkeit globaler klimapolitischer Zusammenarbeit gegenüber nationalen Sicherheitsinteressen und Wettbewerbsfähigkeit**. Ein Beispiel: Wiewohl die Klimakrise selbst eine zentrale Gefahr für die öffentliche und internationale Sicherheit darstellt (Hitzl, 2024), nutzt Deutschland ein in der Verfassung verankertes Sondervermögen von EUR 100 Mrd. (Bundesministerium der Finanzen, 2022; J. Otto, 2023), d. h. die Gesamtsumme der von allen Staaten des Globalen Nordens zugesagten jährlichen Mittel zur Klimafinanzierung, für zusätzliche nationale Militärausgaben.

KLIMAMAßNAHMENVERZÖGERUNG IN DER INTERNATIONALEN KLIMAGOVERNANCE

Aktuell wurden und werden die internationalen Klimaverhandlungen von erdöl- und erdgasexportierenden Staaten (Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate, Aserbaidschan) geleitet. Neben den verhandlungsführenden Staaten (Kalia, 2024) gewinnen multinationale Konzerne, v.a. Öl- und Gaskonzerne, als Teil des **fossilen Machtblocks größeren Einfluss auf die COPs**. Die Zahl der fossilen Lobbyisten steigt, was durch die ebenfalls rege Teilnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen nicht ausgeglichen wird, da diesen finanzielle Mittel fehlen (Global Witness, 2022; Romanello et al., 2023).

Die Abschlusserklärung der COP28 in Dubai hält ein "transitioning away from fossil fuels" (Wise, 2023) für notwendig, was als Fortschritt gedeutet werden kann (BMK, 2023a). Sie sieht aber keinen konkreten Fahrplan zum Übergang vor und bestätigt fossile Energieträger als unentbehrlichen Bestandteil des aktuellen Energiesystems. Selbst die EU strebt nach „**Dekarbonisierung**“ (**Net-Zero**) **und nicht nach „Defossilisierung“ (Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas)**, und unterstützt den Ausbau von Kohlenstoffspeichern durch fossile Unternehmen (EuroMemorandum, 2024, S. 35). So wird angeregt, Dekarbonisierung vermehrt über Kohlenstoffspeicherung (*Carbon Capture and Storage* bzw. *Usage - CCS* bzw. *CCU*) umzusetzen, die massiv öffentlich gefördert werden soll (Hansen, 2023). Die ambivalente Sprache der COP28-Abschlusserklärung öffnet Hintertüren für neue fossile Geschäftsmodelle.

3.1.2. CHANCEN FÜR DIE TRANSFORMATION

Internationale Zusammenarbeit, gerade auch von Ländern mit unterschiedlichen Interessen, ist wichtig und gewinnt in einer multipolaren Welt an Bedeutung (Veit & Fuchs, 2023; Tröster, 2024). Die aktuelle Krise der neoliberalen Globalisierung, Pandemie, Lieferkettenprobleme und geopolitische Kräftereordnungen bieten die Chance, die aktuelle Klimagovernance zu verändern und die **internationale Zusammenarbeit zum Schutz globaler Gemeingüter wie Klimaschutz zu stärken, und eine gerechte und friedliche planetare Koexistenz zu ermöglichen.**

EIN GERECHTER ÜBERGANG DURCH INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Die Zuspitzung der Klimakrise hat den Vorteil, dass auch aktuell große Emittenten ein steigendes Eigeninteresse an internationaler Zusammenarbeit haben, da sie selbst stark vom Klimawandel betroffen sind. Basierend auf dem Prinzip der ‚gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten‘ ist **Klimapolitik auch als Verteilungspolitik** zu verstehen. Dies ist vor allem in Anbetracht aktueller Berechnungen nationaler Treibhausgasbudgets relevant, da sich in reicheren europäischen Ländern der nationale Spielraum unter Berücksichtigung von Fairnesskriterien stark verengt (Dooley et al., 2021; Williges et al., 2022). Selbst die im Pariser Klimaabkommen festgehaltene „Pro-Kopf“ Methodik, die jedem Land ein Budget entsprechend seines Anteils an der Weltbevölkerung unabhängig von aktuellen Emissionsniveaus oder historischen Emissionen zuweist, führt zu einem nationalen Budget für Österreich, das bei gleichbleibenden Emissionszahlen bereits Mitte 2025 aufgebraucht sein wird (Steininger et al., 2022). Konkrete Maßnahmen wie Klimafinanzierung und Schuldenerlass leisten einen Beitrag zur **Klimagerechtigkeit**, indem der Globale Norden auch (historisch) angehäufte ‚ökologische Schulden‘ beim Globalen Süden abbezahlt (Goeminne & Paredis, 2009; Hickel et al., 2022a). Ein erster Schritt zu einem gerechten Übergang wäre, Ländern des globalen Südens **öffentliche Schulden zu erlassen**, um ihren klima- und sozialpolitischen Handlungsspielraum zu erweitern (Dixon-Declève et al., 2022). Mit einem Schuldenerlass würde der Globale Norden Verantwortung für eine solidarische Bewältigung der Klimakrise übernehmen, die den ungleichen Machtverhältnissen Rechnung trägt (Salleh, 2009; Althouse & Svartzman, 2022; Hickel et al., 2022a; Sultana, 2022). Aufgrund des hohen Schuldendienstes fehlen im Globalen Süden nämlich oft öffentliche Mittel für wichtige Investitionen sowohl für Bildung und Gesundheit als auch für Klimaschutz und Klimawandelanpassung (Bernstein et al., 2023; Espinosa & Bhandary, 2023). Ein Austausch der finanziellen Schulden gegen (Teile der) ökologische(n) Schulden könnte im Globalen Süden Finanzspielräume eröffnen und erleichtern, durch den Aufbau eines Sozialstaats, ein menschenwürdiges Niveau der Grundversorgung sicherzustellen (Ahern, 2023). Gleichzeitig könnte die EU verlorengangenes Vertrauen wieder aufbauen und damit ihre geopolitische Position stärken.

Ein zweiter Schritt hin zu einem gerechten Übergang wäre, selbst gesteckte Ziele der **internationalen Klimafinanzierung** einzuhalten (Baumann, 2024). Wenn gemeinsam mit anderen Vertretern des Globalen Nordens die versprochenen jährlichen USD 100 Mrd. für den gerechten Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft aufgebracht werden, öffnen sich Wege für Kooperationen unabhängig von Handelsverflechtungen. Die „zwingend nötige Rückverteilung von Nord nach Süd darf indes nicht zu einem Gnadentat werden [und muss] stattdessen als gerechter Ausgleich für die koloniale Erblast begriffen werden“ (Dörre, 2023, S. 379).

Wiewohl dies aufgrund der aktuell in Gang gesetzten Aufrüstungsspirale wenig wahrscheinlich erscheint, braucht es drittens für einen gerechten Übergang weltweit eine **Senkung der Rüstungsausgaben** (Neimark et al., 2019). Dies kann einerseits über eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik erreicht werden, zum Beispiel indem Redundanzen bei Waffensystemen vermieden werden und die Interoperabilität der bestehenden Systeme erhöht wird (Wouters, 2024). Andererseits könnte eine strategische Ausrichtung auf Frieden, Diplomatie und Multilateralität Emissionen reduzieren und Ressourcen sparen, indem Konflikte, z. B. über Rohstoffe und Land, nicht militärisch gelöst würden und das globale Rüstungsbudget auch für andere Verwendungen zur Verfügung stünde (Ahern, 2023; Wouters, 2024). Verfügbare öffentlichen Mittel für gemeinwohlorientierte Investitionen könnten so erhöht und schon kurzfristig zu geringeren Emissionen führen (Jorgenson et al., 2023).

WENIGER ZU VERBRAUCHEN, MACHT UNABHÄNGIGER – POLITISCHE HANDLUNGSSPIELRÄUME FÜR MEHREBENEN-TRANSFORMATION

Die Covid-19-Pandemie und der russische Angriff auf die Ukraine sowie die darauffolgenden Preissteigerungen und Unterbrechung von Lieferketten zeigten, wie viel Unsicherheit durch (Energie-)Abhängigkeit entsteht (Butollo et al., 2024). Um alle Menschen gut zu versorgen, braucht es sowohl diplomatische internationale Zusammenarbeit als auch eine nationale Wirtschaftspolitik, die Unabhängigkeit von essenziellen Produkten und Rohstoffen fördert (Novy, 2022). Dies trägt stärker und rascher zur strategischen Autonomie der EU bei als technologie-orientierte Effizienzmaßnahmen. **Suffizienzpolitik**, die Unabhängigkeit erleichtert, priorisiert das Vermeiden von Emissionen und Materialverbrauch gegenüber verbesserter Effizienz (Princen, 2005). Wird Suffizienzpolitik koordiniert und zielorientiert eingesetzt, dann können diejenigen Wirtschaftsbereiche identifiziert werden, in denen reduzierter Konsum nicht nur Importabhängigkeit verringert, sondern auch den emissionsintensiven Überkonsum einkommensstarker Bevölkerungsgruppen einschränkt. Suffizienzpolitik könnte damit auch schon kurzfristig sowohl die Unabhängigkeit erhöhen als auch Emissionen reduzieren.

Eine **Deglobalisierung by design** ist für die Erreichung der Klimaziele hilfreich. Diese Form der Deglobalisierung wäre selektiv und würde versuchen, Vorteile der internationalen Arbeitsteilung weiter zu nutzen. Gleichzeitig stärkt eine Suffizienzpolitik regionale Kreisläufe zur Sicherung der Grundversorgung. Dies könnte durch kürzere Transportwege und niedrigere Logistikkosten Materialflüsse und damit Emissionen reduzieren (Cristea et al., 2013a; Nogué-Algueró, 2020a). Andererseits erweitert dies wirtschaftspolitische Handlungsspielräume, indem die Nachfrage nach Rohstoffen sinkt (Chiengkul, 2018, S. 87). Im Globalen Süden würden zwar Exporteinnahmen zurückgehen; es böte sich aber die Möglichkeit, Wirtschaftsmodelle zu stärken, die auf Diversifizierung und Importsubstitution setzen (Dengler & Seebacher, 2019; Muchhala, 2022; UNCTAD, 2023b, S. 24). Für den Globalen Norden eröffnen sich Möglichkeiten, die globale Sicherheit zu erhöhen und zu friedlicheren Formen der Konfliktaustragung zurückzukehren.

3.2. DEMOKRATIE UND WISSENSCHAFT

3.2.1. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE TRANSFORMATION

Mit dem weltweiten Aufstieg eines neuen Politikstils in diversen Variationen von Trump und Bolsonaro in Amerika, Modi und Erdogan in Asien und Orban, PiS und Meloni in Europa, steigt die mehr oder weniger offene **Ablehnung wissenschaftsbasierter Klimamaßnahmen sowie des liberaldemokratischen Prinzips der Gewaltenteilung** (Marquardt et al., 2022; Starkbaum et al., 2023). Damit erstarkt neben der traditionellen Form der Klimamaßnahmenverzögerung eine bedrohliche reaktionäre Form. Diese hat zusammen mit Klimawandelleugnung in der Form von Wissenschaftsskepsis an politischem Einfluss gewonnen. Klimapolitik ist ohne Analyse dieser demokratieaushöhlenden Entwicklungen nicht zu verstehen.

KLIMAMAßNAHMENVERZÖGERNDE POLITIK IN LIBERALEN DEMOKRATIEN

Klimamaßnahmenverzögernde Politik war über lange Zeit die dominante Form der Klimapolitik in Österreich (Steurer, 2023). Diese Politik wird von Akteuren der politischen Mitte umgesetzt, die mit Weltklimarat und Wissenschaft zusammenarbeiten, aber zurückschrecken, umfassendere Maßnahmenbündel umzusetzen. Sie bekennt sich zwar zu internationalen Klimazielen, insbesondere den Zielen des Pariser Klimaabkommens sowie denen der EU und der österreichischen Bundesregierung, präferiert jedoch Maßnahmen, die kurzfristig sozial und wirtschaftlich vorteilhaft sind, aber kaum klimaschädliche Praktiken und Geschäftsmodelle verändern (Aigner et al., 2023b). Dies verfestigt klimaschädliches *business as usual* (Lamb et al., 2020) und geht zu Lasten langfristiger systemischer Änderungen. Zentrale Akteure klimamaßnahmenverzögernder Politik waren in

Polanyi Paper #006

Österreich v. a. bis 2019 die Bundes- und Landesregierungen sowie die Sozialpartner (Brand & Niedermoser, 2019; Steurer, 2023).

Dies hat sich in den letzten Jahren zu ändern begonnen, da die Ambitionen des European Green Deal (EGD) und der schwarz-grünen Bundesregierung 2020 bis 2024 weitreichender und damit potenziell transformativer waren als diejenigen früherer Regierungen. Auch öffneten sich arbeitnehmersnahe Sozialpartner (Gewerkschaften und AK) in einzelnen Politikfeldern für transformative Klimapolitik (Steurer, 2023). Die für Klimamaßnahmen bereitgestellten Mittel haben sich ebenso erhöht wie neue Regulierungen klimarelevanter Politikbereiche, z. B. Richtlinien für Kreislaufwirtschaft (BMK, 2022, 2023b). Weiterhin dominieren bis heute jedoch Klimamaßnahmen, allen voran durch Förderungen, die mit Anreizen Transformation herbeiführen wollen.

Aktuell kehrt im Gefolge von Pandemie, Ukrainekrieg und erhöhten Lebenshaltungskosten, den Wahlen zum EU-Parlament und zum österreichischen Nationalrat 2024 klimamaßnahmenverzögernde Politik zurück. Arbeitgebersnahe Interessensvertretungen fordern weniger ambitionierte Klimamaßnahmen zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft (z. B. gelten erhöhte Energiekosten sowie verbindliche Vorschriften für den Ausstieg aus aktuell günstigerem Öl und Gas als Problem). Arbeitnehmersnahe Interessensvertretungen wehren sich gegen CO₂-Bepreisungen, wenn sie kurzfristig die Lebenshaltungskosten einzelner Bevölkerungsgruppen erhöhen (z. B. Erhöhung der Pendlerpauschale; Steurer, 2023).

Insbesondere seit dem Wahlsieg von Donald Trump 2016 hat die klimamaßnahmenverzögernde Politik der Mitte Konkurrenz erhalten von einer **klimamaßnahmenverzögernden reaktionären Politik** (Rodrik, 2021; Novy, Bärnthaler & Prieler, 2023). Protagonisten dieser Politik sind – von Land zu Land verschieden – unter anderem rechtspopulistische, konservative, reaktionäre und/oder rechtsextreme Parteien (Jylhä & Hellmer, 2020; Kulin et al., 2021). Diese Akteure kritisieren die aktuell praktizierte Klimapolitik als ebenso elitär wie Politiken zu Migration, Integrations- und Identitätspolitik (Hoffman, 2012; Nordensvard & Ketola, 2021). In diesem Kulturkampf, der auch auf dem Feld der Klimapolitik ausgetragen wird, stehe das Volk mit Hausverstand gegen die vermeintlich wissenschaftsgläubige Elite (Jylhä & Hellmer, 2020; Starkbaum et al., 2023). Die Wissenschaftsfeindlichkeit, die zur Klimawandelleugnung tendiert, sowie die Skepsis gegenüber Antidiskriminierungspolitik, unterscheidet diese reaktionäre Form von Klimamaßnahmenverzögerung von ihrer traditionellen Form. Ein Grund für den vermehrten Zuspruch anti-elitärer Narrative ist die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, sowie die fehlende Fähigkeit etablierter Parteien und Politiker:innen, Lösungen für diese Unzufriedenheiten anzubieten. Die Mittelschicht sieht sich vermehrter Konkurrenz ausgesetzt (Wiesböck & Verwiebe, 2021). Die Unterschicht fühlt sich kulturell und sozioökonomisch abgehängt;

Polanyi Paper #006

nur 24% des unteren Vermögensdrittels empfinden das politische System als gut für sie (Zandonella, 2022). Tatsächlich dominieren im österreichischen Nationalrat Volksvertreter:innen aus oberen sozialen Schichten: 57% der Abgeordneten besitzen einen Hochschulabschluss (ca. 20% der Gesamtbevölkerung) (Sommer, 2022; Statistik Austria, 2024a). Damit geht einher, dass einkommensstarke Gruppen einen signifikanten höheren Einfluss auf Policy-Outcomes haben als Ärmere (Elsässer et al., 2021), weshalb die Entfremdung von Demokratie bzw. Resignation gegenüber der Macht des Status Quo nicht nur gefühlt ist, sondern sich teilweise durch die ungleichen Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen erklärt.

WISSENSCHAFTSKEPTISCHE KULTURKAMPF-RHETORIK

Der aktuelle wissenschaftliche Klimadiskurs ist in einer durch Medien und Werbung bestimmten und durch den Kampf um Aufmerksamkeit dominierten Öffentlichkeit zunehmend weniger einflussreich. In einer „Post-Truth“ Gesellschaft verschwimmen die Unterschiede zwischen Fakten und Meinungen (McIntyre, 2018), das Streben nach Wahrheit wird zum Anliegen einer elitären, vermeintlich weltfremden Wissenschaft, während Emotionen öffentliche Debatten vermehrt beeinflussen (Bufacchi, 2021). **Narrative des Kulturkampfes** arbeiten mit Triggerpunkten, Feindbildern und Negativnachrichten (Kalpokas, 2018). Die FPÖ nutzt ihre Stellung in liberaldemokratischen Institutionen für den Aufbau von Feindbildern gegenüber der Elite, Geflüchteten, der Wissenschaft sowie den Institutionen der liberalen Demokratie (Standard, 2018; Sulzbacher, 2023; OTS, 2024b, 2024a; Hagen et al., o.J.). Sie begeht bewusste Tabubrüche durch von den Nationalsozialisten verwendeten Begriffe wie „Volkskanzler“ und „Systemmedien“ und kooperiert offen mit antiliberalen, rechtsextremen, antidemokratischen und verfassungsfeindlichen Gruppen wie den Identitären (Gritschmeier, 2021).

Die FPÖ profitiert von Wissenschaftsskepsis bis hin zur Klimawandelleugnung und verstärkt diese durch eigene sowie ihr nahestehende Medien (Starkbaum et al., 2023; Schmid, 2024). Da die Wissenschaft Teil der Elite sei, werden auch wissenschaftlich begründete Klimamaßnahmen als elitär abgelehnt. Die FPÖ vertritt öffentlich einen klimaskeptischen Diskurs, der das Thema relativiert. Kritik richtet sich an wissenschaftliche Akteure und diejenigen, die wissenschaftliche Vorschläge umsetzen. So nannte FPÖ-Parteiohmann Kickl den Weltklimarat die „Glaubenskongregation der ganzen Klimadebatte“ und behauptet, der Weltklimarat würde Worst-Case-Szenarien auswählen, um Angst zu schüren. FPÖ-Nationalratsabgeordneter Walter Rauch vertritt eine "Klimapolitik mit Hausverstand" (Rauch, o.J.) und meint damit eine Klimapolitik, die **Maßnahmen verzögert, damit heute bestehende Praktiken und ihre Vorteile bestehen bleiben**. Ähnliche Einstellungen finden sich auch bei ÖVP und der deutschen CDU, die ebenso "**Klimapolitik mit Augenmaß**" (Weißgerber, 2021) bzw. "Klimaschutz

mit Hausverstand“ (Laufer, 2024) fordern. So schüren auch Parteien, die regelmäßig Regierungsverantwortung übernehmen, Wissenschaftsskepsis (Fischer, 2020).

Der Widerstand gegen Klimamaßnahmen wird kulturell (z. B. Klima als Ideologie, Verbotsparteien, Freiheitseinschränkung von „oben“) und ökonomisch (z. B. Kosten für die Wirtschaft, Arbeitslosigkeit durch Transformation, „ideologisch betriebene Teuerungsmaßnahmen“) begründet (Laufer, 2024). Kosten des Nichthandelns werden ausgeblendet. In ihrem Parteiprogramm spricht sich die FPÖ gegen Klimaschutz aus, der eine elitäre Erfindung sei, und propagiert stattdessen **Umweltschutz als Heimatschutz**. In ihrem Diskurs kombiniert die FPÖ-Naturromantik mit Verschwörungstheorien (Biskamp, 2023). Umweltschutz sei „echt“ und erfordere Investitionen, während sich durch Klimaschutz bloß bestimmte Gruppen bereichern (FPÖ, 2023). Dies rechtfertigt klimamaßnahmenverzögernde Politik und wird zu einem mächtigen Hindernis für die rasche Umsetzung wirksamer Klimamaßnahmen (Frühwald et al., 2024).

3.2.2. CHANCEN FÜR DIE TRANSFORMATION

WIRKSAME KLIMAPOLITIK DURCH WEITERENTWICKLUNG DER DEMOKRATIE

Wiewohl es empirische Evidenz gibt, dass Demokratien bessere Klimamaßnahmen durchsetzen als Autokratien, gibt es breite Kritik an den aktuellen demokratischen Systemen. Dies liegt wesentlich an der mangelnden Fähigkeit, gesellschaftlich gewollte Zielsetzungen, z. B. Klimaschutz oder Senkung der Lebenshaltungskosten, zu erreichen. Ein Grund dafür ist, dass in der neoliberalen Globalisierung nationale Handlungsspielräume schrumpften (Rodrik, 2011; vgl. Kap. 3.1). Dies schränkte gleichermaßen politische Handlungsfähigkeit und demokratische Legitimität ein (Scharpf, 1999). Mit abnehmendem Willen bzw. zunehmender Unfähigkeit, durch Gesellschaftsgestaltung die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, haben demokratische Institutionen an Legitimität eingebüßt (Zandonella, 2022).

Demgegenüber steigt die demokratische Legitimität und gesellschaftliche Akzeptanz von Klimapolitik, wenn im Alltagsleben positive Auswirkungen von Maßnahmen erlebt werden (Scharpf, 1999; Strebel et al., 2019). Eine **ergebnisorientierte Rechtfertigung von Klimamaßnahmen** gewinnt Legitimation „im Nachhinein“, wenn die Vorteile erlebbar geworden sind. Obwohl es durch den „Status Quo Bias“ oftmals Widerstand gegen Neuerungen gibt (vgl. Kap. 3.3), sind die Klimaziele nur zu erreichen, wenn koordiniert und zielorientiert auch solche Entscheidungen getroffen werden, die vorerst skeptisch gesehen werden. Entscheiden bedeutet Abwägen zwischen verschiedenen Sichtweisen: Ausbau von Straßen oder der Bahn, private Kraftfahrzeuge oder Car-Sharing und öffentlicher Verkehr, mehr Geld für Militär oder für Klima- und Sozialpolitik. Entscheiden heißt, sich für etwas und gleichzeitig gegen

anderes auszusprechen (Hausknost & Haas, 2019). Gemeinwohlrelevante Entscheidungen sind von demokratischen Entscheidungstragenden unter Einbindung der Bevölkerung zu treffen, unterstützt durch die Wissenschaften. Die demokratische Teilhabe verbessert sich, wenn Institutionen der repräsentativen Demokratie (insbesondere Gesetzgebung, Regierungen und Gemeinden) um Formen der deliberativen Demokratie (wie Bürger:innenräte, z. B. der österreichische Klimarat) und der partizipativen Demokratie (z. B. breite, aktive zivilgesellschaftliche Teilhabe durch politische Mobilisierung, Demokratie am Arbeitsplatz) bereichert werden (Durand et al., 2023; Novy & Dornis forthcoming b).

Eine Rückbesinnung auf das **Kelsen'sche Demokratieverständnis** hilft, kurzfristig unbeliebte Entscheidungen zu legitimieren. Die von Hans Kelsen, einem der Architekten der österreichischen Bundesverfassung, konzipierte liberale Demokratie verbindet Republikanismus, d. h. die Herrschaft der Mehrheit, mit politischem Liberalismus, d. h. dem Schutz individueller Freiheiten (Kelsen, 2018). Während der Republikanismus auf der Gleichheit der Bürger:innen beruht und um die Stärkung des Gemeinwohls und des öffentlichen Interesses bemüht ist, stärkt der politische Liberalismus die Einzelnen und schützt sie vor der Diktatur der Mehrheit (Bärnthaler, 2024b). Zusammen ergeben sich aus Republikanismus und Liberalismus Mechanismen des „Checks und Balances“ (gegenseitige Kontrolle). Liberale Demokratie ist bemüht, sowohl negative als auch positive Freiheiten zu sichern. Während der negativen Freiheit die Abwesenheit von externem Zwang, allen voran staatlichen Einschränkungen, genügt, brauchen positive Freiheiten öffentliche Infrastrukturen und Institutionen, die es erst ermöglichen, ein klimafreundliches Leben heute und auch in Zukunft zu führen.

KLIMAFORSCHUNG DURCH MULTIPERSPEKTIVITÄT WEITERENTWICKELN

Klimaforschung vermittelt Wissen über die vielfältigen Auswirkungen des hoch komplexen Themas Klimawandel. Die aktuell vorherrschende Form von Wissenschaft versucht, evidenzbasierte Lösungen anzubieten und meidet Diskussionen über Werthaltungen und Interessen, obwohl diese auch in der Wissenschaft eine zentrale Rolle spielen (Pulkkinen et al., 2022). Dies übersieht, dass **Wissenschaft nicht wertfrei sein kann, und in offenen Systemen keine vollkommen sicheren Prognosen** angeboten werden können (Spash, 2024). Damit gibt es niemals die eine wissenschaftliche Lösung für politökonomische Probleme wie steigende Lebenshaltungskosten oder Arbeitslosigkeit. Diese vermeintliche Schwäche der Wissenschaft nutzen politische Bewegungen, um Wissenschaftsskepsis zu befördern.

Ein Ansatzpunkt, Klimaforschung gegen Kulturkampf-Rhetorik zu stärken, ist ihre Weiterentwicklung im Sinne der Multiperspektivität (vgl. Perspektivismus in Novy et al., 2023b). **Multiperspektivität** bedeutet, inter- und transdisziplinäre Formen der Wissensproduktion zu fördern, indem die Sozial- und

Geisteswissenschaften vermehrt eingebunden werden (*ebd.*). Wird nämlich in der Klimaforschung nur eine Perspektive oder das Wissen einer Disziplin berücksichtigt (z. B. nur der Erdwissenschaft oder der Ökonomik), bleiben konkrete Vorschläge auf bestimmte Arten von Maßnahmen beschränkt. So dominieren aktuell Effizienzmaßnahmen, was den Handlungsspielraum der Klimapolitik einengt. Zum Beispiel übersehen Vorschläge für Markt- und Technologielösungen oft die Verteilungswirkungen dieser Maßnahmen. Es waren wesentlich die Sozialwissenschaften, die aufzeigten, wie eng Klimapolitik mit Verteilungspolitik verwoben ist und dass transformative Politik nur akzeptiert wird, wenn sie als fair gilt (Klinsky & Dowlatabadi, 2009).

Da Klimaveränderungen im Anthropozän durch menschliches Handeln hervorgerufen werden, braucht es **inter- und transdisziplinäres Wissen**, um die Beziehung von Mensch und Natur zu analysieren und zu gestalten. Die Zusammenhänge zwischen biophysischen und sozioökonomischen Systemen zu untersuchen (Lewandowsky et al., 2017; Aigner et al., 2023c), erfordert einen geänderten Forschungsfokus. Nur wenn die Sozialwissenschaften naturwissenschaftliches Wissen ergänzen können die Ursachen des hohen Emissionsausstoßes identifiziert werden (Yearley, 2009; Blue, 2016; Bärnthaler et al., 2022a; Bärnthaler, 2024b). Dies erfordert die Analyse der soziokulturellen und politökonomischen Rahmenbedingungen, die aktuell klimafreundliches Leben und Wirtschaften erschweren (APCC, 2023). Zwar unterscheiden auch die Sozialwissenschaften bessere von schlechteren Erklärungen des Klimawandels (Buch-Hansen & Nielsen, 2020), jedoch akzeptieren Sozialwissenschaften diverse Formen von Wissen, wie beispielsweise von Stakeholder-Prozessen (Roth, 1987; Jorgenson et al., 2019). Wiewohl demokratische Politik die Vorschläge der Wissenschaft nicht bloß umzusetzen hat, braucht es die Wissenschaft bei der Erarbeitung vernünftiger Entscheidungen.

3.3. WIRTSCHAFTSPOLITIK

3.3.1. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE TRANSFORMATION

MACHTKOMPLEXE VERTEIDIGEN KURZFRISTIGE GEWINNINTERESSEN ZU LASTEN LANGFRISTIGER KLIMAFOLGEN

Machtkomplexe, d. h. strategische Zusammenschlüsse mächtiger Interessenverbände, wirtschaftlicher Akteure - wie Unternehmen aber auch Finanzinstitutionen - und politischer Akteure - wie Entscheidungstragende, Parteien und Gewerkschaften - verzögern wirksame Klimapolitik (Bärnthaler et al., 2024). Sie verfolgen gemeinsame Interessen, wie kurzfristige Gewinnmaximierung, und haben die Fähigkeit, diese Interessen auch durchzusetzen. Mit intensiver Lobbyarbeit und finanziell gut

Polanyi Paper #006

ausgestatteten Think Tanks können sie (inter)nationale Klimaschutzstrategien, wie den EGD verwässern und marktfreundliche Regulierungen und ihre Geschäftsmodelle durchsetzen.

Im **fossilen Machtkomplex** arbeiten direkt und indirekt Unternehmen der Öl-, Automobil- und Flugindustrie mit nahestehenden Gewerkschaften und Parteien zusammen. Es dominieren *Carbon Majors*, d. h. eine kleine Gruppe von Unternehmen, die für den Großteil der industriellen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind (Baines & Hager, 2023; Carbon Majors, 2024). 2022 nahmen fossile Konzerne Teile ihrer freiwilligen Klimaschutzversprechen zurück und verdoppelten gleichzeitig ihre Gewinne (Influence Map, 2022a; Zeller, 2023). Dies ging einher mit steigenden Investitionen in fossile Infrastrukturen (z. B. LNG-Terminals; Si et al., 2023), was Lock-in-Effekte, d. h. die Bindung an fossile Technologien aufgrund hoher Umstellungskosten, verstärkt und damit zur Klimamaßnahmenverzögerung beiträgt (International Energy Agency, 2021; IPCC, 2022a, S. 267). Im **finanzwirtschaftlichen Machtkomplex** dominieren Finanzinstitutionen wie Banken und Asset Manager (Braun, 2020), die weiterhin vor allem Vermögenswerte verwalten, die den Klimawandel beschleunigen (insbesondere fossile Infrastrukturen; Influence Map, 2023). Die 60 größten Banken weltweit finanzierten die fossile Industrie von 2015 bis 2022 mit USD 5.500 Mrd. (Joosten et al., 2023; Rainforest Action Network et al., 2023). Definitiv kam es (noch) zu keiner Abkehr von Investitionen in fossile Infrastrukturen und Güter (Dafermos, et al., 2021; International Energy Agency, 2021; Christophers, 2023a). Auch österreichische Banken, denen ein klarer Plan zur Dekarbonisierung fehlt (GLOBAL2000, 2021; WWF, 2022), tragen trotz „grüner“ Fondangebote weiterhin mit ihren Fonds zum Erhalt und Ausbau von Öl-, Gas- und Kohlefeldern bei (Urgewald, 2023).

Zusammen mit digitalen Machtkomplexen, allen voran digitalen Plattformen und Onlinehandelsfirmen, sind der fossile und finanzwirtschaftliche Machtkomplex mächtige Akteure der Klimapolitik. Sie **beeinflussen mit Lobbying, Thinktanks und Spenden politische Entscheidungen** (Bärnthaler et al., 2024) und fördern Klimamaßnahmenverzögerung (IPCC, 2022a, S. 267). Ihr Lobbying übertrifft das von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie NGOs und Gewerkschaften um ein Vielfaches (Drutman, 2015; Porak, 2023). Machtausübung durch Lobbyismus, v. a. von regional oder national konzentrierten Branchen wie der Automobilindustrie (Deckwirth, 2019; Mattioli et al., 2020) oder der Fleischindustrie (Preker, 2020; Sievert et al., 2020; Lazarus et al., 2021), beeinflusst die europäische und nationale Gesetzgebung. Die Verwobenheit verschiedener Machtkomplexe sowie die intransparenten Verstrickungen zwischen Politik und Privatinteressen zeigen beispielsweise die Aktivitäten von Österreichs Ex-Kanzler Sebastian Kurz: In seiner Zeit als Kanzler vermittelte er ein Energieabkommen zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Österreich und wurde unmittelbar nach seinem Rücktritt Direktor eines VAE-Energieunternehmens (Fanta et al., 2024). Darüber hinaus arbeitet er heute für den Risikokapitalgeber Peter Thiel, der offen die liberale

Polanyi Paper #006

Demokratie ablehnt und mit seinen Digitalunternehmen den Überwachungskapitalismus perfektioniert (Gumbel, 2022).

KURZFRISTIGE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ZULASTEN DES KLIMASCHUTZES: ANREIZE STATT REGULIERUNG UND INVESTITION

Mit dem **EGD** (*European Green Deal – Europäischen Grünen Deal*) verfolgt die EU seit 2019 erstmals eine systematische und ambitionierte Transformationspolitik zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2050. Gerechtfertigt wird diese Klimapolitik durch ihren Beitrag zu Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum (Europäische Kommission, 2019a; Laurent, 2023). Der Ansatz, sich auf Markt- und Technologielösungen zu konzentrieren, unterstützt europäische Unternehmen, durch Effizienzsteigerungen weltweit führend bei sauberen Technologien und grünen Produkten zu werden. Angestrebt wird, Emissionen einzusparen und gleichzeitig Arbeitsplätze, insbesondere *Green Jobs*, zu schaffen (Europäische Kommission, 2019b).

Jedoch zeigte sich bei der Ausgestaltung der Teilstrategien des EGD der Einfluss von Machtkomplexen. Die Reform und Ausweitung des Emissionshandelssystems und die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichssystems (Europäische Kommission, o.J.) sind Beispiele für marktfördernde Regulierungen, die sich mit Interessen von Unternehmensverbänden decken. Auch der unternehmensfreundliche *Green Industrial Plan* stieß auf keinen nennenswerten Widerstand (Gerasimcikova, 2023; EuroMemorandum, 2024, S. 5). Ehrgeizigere erste Entwürfe der *Farm to Fork* Strategie für die Landwirtschaft, v. a. deren Pestizidvorschriften, wurden durch Lobbying der Agrarindustrie erheblich bescheidener (Holland & Tansey, 2022). Auch die EU-Biodiversitätsstrategie 2030 wurde von Unternehmensverbänden verzögert und verwässert (Influence Map, 2022b).

Um 2040 Klimaneutralität zu erreichen, setzt Österreichs Wirtschaftspolitik vor allem auf Anreize, um die notwendigen Mehrinvestitionen von mindestens EUR 145 Mrd. zu finanzieren (Umweltbundesamt, 2022). Die sich daraus ergebenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen **verzichten weitgehend auf Push-Maßnahmen wie Vorschriften, Ge- und Verbote**. Dies erlaubt es österreichischen Unternehmen, ihre Geschäftsmodelle nur zögerlich in Richtung Kreislaufwirtschaft und Sharing Economy zu verändern (Wieser & Kaufmann, 2023). Bei Zielkonflikten werden oftmals Abstriche beim Klimaschutz gemacht (Christophers, 2023b; Climate Action 100+, 2023; Engels et al., 2023, S. 46). Wiewohl umweltorientierte österreichische Unternehmen (z. B. bei erneuerbarer Energieerzeugung oder Abfallmanagement) globale Öko-Innovatoren sind, ist Nachhaltigkeit beim Großteil der KMUs nachrangig (Unger & Rogl, 2023). Unterstützt werden klimapolitische Maßnahmen nur, wenn sie Win-Win-Lösungen und kurzfristige Gewinne ermöglichen (Steurer, 2023; Wieser & Kaufmann, 2023). Auch Österreichs größte Unternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften

definieren zwar Klimaziele; konkrete Pläne zur Umsetzung liegen aber nur unzureichend vor oder fehlen gänzlich (Net Zero Tracker, 2024).

Privatwirtschaftliche grüne Finanzstrategien dominieren im EGD. Anreizinstrumente und Finanzierungsmechanismen subventionieren Unternehmen mit öffentlichen Mitteln und sollen sie durch „de-risking“, d. h. durch öffentliche Absicherung gegen wirtschaftliche Verluste und Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, zur umweltfreundlichen Kapitalanlage motivieren (Baer et al., 2021; Umweltbundesamt, 2022; Gabor & Braun, 2023a). Die Abhängigkeit von privatem Kapital beschränkt die Möglichkeiten strikter Regulierung (Braun, 2020), was die Nachrangigkeit klimapolitischer gegenüber finanzwirtschaftlichen Zielsetzungen zementiert, weshalb weiterhin **fossile Investitionen** in absoluten Zahlen weiterhin dominieren (Christophers, 2023a; UNCTAD, 2023a). Denn auch wenn erneuerbare Energien immer billiger werden und daher preislich mit fossilen Brennstoffen konkurrieren, hängen Entscheidungen für private Investitionen von den **erwarteten Gewinnen** ab. Erneuerbare Energieträger, die sich auf Märkten mit starkem Wettbewerb behaupten müssen, werfen geringere Gewinne ab als fossile Energieträger auf oligopolistischen Märkten und damit höheren Gewinnmargen (Christophers, 2023a). Dies beschränkt die Wirksamkeit von Derisking-Maßnahmen, da Fehlverhalten nicht sanktioniert wird (Gabor, 2023; Gabor & Braun, 2023b; Mazzucato & Rodrik, 2023). Immerhin setzt seit 2022 die CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive)-Richtlinie, die verpflichtende EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß ESG-Kriterien (Environmental, Social & Governance, deutsch: Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungskriterien) sowie die EU-Taxonomie einen neuen rechtlichen Rahmen für unternehmerisches Handeln (Fischer et al., 2023). Die Wirksamkeit dieses Rahmens ist jedoch umstritten, da Schlupflöcher erhalten bleiben, z. B. durch die umstrittene und von Österreich und NGOs gerichtlich angefochtene Klassifizierung von Kernenergie und erneuerbarem Gas als grüne Investitionsoptionen (Igini, 2022; Rankin, 2023).

Auch **in der Geld- und Fiskalpolitik sind klimapolitische Zielsetzungen zweitrangig**. So beschränkt sich die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) darauf, die finanzielle Stabilität zu gewährleisten. Einerseits setzt sie auf Preisstabilität und Inflationsbekämpfung durch Zinserhöhungen. Andererseits überprüft sie mit Stresstests die Auswirkungen von Klimaveränderungen auf Vermögen und Ertragslage der Unternehmen. Ausgeblendet bleibt, welchen Einfluss Finanzinvestitionen, z. B. die Finanzierung des fortgesetzten Ausbaus fossiler Infrastrukturen, auf Klimaveränderungen haben (Gabor & Braun, 2023b). In der österreichischen **Fiskalpolitik** wurde eine ökosoziale Steuerreform mit CO₂-Besteuerung und dem regional differenzierten Klimabonus (d. h. abhängig von der Siedlungsdichte und der öffentlichen Anbindung des Hauptwohnsitzes) sowie substanzielle finanzielle Anreize für Unternehmen und Haushalte umgesetzt. Direkte **öffentliche Investitionen** blieben außerdem unter dem als notwendig erachteten Niveau (Weyerstraß et al., forthcoming), da für langfristige

Klimainvestitionen keine Ausnahme von den strengen Fiskalregeln der EU, die Verschuldung verhindern soll, besteht. Dies gefährdet wichtige Investitionen (Kubeczko & Krisch, 2023; Mang & Caddick, 2023; Miess & Ornetzeder, 2023; Weber & Kubeczko, 2023). Hinzu kommen **klimakontraproduktive Subventionen** (z. B. für fossile Brennstoffe), die sich auf EUR 4 - 5,5 Mrd. pro Jahr belaufen (Kletzan-Slamanig et al., 2022). Der Widerstand mächtiger Interessenvertreter verhindert ihre Abschaffung (Steurer, 2023).

3.3.2. CHANCEN FÜR DIE TRANSFORMATION

EIN DEMOKRATISCHER ÖKO-SOZIALER STAAT BEGRENZT WIRTSCHAFTLICHE MACHT

Ein **demokratischer, öko-sozialer Staat**, der geld-, fiskal-, industrie- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen besser abstimmt (Durand et al., 2023), bietet die Chance einer klimafreundlichen Governance mit **klaren Regeln**. Koordinierte Maßnahmen (Aigner et al., 2023b), können unternehmerische Rahmenbedingungen hin zu einer Kreislaufwirtschaft gestalten und die Macht marktbestimmender Unternehmen begrenzen (Gabor & Braun, 2023a, S. 3). So können klimafreundliche Technologien gefördert und umweltschädliche Produktionsprozesse und Praktiken eingeschränkt werden

Sowohl beim (kurzfristigen) Ausbau von medizinischer Infrastruktur in der Pandemie als auch bei erhöhten Rüstungsausgaben im Gefolge des Ukrainekriegs galt das keynesianische Motto: *Alles, was wir tun können, können wir uns auch leisten* (Keynes, 1942, S. 264). Kurzfristig wurden verschiedene Wirtschaftsbereiche bewusst unterschiedlich behandelt (Gough, 2020, 2023; Krisch et al., 2023). Dies könnte koordiniert und zielgerichtet auch in der Klimapolitik umgesetzt werden. Indem durch Investitionen und Unterstützungen Wohnen leistbarer und Arbeitsplätze gesichert werden, eröffnet dies Möglichkeiten für unkonventionelle Bündnisse, z. B. von Konsument:innen, Beschäftigten und Unternehmen der Daseinsvorsorge. Diese und ähnliche Koalitionen, z.B. durch mehr Jobs in Vorreiterunternehmen der Grünen Ökonomie, können die gesellschaftliche Akzeptanz sowie den politischen Druck erhöhen, damit wirksame Klimapolitik auch umgesetzt wird.

WIRTSCHAFTS-, SOZIAL UND KLIMAPOLITIK KOORDINIEREN

Werden in einem gerechten Übergang **Klima-, Wirtschafts- und Sozialpolitik besser koordiniert** und geplant, erweitert sich der klimapolitische Handlungsspielraum (Cerniglia et al., 2023; Gabor & Braun, 2023a). Untätigkeit hingegen führt zu **Kosten des Nichthandelns**. Das schadet nicht nur dem Erreichen der Klimaziele, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung und dem menschlichen Wohlergehen. Die geschätzten wirtschaftlichen Kosten der zu erwartenden klimabedingten Schäden sind sechsmal höher als die finanziellen Aufwendungen, die erforderlich sind, um den Anstieg der globalen

Polanyi Paper #006

Durchschnittstemperatur auf 2°C zu begrenzen (Kotz et al., 2024). Zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 werden zusätzliche jährliche Investitionen in Höhe von etwa 3,6% - 4,8% des österreichischen BIP notwendig sein, die jährliche Wertschöpfungseffekte zwischen 2% - 2,7% des BIP bewirken und zwischen 60.000 - 80.000 Arbeitsplätze schaffen und sichern können (Miess et al., 2022). In der EU könnten grüne öffentliche Investitionen durch Ausnahmeklauseln von Ausgabenbeschränkungen, eine "Goldene Regel für grüne Investitionen" mit dauerhaften Ausnahmen oder einem EU-Klimafonds gefördert werden (Pekanov & Schratzenstaller-Altlinger, 2023).

Der EGD kann verbessert und die Untätigkeit überwunden werden (Gough, 2017; Schulze Waltrup, 2023), wenn ein **"Sticks and carrots' policy mix framework"** (Dafermos & Nikolaidi, 2023) eingesetzt und der Unternehmensmacht begrenzt wird (Haberl et al., 2020; Fuchs & Dolinga, 2022; Vogel & Hickel, 2023; Bärnthaler, 2024c). Technologische Innovationen müssen nämlich von Exnovationen, dem Beenden – auch lukrativer - Geschäftsmodelle, begleitet werden (Arnold et al., 2015; Haberl et al., 2020). Die Geld- und Finanzpolitik kann niedrigere Kapitalanforderungen für grüne Kredite sowie höhere Kapitalanforderungen für umweltschädliche Kredite einführen (Dafermos & Nikolaidi, 2023; Gabor & Braun, 2023a). Die Industrie- und Arbeitsmarktpolitik kann Unternehmen bei ihren Dekarbonisierungsstrategien unterstützen, indem sie hochwertige Arbeitsplätze schafft und diejenigen schützt, die von Umstrukturierungen negativ betroffen sind, z. B. durch eine Arbeitsplatzgarantie und Qualifizierungsstrategien (Froy et al., 2022; Upham et al., 2022; Schuberth & Soder, 2024). Des Weiteren können eine ausgebaute soziale Sicherung (Schneider, 2023), die Reduktion der Einkommensungleichheit, klimasoziale Versicherungsmodelle oder neue Formen klimasozialer Arbeit (Aigner et al., 2023d) Folgen des Übergangs in eine klimafreundliche Wirtschaft abfedern. Dabei erhöht die Einbindung von Arbeitnehmer:innen und Sozialpartnern die Legitimität (Pichler et al., 2021; Hofbauer et al., 2023; Schuberth & Soder, 2024).

Eine klimafreundliche Fiskalpolitik erhöht die Progressivität durch eine auf die obersten 1% der Vermögensinhaber abzielende Vermögenssteuer, eine Steuer auf nicht realisierte Kapitalgewinne und eine Anhebung der Mindestkörperschaftssteuer. Dies kann jährliche Mehreinnahmen von 1,9% - 2,9% des EU-BIP generieren (Guzzardi et al., 2023). Einkommensschwache Haushalte können direkt durch Transferzahlungen, die Förderung des Kaufs klimafreundlicher Haushaltsgeräte, die Bezuschussung von Reparaturen und Heizungswechsel oder den besseren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen unterstützt werden (APCC, 2023; Vogel & Hickel, 2023; Armutskonferenz & Ökobüro, 2024).

3.4. ALLTAG UND GESELLSCHAFT

3.4.1. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE TRANSFORMATION

HEGEMONIE DER NICHT-NACHHALTIGE LEBENSWEISE

Zurzeit sind nicht-nachhaltige Lebensweisen dominant, was es **für Einzelne schwierig macht, klimafreundlich zu leben** (APCC, 2023). Eine nicht-nachhaltige Art der Bedürfnisbefriedigung ergibt sich aus der Art, wie Infrastrukturen, Dienstleistungen und Güter bereitgestellt werden. Mit dem Begriff der “imperialen Lebensweise” weisen Brand und Wissen (2017) darauf hin, dass unsere Lebensweise von der Extraktion von Ressourcen und Arbeitskraft aus anderen Erdteilen abhängt. Eine Lebensweise, die so stark auf Auslagerung und Ausbeutung aufbaut, ist nicht verallgemeinerbar, d. h. sie kann nicht allen Menschen ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen ermöglichen. Gleichzeitig hat diese imperiale Lebensweise auch eine bis dahin unbekannte Ausweitung individueller Entfaltungsmöglichkeiten bewerkstelligt, wie z. B. persönliche Freiheitsrechte, die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens in einer pluralistischen Gesellschaft oder die weitgehende Befriedigung von Grundbedürfnissen (Novy, 2019). Dies erklärt, warum die aktuelle westliche Lebensweise trotz ihrer Nicht-Nachhaltigkeit hegemonial bleibt: Sie ist gesellschaftlich dominant, gilt als natürlich und muss sich nicht legitimieren (Gramsci, 2012; Hausknost, 2023). Obwohl die aktive Zustimmung zum politischen und gesellschaftlichen System in Österreich nicht hoch ist (nur 39% sagen, dass das politische System (sehr) gut funktioniert; SORA, 2023), kommt Systemkritik vor allem von rechten Gruppen.

FEHLENDE AKZEPTANZ VON KLIMASCHUTZMAßNAHMEN

Meinungsforschung beschäftigt sich mit der *Bedeutungsdimension* von Praktiken, allen voran Werthaltungen, Einstellungen und aktuellen Präferenzen verschiedener Milieus (Sum & Jessop, 2013). In der *Mutter Erde Klimastudie 2022* antworteten 74% der Befragten, sie seien sehr besorgt oder besorgt, dass die nötigen Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht rechtzeitig getroffen werden (Integral, 2022). Es zeigt sich ein Wunsch nach Veränderung und die Einsicht in die Unausweichlichkeit einer Transformation: So antworteten in einer anderen Studie 83% aller Befragten aus 13 Ländern des Globalen Nordens, dass ein grundlegender Wandel der Lebens- und Wirtschaftsweise in ihrem Land nötig sei (Schleer et al., 2024). Von Bürger:innen erarbeitete Vorschläge, z. B. in Bürger:innenräten, würden bei tatsächlicher Umsetzung zu wirksamerem Klimaschutz führen als die Maßnahmen der aktuell umgesetzten Klimapolitik (Lage et al., 2023).

Trotz dieser hohen Zustimmungswerte zum Klimaschutz, gibt es als wichtiger bewertete Alltagsinteressen. Während sich 73% der Befragten in Österreich Sorge wegen des Klimawandels

machen, so werden Energiekosten (90%), Lebensmittelkosten (85%) und der Krieg Russlands gegen die Ukraine (92%) deutlich höher eingestuft (Barth & Molina, 2023). Stehen Prioritäten zueinander in Konkurrenz, sitzt ambitionierte Klimapolitik oft am kürzeren Ast. Die hohe Zustimmung zum Klimaschutz sinkt, je konkreter die vorgeschlagenen Maßnahmen werden, vor allem wenn sie zu persönlichen Einschränkungen führen. Dies wird deutlich am Beispiel der erneuerbaren Energien: Obwohl Menschen generell hohe Zustimmung zum Ausbau erneuerbarer Energien zeigen, wird die Umsetzung von Projekten nahe am eigenen Wohnort oft abgelehnt (Segreto et al., 2020).

Gesellschaftliche Akzeptanz von Politikmaßnahmen hängt unter anderem von der wahrgenommenen Wirksamkeit, der wahrgenommenen Gerechtigkeit, den resultierenden individuellen Kosten und Einschränkungen, und dem generellen Vertrauen in die Regierung ab (Stagl et al., 2024). Entsprechend wichtig sind die politische Kommunikation über Klimamaßnahmen und die damit verbundenen Bedeutungen. Diese beruhen auf dem individuellen Wissen über Klimawandel, welches wiederum durch Erfahrungen im alltäglichen Leben und Arbeiten geprägt ist. Das Fehlen erlebbaren klimafreundlichen Lebens in Österreich erschwert, sich dieses vorzustellen. Der daraus folgende „**Status Quo Bias**“ führt zur Skepsis gegenüber Veränderungen (Fernandez & Rodrik, 1991). Häufig erhöht sich die gesellschaftliche Akzeptanz von Maßnahmen erst, nachdem diese eingeführt wurden (Andersson & Nässén, 2016; Börjesson et al., 2016; Thaller et al., 2024). Dass sich **Präferenzen ändern können, wenn sich Praktiken ändern** (Samuelson & Zeckhauser, 1988; Novy et al., 2023a), macht sich beispielsweise das Marketing zunutze: Durch die Darstellung von Produkten als begehrenswert wird eine Nachfrage geschaffen, die es ohne Werbung nicht gäbe (‘Nachfragegenerierung’; Steuernagel, 2021). Analog wäre es Aufgabe wirksamer Klimapolitik, den kurzfristigen alltäglichen Nutzen für Menschen hervorzuheben, um davon ausgehend Präferenzen dahingehend zu verändern, so dass die Befriedigung von Bedürfnissen mit der Umsetzung wirksamer Klimamaßnahmen vereinbar wird: Mobil zu sein durch Zu-Fuß-Gehen kombiniert diverse Vorteile für Gesundheit, Klima und Lebensqualität vor Ort, wohingegen Autofahren einzig Mobilität gewährleistet.

KLIMASCHUTZ ALS ELITENPROJEKT

Menschen leben in sozialen Gruppen mit Einstellungen und Verhaltensweisen, die sich gegenseitig stark beeinflussen. Es ist daher sinnvoll, diese gesellschaftlichen Gruppen im Detail zu kennen, um die verschiedenen Einschätzungen zum Thema Klimapolitik zu verstehen und daran anzuknüpfen (Novy et al., 2023). In Abbildung 1 sind die internationalen Sinus-Meta-Milieus für die sogenannten „etablierten Märkte“ – Länder wie Österreich – dargestellt (Schleer et al., 2024). Farblich kodiert ist, welche Rolle die Milieus in der anstehenden Transformation einnehmen werden. Auf der x-Achse sind ihre Einstellungen bezüglich Tradition und Neuorientierung (links traditionell, rechts zunehmend

neuorientiert) und auf der y-Achse ihre soziale Lage (Einkommen und Bildung) dargestellt (oben hoch, unten niedrig).

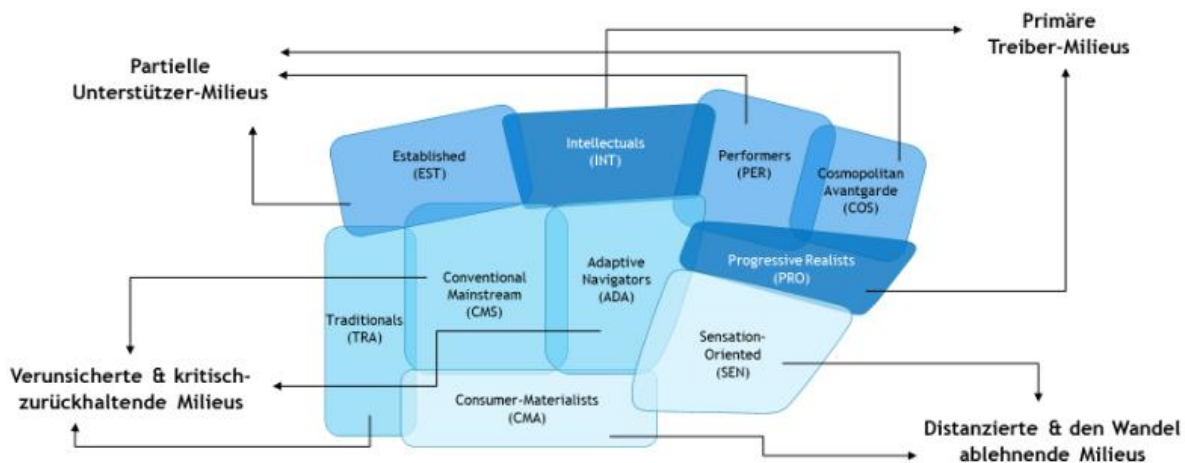


Abbildung 1: Sozialökologischer Wandel: Primäre Treiber-, partielle Unterstützer- und verunsicherte bis distanzierte Milieus (Schleer et al., 2024, S.6)

Primäre Treiber-Milieus des sozialökologischen Wandels sind demnach die Milieus der Intellektuellen und der progressiven Realisten, die eine besonders hohe Sensibilisierung für die Risiken des Klimawandels zeigen, und postmaterielle Werte vertreten. **Partiell unterstützende** Milieus sind die Etablierten, die Performer, und die kosmopolitische Avantgarde. Alle drei Milieus gehören den höchsten sozialen Schichten an, und verteidigen tendenziell ihren Lebensstil. Sie befürworten das Ziel der Klimaneutralität, setzen dabei jedoch eher auf Technologie und Innovation sowie freiwillige Maßnahmen und solche, die individuelle Lebensqualität steigern. **Verunsichert und kritisch-zurückhaltend** sind die Milieus der Traditionellen, des konventionellen Mainstreams und der anpassungsfähigen Mitte. Vielmehr als der Klimawandel selbst löst die Vorstellung von gesellschaftlicher Transformation Abstiegsängste aus. Schließlich sind die **distanzierten, den Wandel ablehnenden** Milieus die materialistischen Konsumierenden und die Genuss-Orientierten. Erstere befinden sich zumeist in einer gesellschaftlich prekären Lage, von der sie befürchten, sie werde sich weiter verschlimmern. Letztere sind gegenwartsorientiert und wollen sich keinen Genuss versagen lassen (Schleer et al., 2024).

Die Studie und Einordnung der verschiedenen Milieus zeigt, dass Klimaschutz gegenwärtig vorrangig als das moralisch "Richtige" gilt (Schleer et al., 2024). Wer sich fürs Klima interessiert, tut das aufgrund der eigenen persönlichen Werte: Altruistische Empathie mit Menschen in betroffene(re)n Regionen, Unbehagen bezüglich der aktuellen Mensch-Natur-Beziehung, oder Sorge um die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen (Martiskainen et al., 2020). Dies produziert Ablehnung in den Milieus, die

diese Werte nicht teilen und kurzfristig vermeintlich wichtigere Alltagsorgen haben. Klimapolitik gilt so als abgehoben und nicht anschlussfähig an die eigene politische Haltung, obwohl auch diese soziokulturellen Milieus **Werte vertreten, die einen Bruch mit dem Bestehenden erfordern**. Allen voran vertreten (fast) alle Milieus den Wunsch, die Natur nicht zu zerstören (Schleer et al., 2024). Aktuell fehlen jedoch anschlussfähige und verständliche Narrative, um die Wichtigkeit geeigneter Rahmenbedingungen für klimafreundliches Handeln verständlich zu machen, anstatt das Verhalten Einzelner zu moralisieren (Theine & Regen, 2023). Da Klimapolitik oft als abgegrenzter Politikbereich verstanden und kommuniziert wird, erscheint Klimapolitik als Bereich, der einzig aufgrund persönlicher Präferenzen und Interessen von Eliten durchgesetzt wird und von anderen Milieus ungerechte Einschränkungen erfordert.

In den Milieus, die als Treiber- und Unterstützer-Milieus gelten, besteht wiederum eine beachtliche **Bewusstseins-Handeln-Lücke**, d. h. eine Diskrepanz zwischen hohem Problembewusstsein und klimaschädlichem alltäglichem Handeln (Colombo et al., 2023). Die Milieus mit hohem Umweltbewusstsein verdienen gut, sind gebildet und weisen im Durchschnitt durch ihren hohen individuellen Konsum einen besonders hohen CO₂-Fußabdruck auf (Frascati, 2020; Schleer et al., 2024). Dabei ist auch diese Gruppe in sich heterogen: Insbesondere die spezifischen Lebensumstände und verfügbaren Infrastrukturen prägen den Ressourcenverbrauch (z. B. Paar mit Kind in Wien vs. Alleinstehende:r am Land) (Dorninger et al., forthcoming). Milieus mit hohem Umweltbewusstsein verstehen sich als progressive Nachhaltigkeits-Vorreiter:innen, was im Widerspruch zu ihrer oft nicht-nachhaltigen Lebensweise steht. Um diesen Widerspruch aufzulösen, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die umweltbewussten Eliten verabschieden sich von ihrem Selbstbild als Nachhaltigkeits-Vorreiter:innen oder sie ändern ihre Lebensweisen, um diesen Werten gerecht zu werden. Letzteres erfordert geänderte Rahmenbedingungen, was nur durch kollektives Handeln möglich wird.

3.4.2. CHANCEN FÜR DIE TRANSFORMATION

KUNST DES ABWÄGENS STATT KULTURKAMPF

Jede Transformation ist ein Bruch mit dem Bestehenden und ruft Widerstand hervor, der zu Konflikten mit denjenigen führt, die den Status Quo verteidigen (WGBU, 2011). In pluralistischen Gesellschaften konkurrieren verschiedene Akteure und gesellschaftliche Subsysteme **um Sinnstiftung und Bedeutungsgebung** (Brüggemann et al., 2018). Dominierte früher die Religion, so sind es aktuell vor allem Wissenschaft, Medien und Werbung, die Deutungsangebote machen, welche Produkte grün sind, wie man klimafreundlich handelt, und wann ein Leben gelungen ist (*ebd.*). Die Klimaforschung ist zunehmend mit Wissenschaftsskepsis konfrontiert, während Werbung die (sozialen) Medien

beeinflusst und vermehrt Aufmerksamkeit auf sich zieht. So ist im öffentlichen Diskurs häufig eine verzerrte Wahrnehmung zu beobachten: (Soziale) Medien verfälschen die Wirklichkeit, weil sie Geschichten dramatisieren, um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, weil sie einseitig berichten und indem sie auswählen, was überhaupt berichtenswert ist (Theine & Regen, 2023; Rodrigo-Ginés et al., 2024). Das führt dazu, dass eher negative Geschichten wiedergegeben werden, und sich die öffentliche Wahrnehmung tendenziell ins Negative verschiebt. Dies erleichtert es reaktionärer Politik, Klimapolitik für einen Kulturkampf zu instrumentalisieren und die Polarisierung zwischen Menschen, denen das Klima wichtig ist, und jenen, die ihre aktuelle Lebensweise verteidigen möchten und ‚nicht noch mehr verlieren‘ wollen, zu verstärken (Newth & Scopelliti, 2023).

Mau et al. (2023) benennen mit „**Triggerpunkten**“ Erzählungen, die besonders emotionale Reaktionen hervorrufen. Beispiele sind „Klimakleber“, Tempolimits und vegane Ernährung. Triggerpunkte werden unterteilt in „Ungleichbehandlungen, Normalitätsverstöße, Entgrenzungsbefürchtungen und Verhaltenszumutungen. ... Menschen [zeigen sich] getriggert, wann immer spezifische Erwartungen der Egalität, der Normalität, der Kontrolle und der Autonomie verletzt werden“ (ebd., S. 239). Was triggert, ist in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich: Ungleichbehandlung triggert tendenziell gesellschaftlich progressive Menschen, Normalitätsverstöße triggern Konservative, Entgrenzungsbefürchtungen und Verhaltenszumutungen triggern Menschen mit niedrigem sozialem Status. Konfliktiv sind nicht die Ziele der Klimapolitik an sich, sondern wie die Transformation bestmöglich gestaltet werden soll. Differenzen gibt es in Bezug auf die Problemanalyse („Geht es vorrangig um ökologische Gefahren wie Wetterextreme oder um drohende soziale Verwerfungen infolge der Transformation?“), auf den Zeithorizont („Soll die Transformation schneller oder langsamer von statten gehen?“) und in Bezug auf die geeignete Vorgangsweise („Soll auf Freiwilligkeit oder auf Regeln gesetzt werden?“) (ebd., S. 230).

Konflikte können in Veränderungsprozessen jedoch nicht dauerhaft vermieden werden, denn Privilegien des Status Quo werden von aktuell Mächtigen zumeist vehement verteidigt. Gerade Maßnahmen, die große Veränderungen bedingen und daher besonders wirksam sind, sind oft besonders schwierig umsetzbar, sowohl auf individueller (Brudermann, 2022) als auch auf systemischer Ebene (Novy et al., 2023). Vermeidet man jegliche Konflikte, werden lediglich Maßnahmen umgesetzt, die zwar beliebt sind, wie der Ausbau von Rad- oder Gehweginfrastruktur (Stagl et al., 2024), jedoch gleichzeitig allein wenig bewirken. Transformationsstrategien benötigen daher die Kunst des Abwägens, um zu entscheiden, welche Konflikte geführt werden, sei es, weil sie unvermeidbar oder weil sie erfolgversprechend sind (Novy et al., 2023a). Transformative Klimapolitik erfordert, klimaschädliche Aspekte unserer derzeitigen Lebensweise einzuschränken und positive Aspekte zu erhalten (Novy & Barlow, 2022), sowie positive Aspekte einer klimafreundlichen

Lebensweise (Co-Benefits) auszubauen (vgl. Karlsson et al., 2020; Schleer et al., 2024): z. B. belebte und grüne Innenstädte, höheres Wohlbefinden und Lebensqualität, kürzere Wege, Erhalt von Natur, Energiesicherheit, Luft- und Wasserqualität oder Maßnahmen, wie Energiegemeinschaften, die die Bevölkerung ermächtigen, Handlungsspielraum zurückzugewinnen (Musall & Kuik, 2011; Schreuer, 2016; Seidl et al., 2019).

GERECHTE KLIMAPOLITIK DURCH EINE GESTÄRKT E ALLTAGSÖKONOMIE

Klimapolitik ist in Österreich oft nicht sozial gerecht gestaltet und verschärft damit bereits bestehende Ungerechtigkeiten. **Reiche sind durch klimapolitische Maßnahmen oft weniger belastet, obwohl sie mehr zur Klimakrise beitragen, am wenigsten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen und sich am besten an die resultierenden Folgen anpassen können** (Armutskonferenz, Attac, & BEIGEWUM, 2021; Seebauer et al., 2021; Kemper In: Hirzberger, 2023). Diese Ungerechtigkeit bemerken Menschen mit geringem sozialem Status – sie nehmen wahr, dass sie verzichten müssen, während gleichzeitig privilegiere, reichere Menschen nichts abgeben. Da eine wirksame Transformation tatsächlich Einbußen von Privilegien und Veränderungen von Lebensweisen erfordert (APCC, 2023), hängt die gesellschaftliche Akzeptanz von Maßnahmen an der - tatsächlichen und wahrgenommenen - sozialen Gerechtigkeit (Schleer et al., 2024; Stagl et al., 2024). Maßnahmenbündel, die langfristig und verbindlich Transformation sozial gerecht gestalten, werden eher akzeptiert (Armutskonferenz, Attac, & BEIGEWUM, 2021; Seebauer et al., 2021; Aigner et al., 2023b; Stagl et al., 2024).

Ein erfolgversprechender Weg ist die **Stärkung der Alltagsökonomie** (Bärnthaler et al., 2022), d. h. die klimafreundliche Transformation von Bereitstellungssystemen, die grundlegende Bedürfnisse wie Wohnen und Energieversorgung befriedigen. So können ökosoziale Politiken Co-Benefits für Klimaschutz und Klimawandelanpassung haben (Karlsson et al., 2020; Aigner et al., 2023a; Schleer et al., 2024). Insbesondere Wohnen findet aktuell in der österreichischen Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit, wie der Wahlerfolg der KPÖ in Graz und Salzburg illustriert. Dabei emotionalisierte vor allem die Verfügbarkeit von leistbarem Wohnraum. Gleichzeitig steigt in Österreich die genutzte Wohnfläche pro Person (Jany et al., 2022; Statistik Austria, 2024b). Während größere Wohnflächen Energie- und Materialverbräuche erhöhen und die Zersiedelung inklusive höheren Flächenverbrauchs fördern, ermöglichen kleinere Wohnungen auf weniger Raum kurze Wege zu Einkaufsmöglichkeiten und Arbeitsstellen sowie soziale Beziehungen in der Nachbarschaft (Svanda & Zech, 2023).

Co-Benefits in Narrativen zu betonen, erleichtert Allianzen, um auch Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren, die bis jetzt bei Klimamaßnahmen skeptisch sind. Ein innovatives Bündnis in der Praxis ist das von Gewerkschaften, die sich ursprünglich überwiegend mit sozialen Fragen auseinandergesetzt

Polanyi Paper #006

haben, und der Klimabewegung. Konkret zeigt sich das aktuell in der Zusammenarbeit von Fridays for Future mit Buslenker:innen, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und besseren Klimaschutz einsetzen (Fridays for Future Austria, 2024). Co-Benefits wie aktive Mobilität, das Kochen von frischen und regionalen Lebensmitteln, und Zeit für Entspannung und soziale Beziehungen können über den Verweis auf Gesundheitsförderung angeregt werden – und gleichzeitig zu klimafreundlichem Verhalten führen (Aigner et al., 2023a; Aigner et al., 2023c; Dengler et al., 2024; Lampl et al., 2024). Ein klimafreundliches Narrativ könnte **die Vorteile nachhaltiger und leistbarer Infrastrukturen, vor allem bei Wohnen, Energie, Gesundheit und Freizeit, in den Vordergrund stellen, ohne ausdrücklich über das Klima zu reden**. Positive Auswirkungen auf Klimafreundlichkeit wären dann gleichsam Co-Benefits einer Politik für eine gestärkte und transformierte Alltagsökonomie.

4. Denkkollektive der Klimaforschung und Klimapolitik

Während Kapitel 3 den Kontext dargestellt hat, in dem eine klimafreundliche Transformation mit Herausforderungen und Chancen konfrontiert ist, stellen Kapitel 4.1. und 4.2 zwei zentrale Denkkollektive der Klimaforschung und Klimapolitik vor. Beide agieren im selben Kontext, unterscheiden sich aber bezüglich ihrer zugrundeliegenden Perspektiven und haben dadurch ein anderes Problemverständnis und schlagen jeweils andere Lösungswege vor. Das Denkkollektiv der Ökomodernisierung orientiert sich überwiegend an Effizienzansätzen, während sich das Denkkollektiv des Systemwandels vor allem auf Suffizienzansätze stützt. Abbildung 2 bietet einen Überblick über die den Denkkollektiven zugrundeliegenden Perspektiven, Akteure und Policy Strategien.

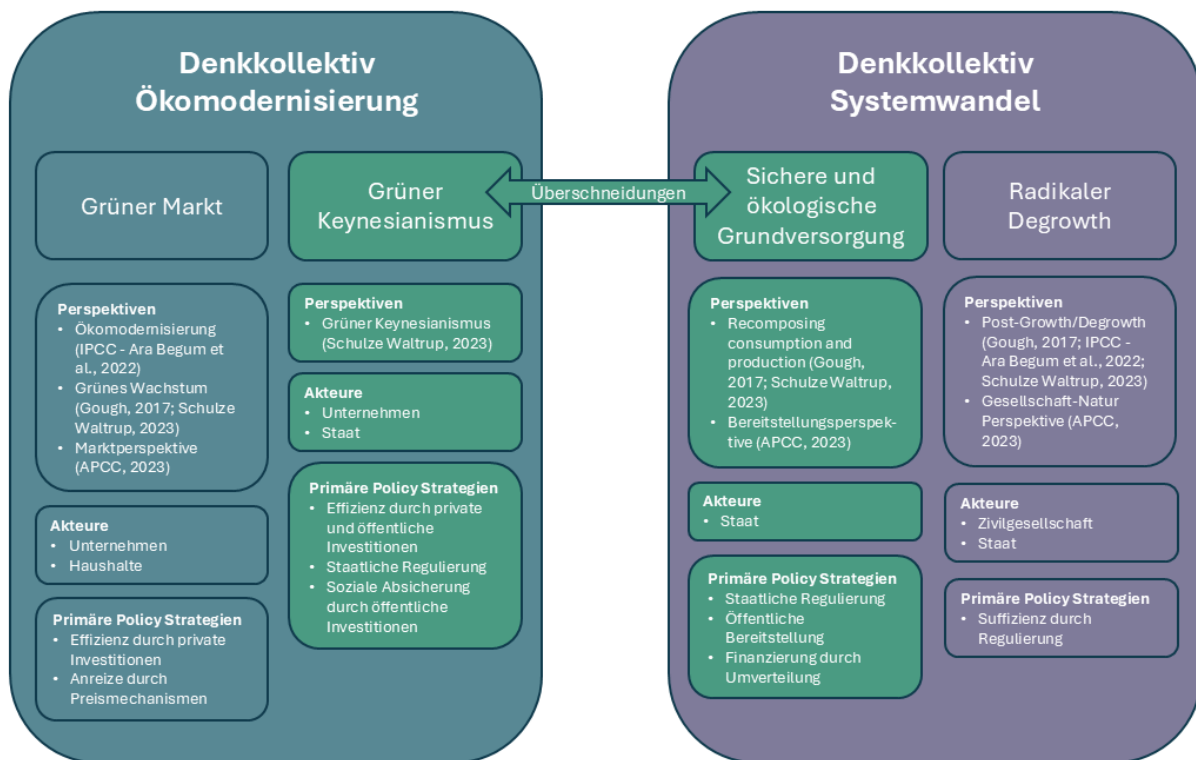


Abbildung 2: Hauptmerkmale der Denkkollektive (adaptiert von Schulze Waltrup, 2023)



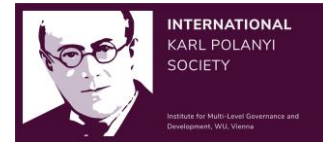
4.1. DAS DENKKOLLEKTIV DER ÖKOMODERNISIERUNG

Das Denkkollektiv der Ökomodernisierung wurzelt im Glauben an die Reformierbarkeit der bestehenden sozioökonomischen Ordnung, d. h. der seit zwei Jahrhunderten dominanten kapitalistischen Marktwirtschaft. Es orientiert sich an einer ökomodernistischen Perspektive (Desrochers & Szurmak, 2020; Ara Begum et al., 2022), die stark an die APCC-Marktperspektive (Novy et al., 2023b) angelehnt ist. Es bevorzugt Effizienzmaßnahmen und enthält Elemente der APCC-Transformationspfade "Leitplanken für eine klimafreundliche Marktwirtschaft" und "Klimaschutz durch koordinierte Technologieentwicklung" (Haas et al., 2023). Hauptziel ist die Gewährleistung von Wirtschaftswachstum und Profitabilität von Unternehmen, da so privater Wohlstand erreicht wird und gleichzeitig mit ausreichendem Steueraufkommen der Sozialstaat finanzierbar bleibt. Eine gesicherte Wettbewerbsfähigkeit ist daher Voraussetzung für die Bewältigung der Klimakrise (Schulze Waltrup, 2023). Dieses Denkkollektiv dominiert den Diskurs rund um die Klimakrise ausgehend von der Grundannahme, dass diese mit Hilfe einer funktionierenden Marktwirtschaft bewältigt werden kann – vorausgesetzt, es gibt klare soziale und ökologische Rahmenbedingungen, deren konkrete Ausgestaltung je nach Ansatz variieren. Um die bestehende sozioökonomische Ordnung nicht zu destabilisieren und dadurch Krisen auszulösen, braucht es eine langsame Anpassung von Handlungsmustern, Geschäftsmodellen und Institutionen an die Herausforderungen der Klimakrise. Gemeinsam erreichbar sind Klima- und Unternehmensziele durch den Ausbau energieeffizienter Produkte und Produktionsprozesse.

In diesem Denkkollektiv lassen sich zwei Strömungen unterscheiden, zwischen denen es fließende Übergänge gibt: den „Grünen Markt“-Ansatz und den „Grünen Keynesianismus“-Ansatz.

4.1.1. GRÜNER MARKT

Der „Grüne Markt“-Ansatz sieht Freiheit als obersten gesellschaftlichen Wert, einen gut regulierten Markt als zentrale Institution und ökologisch ausgerichtete Privatunternehmen als die zentralen Akteure der Klimapolitik. Innerhalb eines politisch festgelegten ökologischen Rahmens gibt es für Konsument:innen und Produzent:innen möglichst viel individuelle Entscheidungsfreiheit (Schleer et al., 2024). Staatliche Eingriffe sollen auf ein Minimum beschränkt werden, um größtmöglichen gesellschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen (vgl. Marktperspektive APCC, 2023). Die Aufgabe des Staates beschränkt sich darauf, Marktversagen zu korrigieren (Schulze Waltrup, 2023). Preistransparenz wird durch die Internalisierung von Umweltkosten erreicht, allen voran einem



ausreichend hohen CO₂-Preis. Dem Verursacherprinzip folgend werden durch die Monetarisierung der Natur Anreize für umweltfreundliches Verhalten gesetzt, z. B. durch eine CO₂-Steuer oder dem Handel mit Emissionszertifikaten (vgl. Umweltökonomik; Novy et al., 2023b). Dies verteuert klimaschädliche und fördert klimafreundliche Produktionsmethoden. Förderungen, z. B. Steuersenkungen, schaffen zusätzliche Anreize für klimafreundliche Investitionen und lenken Marktentscheidungen in Richtung Nachhaltigkeit, ohne dass die individuelle Wahlfreiheit eingeschränkt wird (vgl. Corporate Social Responsibility; Novy et al., 2023b). Technologischer Fortschritt ermöglicht Effizienzsteigerungen, die eine absolute Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ermöglichen soll (Novy et al., 2023b). Der Fokus liegt auf ökonomischen und technologischen Lösungen zur Bekämpfung der Klimakrise, während Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der sozialen Absicherung zweitrangig sind. Viele Milieus, insbesondere der Mittel- und Oberschicht sind bereit, diesen Zugang zu unterstützen, solange er auf Freiwilligkeit basiert und die Lebensqualität verbessert (Barth & Molina, 2023; Borgstedt, 2023).

4.1.2. GRÜNER KEYNESIANISMUS

Der „Grüne Keynesianismus“ befürwortet viele Maßnahmen und Ideen des „Grünen Markt“-Ansatzes, erweitert ihn aber um soziale Zielsetzungen, allen voran ein materiell abgesichertes Leben durch eine gut bezahlte Beschäftigung. Während der „Grüne Markt“-Ansatz vorrangig auf ökonomische Anreize setzt, betont der grüne Keynesianismus, dass marktbasierende Maßnahmen allein nicht ausreichen, um langfristig Ressourcenschonung und soziale Wohlfahrt zu gewährleisten (Harris, 2013). Zwar unterstützt der grüne Keynesianismus grundsätzlich Wirtschaftswachstum, doch geht er über die Angebotspolitik des „Grünen Markt“-Ansatzes hinaus und steuert auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch staatliche Industrie-, Innovations-, Fiskal- und Geldpolitik sowie Sozialpolitik (Custers, 2010). Der grüne Keynesianismus verbindet Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik durch einen „just transition“-Ansatz (Gough, 2017; Schulze Waltrup, 2023). Umweltpolitische Maßnahmen können sozial regressiv wirken, indem sie insbesondere einkommensschwache Gruppen überproportional belasten, wie eben z. B. CO₂-Steuern und Emissionshandelssysteme. Gleiches gilt bei der Förderung von oftmals einkommensstarken Eigentümern, wie bei E-Autos oder Solarpaneele (Vona, 2021). Der grüne Keynesianismus setzt nicht nur auf private Investitionen und Forschung in nachhaltige Unternehmen, sondern auch auf öffentliche Investitionen, um Beschäftigung zu sichern und öffentliche Infrastrukturen zu schaffen (Gough, 2017). Dazu gehören Maßnahmen wie Arbeitsplatzgarantien, faire Löhne und garantiertes Mindesteinkommen und staatlich finanzierte Um-



und Ausbildungsprogramme in „grünen“ Wirtschaftsbereichen (Gough, 2022), wie z. B. der Just Transition Fund und der Social Climate Fund (McCauley & Heffron, 2018).

4.1.3. ZENTRALE SCHWÄCHEN

Die zentrale Schwäche der Ökomodernisierung ist, dass die vorgeschlagenen und umgesetzten Maßnahmen nicht wirksam (genug) sind. Unter anderem wird der Einfluss und die Beharrungskraft **von Machtkomplexen und klimaschädlichen Strukturen in kapitalistischen Marktwirtschaften unterschätzt**. Machtkomplexe nutzen dieses Denkkollektiv, um bestehende klimaschädliche, aber gewinnträchtige Strukturen durch Klimamaßnahmenverzögerung zu stabilisieren (Brulle, 2018, 2020; Bärnthaler et al., 2024). Radikale, wirksame Maßnahmen wie starke Erhöhungen des CO₂-Preises werden ignoriert. Einzig Förderungen und effizienzsteigernde Verbesserungsmaßnahmen werden aus dem vorgeschlagenen Portfolio aufgegriffen. In kapitalistischen Marktwirtschaften streben private Großunternehmen danach, kurzfristige Gewinn- und Produktionsziele, allen voran die Rentabilitätsbewertungen durch Investoren, gegenüber langfristigen klimapolitischen Zielsetzungen zu priorisieren. Verschärft wird die fehlende Umsetzung wirksamer Maßnahmen des Denkkollektivs durch die aktuellen sicherheitspolitischen Zielsetzungen wie Versorgungssicherheit, (Energie-)Sicherheit und Ressourcenzugang, welche höher gewichtet werden als Klimaziele und internationale Zusammenarbeit (Pollex & Lenschow, 2018). Daher verfehlt die Ökomodernisierung ihr Ziel, Veränderungen im bestehenden sozioökonomischen System umzusetzen und tendiert zu Naivität.

4.2. DAS DENKKOLLEKTIV DES SYSTEMWANDELS

Es ist die Grundannahme des Systemwandel-Denkkollektivs, dass bestehende soziotechnische und sozioökonomische Systeme kapitalistischer Marktwirtschaften grundlegend verändert werden müssen, um (unabsehbare) Folgen der Klimakrise abzuwenden. Das Denkkollektiv umfasst einerseits Ansätze der sicheren und ökologischen Grundversorgung (und 'Recomposing Consumption and Production' in Gough, 2017; vgl. 'Bereitstellungsperspektive' APCC, 2023; Schulze Waltrup, 2023) und andererseits Ansätze, welche eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung voraussetzen, um die Klimakrise zu lösen (und 'Post-Growth/Degrowth' Gough, 2017; vgl. 'Gesellschaft-Natur Perspektive' APCC, 2023; Schulze Waltrup, 2023).



4.2.1. SICHERE UND ÖKOLOGISCHE GRUNDVERSORGUNG

Die weniger radikale Ausrichtung innerhalb dieses Denkkollektives strebt Veränderungen vor allem in der Art der Grundversorgung an (und ‘Recomposing Consumption and Production’ in Gough, 2017; vgl. ‘Bereitstellungsperspektive’ APCC, 2023; Schulze Waltrup, 2023). Dieser Zugang hat eine agnostische Haltung zu Wirtschaftswachstum. Während manche Maßnahmenvorschläge mit Wirtschaftswachstum vereinbar sind, strebt dieses Denkkollektiv langfristig ein anderes sozioökonomisches System mit geänderten Zielen und Institutionen jenseits kapitalistischer Marktwirtschaften an. Theoretische Grundlage dieses Zugangs zu einer transformativen Klimapolitik sind zum Beispiel „non-reformist reforms“ (Gorz, 1964), „revolutionäre Realpolitik“ (Brie & Schütrumpf, 2021) oder „real utopias“ (Wright, 2020). Inhaltlich gilt die ungleiche Verteilung von Emissionen und Materialverbrauch als ein Hauptproblem – reiche Haushalte verursachen die meisten Emissionen, während ärmerer Haushalte überproportional von den Auswirkungen von Klima- und Umweltveränderungen betroffen sind (Oswald et al., 2020; Chancel et al., 2023). Ziel ist die Umverteilung von Konsum, insbesondere durch die demokratische Festlegung von Konsumkorridoren (Brand et al., 2021; Lindellee et al., 2021). Zum einen müssen alle Menschen genügend Güter und Dienstleistungen konsumieren können, um ihre Grundversorgung, d. h. unter anderem Essen, Wohnen, Gesundheit und Energieversorgung, zu gewährleisten (Millward-Hopkins et al., 2020; Vogel et al., 2021). Zum anderen braucht es Grenzen für Überproduktion und Überkonsum, damit nicht einige wenige das verbleibende Kohlenstoffbudget aufbrauchen (Bärnthaler & Gough, 2023). Die **Verbindung von Klima- und Sozialpolitik** ist in diesem Ansatz essenziell (Armutskonferenz, Attac & BEIGEWUM, 2021). Klimasoziale Politik basiert auf staatlichen Regulierungen sowie der öffentlichen Bereitstellung, insbesondere durch Infrastrukturen, Dienstleistungen und Güter der Alltagsökonomie (Schulze Waltrup, 2023). Der Fokus dieses Ansatzes liegt auf Fairness und Gerechtigkeit (F. Otto, 2023), um ökologische Ziele zu erreichen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt zu stärken (Armutskonferenz, Attac & BEIGEWUM, 2021). Ortsbezogene Entwicklungsinitiativen können den gleichberechtigten Zugang zu Infrastrukturen, aber auch ein Gefühl der Anerkennung fördern (Moulaert & MacCallum, 2019). Beispiel sind Experimente zur Revitalisierung von Dorfkernen, um Nahversorgung zu verbessern und öffentlichen Raum aufzuwerten (Madner & Grob, 2019; Getzner & Kadi, 2020; Schirpke et al., 2023).

4.2.2. RADIKALER DEGROWTH

Der Ansatz eines radikalen Degrowth erweitert den Fokus über eine nachhaltige und gerechte Grundversorgung hinaus. Dieser Ansatz basiert auf einer *Degrowth* Perspektive, die eine geplante,



aber drastische Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs anstrebt (Parrique et al., 2019; Hickel, 2020; Hickel et al., 2022b). Zentral ist dabei die Erkenntnis, dass auf einem Planeten mit endlichen Öko- und Biosystemen kein unendliches exponentielles Wachstum des Materialverbrauchs und Emissionsausstoßes möglich ist (Haberl et al., 2020; Hickel, 2022; Vogel & Hickel, 2023). Immer mehr Grenzen einer nachhaltigen Nutzung von Öko- und Biosystemen sind jedoch bereits überschritten (Rockström et al., 2023). Dass bis heute, und nach Jahrzehnten von Klimaforschung und Klimapolitik, die THG-Emissionen und der Materialverbrauch weiter steigen, zeigt die Beharrungskraft kapitalistischer Strukturen (Haderer et al., 2023) und die Notwendigkeit eines gänzlich neuen Verständnisses der *Gesellschaft-Natur Beziehung* (APCC, 2023).

Eine zentrale Stärke dieses Ansatzes ist die breite und globale Analyse (Gorz, 1993; Brand et al., 2021; Fraser, 2023), welche private Gewinnorientierung, Wachstumszwang, steigende Energienachfrage und die Naturbeherrschung problematisiert, um Möglichkeiten tiefgreifender Transformationen auszuloten (Meadows, 1999). Zentral ist dabei die Änderung der Lebens- und Produktionsweisen. Es braucht eine Wirtschaftsweise jenseits kapitalistischer Marktwirtschaften (Brand & Wissen, 2017, 2024; Hickel, 2021; Buch-Hansen & Nesterova, 2023) sowie neue Formen internationaler Arbeitsteilung ohne ungleichen (ökologischen) Tausch (Goeminne & Paredis, 2009; Fischer & Grandner, 2022; Hickel et al., 2022a). Dabei haben Länder mit historisch hohen Emissionen wie Österreich eine besondere Klimaverantwortung, was ein verstärktes Engagement für angemessen finanzierte internationale Hilfe und Kompensation erfordert (Hickel, 2020). In den vergangenen Jahrzehnten hat eine konfliktvermeidende, auf Freiwilligkeit und Anreize setzende Governance den Status Quo verfestigt und klimafreundliches Leben behindert, sei dies durch Gesetze, Institutionen, Infrastrukturen, Diskurse oder Geschlechter-, Einkommens- und Produktionsverhältnisse (Shove et al., 2009; Stoddard et al., 2021; APCC, 2023; Aykut et al., 2024). Das Denkkollektiv lenkt daher die Aufmerksamkeit auf strukturelle Ursachen und die Notwendigkeit von Exnovation, d. h. auf die bewusste Beendigung aktueller emissionsintensiver Praktiken und Geschäftsmodelle (David, 2017; Krüger & Pellicer-Sifres, 2020; Kivimaa et al., 2021). Vertreter:innen dieses Denkkollektives priorisieren Vermeidungsmaßnahmen gegenüber Verlagerungs- und Verbesserungsmaßnahmen (Princen, 2003; Fuchs et al., 2023; Gough, 2023), um Emissionen sofort und mit geringem finanziellem Aufwand zu reduzieren. Umweltschädliche und ressourcenintensive Wirtschaftssektoren müssen schrumpfen (z. B. der Automobilssektor; Mattioli et al., 2020; Pichler et al., 2021), während gemeinwohlfördernde Sektoren weiter ausgebaut werden (z. B. der Pflegesektor; Krisch et al., 2023). Statt des ökologisch problematischen Ziels, mehr zu produzieren, gehe es darum, ausreichend, d.h. genug (*suffizient*), zu produzieren und zu konsumieren (Bärnthaler & Gough, 2023; Fuchs et al., 2023).



4.2.3. ZENTRALE SCHWÄCHEN

Die zentrale Schwäche des Systemwandel-Denkkollektives liegt in der Umsetzung der Ideen. Trotz eines umfassenden Maßnahmenkatalogs diverser wirksamer Maßnahmen und vieler konkreter wissenschaftlicher Vorschläge für geänderte Praktiken, für alternative Versorgungssysteme und für nachhaltige Wirtschaftsmodelle (Schneidewind & Zahrt, 2013; ÖROK, 2021; Armutskonferenz & Ökobüro, 2024; Sachverständigenrat für Umweltfragen, 2024) hält sich die derzeitige, klimaschädliche sozioökonomische Ordnung hartnäckig (Baines & Hager, 2023). Es fehlt nicht nur die politische, sondern auch die gesellschaftliche Unterstützung für wirksame und umsetzbare Strategien zur Überwindung des Widerstands von den Status Quo stabilisierenden Akteuren (Lorek & Fuchs, 2013; Avelino & Wittmayer, 2016). Dies liegt auch daran, dass weitreichende klimapolitische Veränderungen nur von 20% der Bevölkerung unterstützt werden, allen voran sozial und ökonomisch privilegierten Milieus (Barth & Molina, 2023; Borgstedt, 2023; Schleer et al., 2024). Gleichzeitig fühlen sich große Teile der Gesellschaft verunsichert und Abstiegsängste verdrängen tendenziell die Angst vor Klimaveränderungen. Transformation wird von diesen Milieus zunehmend grundsätzlich abgelehnt. In diesem Umfeld werden Forderungen nach Beschränkungen in einer Kulturkampf-Rhetorik zu negativen Triggerpunkten (Mau et al., 2023), die instrumentalisiert werden, um Klimapolitik als Bedrohung eines als normal wahrgenommenen Lebens, das Freiheit und Wohlstand sichert, darzustellen (Blühdorn, 2020; Brand & Wissen, 2024). Aufgrund der fehlenden Akzeptanz von Maßnahmen, die sich gegen „Alltagsvorstellungen“ (Kaika et al., 2023) richten und in gewohnte Routinen eingreifen, bergen selbst scheinbar kleine Maßnahmen wie Tempolimits das Risiko vehementen Widerstands (Mau et al., 2023; Stagl et al., 2024).

5. Mindestanforderungen klimafreundlicher Transformationspfade

Um die derzeit drohende *transformation by disaster* zu vermeiden, braucht es ***transformation by design***, d. h. koordiniertes und zielorientiertes Handeln. Dies erfordert Planung als das Beschreiben der Schritte zur Erreichung gewünschter Ziele. Bereits heute spielt Planung eine entscheidende Rolle bei Klimaschutz und Klimawandelanpassung in Politikfeldern wie Raum-, Verkehrs-, Stadt- oder Energieplanung (Getzner & Kadi, 2020; Schirpke et al., 2023; Svanda & Zech, 2023). Dieser Abschnitt untersucht, wie klimafreundlichen Transformationen gestaltet werden können und beschreibt Mindestanforderungen an klimafreundliche Transformationspfade.

Basierend auf der Analyse von Herausforderungen und Chancen zur Umsetzung wirksamer Klimamaßnahmen (Kapitel 3) sowie den jeweiligen Erkenntnissen der zwei Denkkollektive (Kapitel 4)

ergeben sich für die Planung und Gestaltung klimafreundlicher Transformationspfade vier Mindestanforderungen: Es braucht (1) ein erweitertes Verständnis von Klimapolitik, (2) umfassende und gut abgestimmte Maßnahmenbündel, (3) breitere gesellschaftliche und politische Unterstützung sowie (4) die Einführung klimafreundlicher Governance-Modelle. Diese Mindestanforderungen zu erfüllen ist eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung, die Klimaziele zu erreichen. Deren Erreichung wird aber plausibler, wenn sie bei der Erarbeitung von Transformationspfaden berücksichtigt werden.

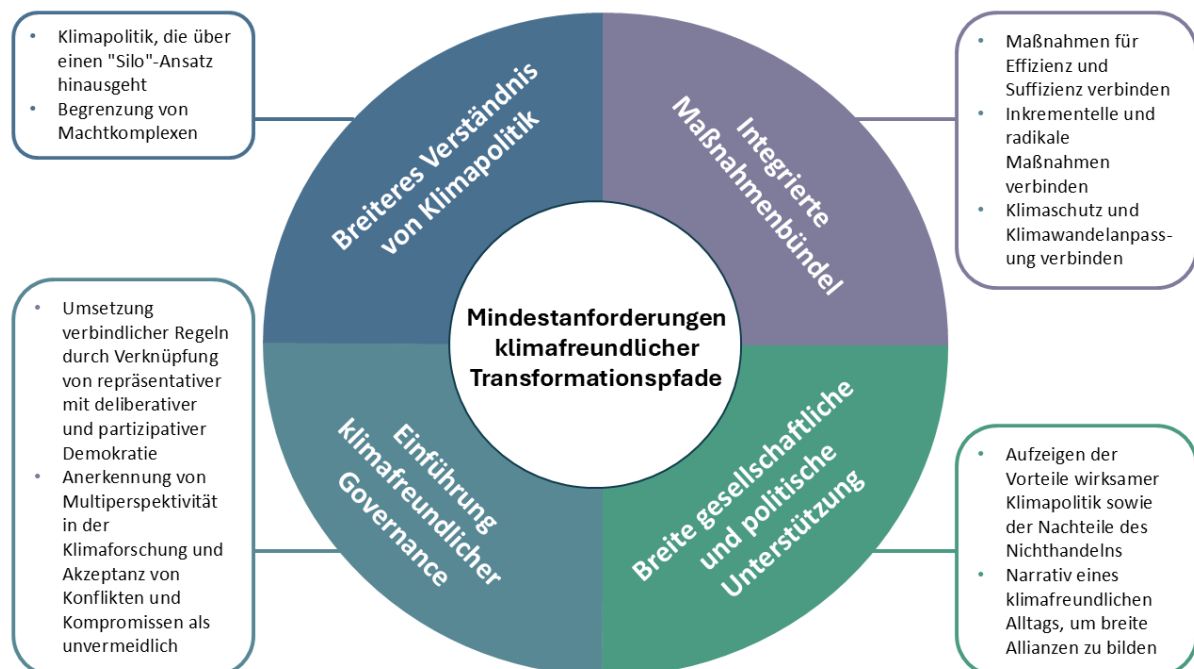


Abbildung 3: Mindestanforderungen klimafreundlicher Transformationen (eigene Darstellung)

Erstens erfordern klimafreundliche Transformationspfade ein **erweitertes Verständnis von Klimapolitik**, das Klimapolitik aus dem Silo eines „single issue“ befreit (Haas et al., 2023). Klimaschutz und Klimawandelanpassung müssen somit in allen Politikfeldern berücksichtigt werden (Adelle & Russel, 2013). Die Fragmentierung und die beschränkte Wirksamkeit aktueller Klimapolitik können durch die Verbindung sozialer und ökologischer Zielsetzungen überwunden werden. So können beispielsweise kurzfristige Erleichterungen im Alltagsleben mit langfristigem Klimaschutz und transformativer Klimawandelanpassung kombiniert werden, z. B. leistbares und ökologisches Wohnen durch Mietrechtsänderungen und Objektförderungen (Novy et al., 2024).



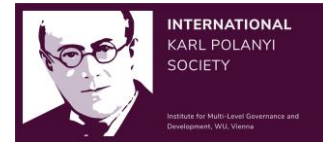
Aus diesem breiteren Verständnis von Klimapolitik folgt zweitens, dass **integrierte Maßnahmenbündel** erforderlich sind. Aktuell dominieren inkrementelle Maßnahmen, die bloß Effizienz erhöhen. Alleine stabilisieren sie den Status Quo, während radikale Ansätze, die vom Vorsorgeprinzip ausgehen, oft fehlen (Reckien et al., 2018; Buschmann et al., 2022). Das Portfolio verfügbarer Maßnahmen erweitert sich, wenn Lösungsansätze unterschiedlicher Denkkollektive kombiniert werden (Haas et al., 2023; Heyen & Wicki, 2024), die Effizienz- und Suffizienzmaßnahmen sowie inkrementelle und radikale Maßnahmen verbinden. Klimapolitikintegration erfordert auch die Kombination von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung.

Drittens ist transformative Klimapolitik umsetzbarer, wenn Maßnahmen möglichst breite **gesellschaftliche Unterstützung** finden. Befürworter:innen und Gegner:innen der Klimapolitik unterscheiden sich in Bezug auf Interessen, Werte, Einstellungen und Praktiken. Gesellschaftliche Unterstützung besteht, wenn Maßnahmen über Milieugrenzen hinweg akzeptiert werden. Bei welchen Maßnahmen das aktuell der Fall ist, kann durch Meinungsumfragen erhoben werden. Dabei kann es jedoch nicht bleiben: Aktuelle Präferenzen müssen verändert werden, um breitere Unterstützung für klimafreundliche Politiken zu ermöglichen. Ein Narrativ, das dabei funktional sein kann, ist eines, das von erlebbaren Vorteilen im Alltagsleben, in Beruf und Nachbarschaft ausgeht (Novy & Dornis, forthcoming a). Weiters ist die **politische Unterstützung** von zumindest Teilen der einflussreichen Interessens- und Kapitalgruppen notwendig, da diese Entscheidungstragende wesentlich beeinflussen (Bärnthaler et al., 2024). In der Vergangenheit fand – mit der kurzen Ausnahme am Beginn des EGD und des grünen Klimaschutzministerium in Österreich – vor allem Klimamaßnahmenverzögerung politische Unterstützung. Hilfreich für diese Unterstützung ist, wenn die Vorteile von Klimamaßnahmen und die Nachteile des Nichthandelns aufgezeigt werden, z. B. durch die Betonung des Zusatznutzens von Klimamaßnahmen wie die Förderung der menschlichen und planetarischen Gesundheit (Haas et al., 2019; Weisz et al., 2020).

Da Widerstand und Konflikte in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik Teil jeder Transformation sind (Fuchs & Lederer, 2007; Avelino, 2017), braucht demokratische Klimapolitik viertens **klimafreundliche Governance-Modelle**, um Konflikte auszutragen, statt sie durch mächtige Gruppen zu verdrängen. Konflikte transparent zu machen, erleichtert es, Kompromisse zu finden (APCC, 2023). Hierbei geht es um das Experimentieren mit innovativen Demokratiemodellen, welche die Einführung verpflichtender Regeln ermöglichen und Top-Down mit Bottom-up Ansätzen verbinden (Durand et al., 2023; Novy & Dornis, forthcoming b).



Klimafreundliche Transformationspfade gehen somit von einem erweiterten Verständnis von Klimapolitik aus, planen die Transformation durch eine Kombination von Maßnahmen, kämpfen um breite gesellschaftliche und politische Unterstützung und führen innovative Governance-Modelle ein.



6. Fazit

Dieser Artikel hat untersucht, wie eine klimafreundliche Transformation gestaltet werden kann. Dabei haben wir argumentiert, dass dies nur gelingen kann, wenn das enge Feld der Klimapolitik erweitert und damit in den Kontext anderer Politikfelder eingebettet wird. In einem ersten Schritt wurden Chancen und Herausforderungen für transformative Klimapolitik in vier zentralen Politikfeldern aufgezeigt. In dieser Analyse wurden langfristige strukturelle Entwicklungen systematisiert und die gegenwärtige Situation beschrieben, um den aktuellen Handlungsspielraum auszuloten. Dadurch konnte das Spannungsfeld, in dem wir uns heute bewegen, skizziert sowie Handlungsoptionen im Hier und Jetzt aufgezeigt werden. Mit einer erweiterten Definition des Forschungsgegenstands einer transformativen Klimaforschung konnten wir zentrale klimapolitische Herausforderungen identifizieren. Diese umfassen insbesondere (1) die geopolitische und geoökonomische Konkurrenz, die die internationale Klimazusammenarbeit behindert; (2) eine politische Kultur, in der Demokratiemüdigkeit und Wissenschaftsskepsis zunehmen; (3) wirtschafts- und sozialpolitische Weichenstellungen, die den Möglichkeitsraum für klimasoziale Politik einengen sowie (4) das soziokulturelle Umfeld unserer pluralistischen, vermehrt fragmentierten und polarisierten Gesellschaft. Dieses breitere Forschungsobjekt ermöglichte es, ein umfassenderes Verständnis sowohl der Ursachen scheiternder Klimapolitik als auch der Möglichkeiten zur Überwindung von Blockaden zu erarbeiten. Um in diesem aktuellen Kontext effektive und umsetzbare klimafreundliche Transformationspfade zu identifizieren, haben wir uns aufbauend auf der Analyse von Blockaden und Chancen der Zugänge von zwei in der Klimaforschung und Klimapolitik weit verbreiteten Denkkollektiven bedient: Ökomodernisierung und Systemwandel. Beide Denkkollektive agieren im selben Kontext. Da sich ihre zugrundeliegenden Perspektiven aber grundlegend unterscheiden, haben sie ein anderes Problemverständnis, aus dem sich jeweils andere Lösungswege ableiten.

Aus der Analyse der Herausforderungen und Chancen in den vier untersuchten Politikfeldern sowie den Problemanalysen und Lösungsansätzen der zwei Denkkollektive konnten wir Mindestanforderungen an klimafreundliche Transformationspfade definieren. Diese identifizieren über Politikfelder und Perspektiven hinweg notwendige, wiewohl nicht ausreichende, Anforderungen an eine klimafreundliche Transformation: (1) Ein **erweitertes Verständnis von Klimapolitik**, das Klimaschutz und Klimawandelanpassung integriert und notwendige Veränderungen in den Politikfeldern Wirtschaft, Soziales und Sicherheit einfordert. (2) Die notwendige **Integration von verschiedenen Maßnahmen zu Maßnahmenbündeln**, wie beispielsweise von inkrementellen und radikalen Maßnahmen und ebenso von Effizienz- und Suffizienzmaßnahmen. (3) Unkonventionelle



Allianzen **auf Grundlage breit geteilter Interessen**, z. B. durch den Ausbau nachhaltiger, allgemein zugänglicher öffentlicher Infrastrukturen in der Nachbarschaft, die die Gemeinschaft stärken und Ungleichheit abbauen und gleichzeitig zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung beitragen. (4) Eine **klimafreundliche Governance**, die durchsetzbare Regeln festlegt und gleichzeitig lokale Gestaltungsspielräume für klimafreundliche Praktiken erweitert.

Abschließend kann der Beitrag des vorliegenden Polanyi Papers für eine transformative Klimaforschung noch einmal zusammengefasst werden. Die multiperspektivische Analyse von Herausforderungen und Chancen sowie von Stärken und Schwächen der Denkkollektive verändert das Forschungsobjekt und weitet damit den Horizont der Klimaforschung. Die Operationalisierung der Ergebnisse in vier Mindestanforderungen unterstützt die Planung und Gestaltung klimafreundlicher Transformationspfade, die wirksamer und umsetzbarer sind als herkömmliche Pfade, die auf monoperspektivischen Zugängen aufbauen. Dies unterstützt sowohl die Klimapolitikintegration als auch die Bildung unkonventioneller Allianzen jenseits der bereits sensibilisierten Milieus und vermeidet damit, dass Klimapolitik marginalisiert wird. Ein nächster Forschungsschritt könnte in der Erarbeitung eines Narrativs für einen möglichen klimafreundlichen Transformationspfad bestehen. Narrative beschreiben, wie Zukunft kollektiv gestaltet werden kann, d. h. mit welchen Institutionen, Organisationen und Instrumenten der Übergang zu klimafreundlichem Leben und Wirtschaften auf welche Weise erreicht werden kann (IPCC, 2022b). Dies wäre ein wichtiger Beitrag einer transformativen Klimaforschung zu einer transformativen Klimapolitik.



Bibliographie

- Adelle, C., & Russel, D. (2013). Climate Policy Integration. *Environmental Policy and Governance*, 23(1), 1–12. <https://doi.org/10.1002/eet.1601>
- Ahern, A. (2023, Februar 21). How Degrowth Can Help Reduce Global Conflict. *Science for the People Magazine*. <https://magazine.scienceforthepeople.org/online/how-degrowth-can-help-reduce-global-conflict/>
- Aigner, E., Brugger, K., Lichtenberger, H., Ranftler, J., & Schmidt, A. E. (2023a). *Multiple Belastungen: Analyse von Gesundheit, Wohn- und Lebensbedingungen von Armut betroffener Familien im Winter 2022/23*. Gesundheit Österreich GmbH.
- Aigner, E., Görg, C., Madner, V., Muhar, A., Novy, A., Posch, A., Steininger, K. W., Bohunovsky, L., Essletzbichler, J., Fischer, K., Frey, H., Haas, W., Haderer, M., Hofbauer, J., Hollaus, B., Jany, A., Keller, L., Krisch, A., Kubeczko, K., ... Wieser, H. (2023b). Zusammenfassung für Entscheidungstragende. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 1–17). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_1
- Aigner, E., Görg, C., Madner, V., Novy, A., Steininger, K. W., Nabernegg, S., & Wiedenhofer, D. (2023c). Kapitel 1. Einleitung: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 173–194). Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_5
- Aigner, E., Lichtenberger, H., Ranftler, J., & Schmeißl, S. (2023d). „Es ist wie in einer Sauna“: Die Betroffenheit armutsbetroffener Kinder und ihrer Familien durch die Klimakrise und sozialpolitische Antworten. *soziales_kapital*, 27. <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/779/1461>



- Althouse, J., & Svartzman, R. (2022). Bringing subordinated financialisation down to earth: The political ecology of finance-dominated capitalism. *Cambridge Journal of Economics*, 46(4), 679–702. <https://doi.org/10.1093/cje/beac018>
- Andersson, D., & Nässén, J. (2016). The Gothenburg congestion charge scheme: A pre–post analysis of commuting behavior and travel satisfaction. *Journal of Transport Geography*, 52, 82–89. <https://doi.org/10.1016/j.jtrangeo.2016.02.014>
- APCC. (2023). *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner, Hrsg.). Springer Berlin Heidelberg. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1>
- Ara Begum, R., Lempert, R., Elham, A., Benjaminsen, T. A., Bernauer, T., Cramer, W., Cui, X., Mach, K., Nagy, G., & Stenseth, N. C. (2022). Chapter 1: Point of Departure and Key Concepts. In *Climate Change 2022 – Impacts, Adaptation and Vulnerability: Working Group II Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* (S. 151–214). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781009325844.015.1817>
- Armutskonferenz, ATTAC, & Beirat für Gesellschafts-, Wirtschafts- und Umweltpolitische Alternativen (Hrsg.). (2021). *Klimasoziale Politik: Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten* (1. Auflage). bahoe books.
- Armutskonferenz, & Ökobüro. (2024). *Von allem genug, von nichts zu viel. Schritte zu einem ökologisch und sozial gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch*. [Hintergrundpapier]. Die Armutskonferenz, Ökobüro. <https://www.armutskonferenz.at/von-allem-genug-von-nichts-zu-viel>
- Arnold, A., David, M., Hanke, G., & Sonnberger, M. (2015). *Innovation – Exnovation: Über Prozesse des Abschaffens und Erneuerns in der Nachhaltigkeitstransformation*. Metropolis-Verlag.



- Avelino, F. (2017). Power in sustainability transitions: Analysing power and (dis) empowerment in transformative change towards sustainability. *Environmental Policy and Governance*, 27(6), 505–520. <https://doi.org/10.1002/eet.1777>
- Avelino, F., & Wittmayer, J. M. (2016). Shifting Power Relations in Sustainability Transitions: A Multi-actor Perspective. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 18(5), 628–649. <https://doi.org/10.1080/1523908X.2015.1112259>
- Aykut, S. C., Hüppauff, L., Frerichs, L., Fünfgeld, A., Walter, Y., Aguirre, F., Mollyk, A., Ritterbach, L., & Hildebrandt, F. (2024). *Klimawende Ausblick 2024*. Universität Hamburg; Cluster of excellence climate, climatic change, and society (clicc). <https://doi.org/10.25592/UHHFDM.14271>
- Baer, M., Campiglio, E., & Deyris, J. (2021). It takes two to dance: Institutional dynamics and climate-related financial policies. *Ecological Economics*, 190, 107210. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2021.107210>
- Baines, J., & Hager, S. B. (2023). From passive owners to planet savers? Asset managers, carbon majors and the limits of sustainable finance. *Competition & Change*, 27(3–4), 449–471. <https://doi.org/10.1177/10245294221130432>
- Bärnthaler, R. (2024a). Problematising degrowth strategising: On the role of compromise, material interests, and coercion. *Ecological Economics*, 223, 108255. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2024.108255>
- Bärnthaler, R. (2024b). Towards eco-social politics: A case study of transformative strategies to overcome forms-of-life crises. *Environmental Politics*, 33(1), 92–113. <https://doi.org/10.1080/09644016.2023.2180910>
- Bärnthaler, R. (2024c). When enough is enough: Introducing sufficiency corridors to put techno-economism in its place. *Ambio*. <https://doi.org/10.1007/s13280-024-02027-2>
- Bärnthaler, R., Haderer, M., Novy, A., & Schneider, C. (2022a). Shaping provisioning systems for an eco-social transformation. *International Karl Polanyi Society, Polanyi Paper*(3).



https://www.karlpolanysociety.com/wp-content/uploads/2023/01/Polanyi-Paper-003_2022-B%C3%A4rnthaler-et-al_Provisioning.pdf

Bärnthaler, R., Novy, A., Plank, L., & Strickner, A. (2022b). Die Alltagsökonomie als Hebel für ein gutes Leben für alle. In F. Werneke & C. Zanker (Hrsg.), *Renaissance des Gemeinwohls? Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der Pandemie* (S. 73–88). VSA Verlag. <https://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/renaissance-des-gemeinwohls/>

Bärnthaler, R., & Gough, I. (2023). Provisioning for sufficiency: Envisaging production corridors. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 19(1), 2218690. <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2218690>

Bärnthaler, R., Novy, A., Arzberger, L., Krisch, A., & Volmary, H. (2024). The power to transform structures: Power complexes and the challenges for realising a wellbeing economy. *Humanities and Social Sciences Communications*, 11(1), 558. <https://doi.org/10.1057/s41599-024-03065-7>

Barth, B., & Molina. (2023). Transformation und Beharren. Aktuelle Einstellungen zu Umwelt- und Klimaschutz, differenziert nach den Sinus-Milieus. In J. Fritz & N. Tomaschek (Hrsg.), *Partizipation: Das Zusammenwirken der Vielen für Demokratie, Wirtschaft und Umwelt* (Bd. 12, S. 147–158). Waxmann.

Baumann, F. (2024). Multilateral Climate Governance: Its Promise and Limits. *Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations*, 30(2), 240–253. <https://doi.org/10.1163/19426720-03002010>

Bernstein, J., Collste, D., Dixon-Declève, S., & Spittler, N. (2023). *SDGS FOR ALL: STRATEGIC SCENARIOS EARTH4ALL SYSTEM DYNAMICS MODELLING OF SDG PROGRESS* (Policy Study No. Working Paper version 1.0). Earth4All; The foundation for European progressive studies (FEPS).

Bischofreiter, E., Buxbaum, A., Ertl, M., Fehring, G., Gruber, O., Hansemann, E., Heimerl, V., Hochreiter, W., Matzinger, S., Neumann, M., Premrov, T., Soukup, N., Streissler, C.,



- Strutzmann, I., Feigl, G., Glassner, V., Greil, F., Högelsberger, H., Mader, K., ... Zuckerstätter, S. (2023). *AK-Wohlstandsbericht 2023: Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2019–2024*. Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Biskamp, F. (2023). Die Umweltpolitik von Rechtsaußenparteien in Europa. *Ökologisches Wirtschaften - Fachzeitschrift*, 38(O1), 10–12. <https://doi.org/10.14512/OEWO380110>
- Blue, G. (2016). Framing Climate Change for Public Deliberation: What Role for Interpretive Social Sciences and Humanities? *Journal of Environmental Policy & Planning*, 18(1), 67–84. <https://doi.org/10.1080/1523908X.2015.1053107>
- Blühdorn, I. (2020). Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit. Skizze einer umweltsoziologischen Gegenwartsdiagnose. In I. Blühdorn, F. Butzlaff, M. Deflorian, D. Hausknost, & M. Mock (Hrsg.), *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet* (2. Aufl.). transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839454428>
- Blühdorn, I., Butzlaff, F., Deflorian, M., Hausknost, D., & Mock, M. (Hrsg.). (2020). *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet* (2. Aufl.). transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839454428>
- BMK. (2022). *Österreich auf dem Weg zu einer nachhaltigen und zirkulären Gesellschaft: Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie*.
- BMK. (2023a). *Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich*.
- BMK. (2023b, Dezember 13). *COP28: Historische Einigung zur Abkehr von Fossilien*. https://www.bmk.gv.at/service/presse/gewessler/2023/20231213_cop28.html
- Borgstedt, S. (2023). Die Sinus-Milieus® als Instrument für Transformationsforschung und evidenzbasierte Politikberatung. In B. Barth, B. B. Flaig, N. Schäuble, & M. Tautscher (Hrsg.), *Praxis der Sinus-Milieus®* (S. 305–315). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-42380-3_19



- Börjesson, M., Eliasson, J., & Hamilton, C. (2016). Why experience changes attitudes to congestion pricing: The case of Gothenburg. *Transportation Research Part A: Policy and Practice*, 85, 1–16. <https://doi.org/10.1016/j.tra.2015.12.002>
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. Oekom Verlag.
- Brand, U., & Niedermoser, M. K. (2019). The role of trade unions in social-ecological transformation: Overcoming the impasse of the current growth model and the imperial mode of living. *Journal of Cleaner Production*, 225, 173–180. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2019.03.284>
- Brand, U., Görg, C., & Wissen, M. (2020). Overcoming neoliberal globalization: Social-ecological transformation from a Polanyian perspective and beyond. *Globalizations*, 17(1), 161–176. <https://doi.org/10.1080/14747731.2019.1644708>
- Brand, U., Muraca, B., Pineault, É., Sahakian, M., Schaffartzik, A., Novy, A., Streissler, C., Haberl, H., Asara, V., Dietz, K., Lang, M., Kothari, A., Smith, T., Spash, C., Brad, A., Pichler, M., Plank, C., Velegrakis, G., Jahn, T., ... Görg, C. (2021). From planetary to societal boundaries: An argument for collectively defined self-limitation. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 17(1), 264–291. <https://doi.org/10.1080/15487733.2021.1940754>
- Brand, U., & Wissen, M. (2024). *Kapitalismus am Limit; Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. Von den Autoren des Bestsellers »Imperiale Lebensweise«*. oekom Verlag. <https://doi.org/10.14512/9783987262951>
- Braun, B. (2020). Central banking and the infrastructural power of finance: The case of ECB support for repo and securitization markets. *Socio-Economic Review*, 18(2), 395–418. <https://doi.org/10.1093/ser/mwy008>
- Brie, M., & Schütrumpf, J. (2021). Revolutionary Realpolitik. In *Rosa Luxemburg: A Revolutionary Marxist at the Limits of Marxism* (S. 61–80). Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-030-67486-1>



- Brudermann, T. (with Hoeben, A.). (2022). *Die Kunst der Ausrede: Warum wir uns lieber selbst täuschen, statt klimafreundlich zu leben.* oekom.
- Brüggemann, M., Neverla, I., Hoppe, I., & Walter, S. (2018). Klimawandel in den Medien. In H. Von Storch, I. Meinke, & M. Claußen (Hrsg.), *Hamburger Klimabericht – Wissen über Klima, Klimawandel und Auswirkungen in Hamburg und Norddeutschland* (S. 243–254). Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-55379-4_12
- Brulle, R. J. (2018). The climate lobby: A sectoral analysis of lobbying spending on climate change in the USA, 2000 to 2016. *Climatic Change*, 149(3), 289–303. <https://doi.org/10.1007/s10584-018-2241-z>
- Brulle, R. J. (2020). Denialism: Organized opposition to climate change action in the United States. In D. Koninsky (Hrsg.), *Handbook of Environmental Policy* (S. 328–341). Edward Elgar.
- Buch-Hansen, H., & Nesterova, I. (2023). Less and more: Conceptualising degrowth transformations. *Ecological Economics*, 205, 107731. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2022.107731>
- Buch-Hansen, H., & Nielsen, P. (2020). *Critical Realism: Basics and Beyond*. RED GLOBE PRESS. <https://www.amazon.de/Critical-Realism-Basics-Hubert-Buch-Hansen/dp/1352010658>
- Bufacchi, V. (2021). Truth, lies and tweets: A Consensus Theory of Post-Truth. *Philosophy & Social Criticism*, 47(3), 347–361. <https://doi.org/10.1177/0191453719896382>
- Bundesministerium der Finanzen. (2022). *Sondervermögen Bundeswehr: Investitionen in unsere Freiheit - Bundesfinanzministerium - Presse*. Bundesministerium der Finanzen. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2022/03/2022-03-16-sondervedmoegen-bundeswehr.html>
- Buschmann, D., Koziol, K., Bausch, T., & Reinhard, S. (2022). Adaptation to climate change in small German municipalities: Sparse knowledge and weak adaptive capacities. *Natural Resources Forum*, 46(4), 377–392. <https://doi.org/10.1111/1477-8947.12262>



- Butollo, F., Staritz, C., Maile, F., & Wuttke, T. (2024). The End of Globalized Production? Supply-Chain Resilience, Technological Sovereignty, and Enduring Global Interdependencies in the Post-Pandemic Era. *Critical Sociology*, 08969205241239872. <https://doi.org/10.1177/08969205241239872>
- Carbon Majors. (2024). *The Carbon Majors Database: Launch Report*. https://carbonmajors.org/site//data/000/027/Carbon_Majors_Launch_Report.pdf
- Cerniglia, F., Saraceno, F., & Watt, A. (Hrsg.). (2023). *Financing Investment in Times of High Public Debt: 2023 European Public Investment Outlook* (1. Aufl.). Open Book Publishers. <https://doi.org/10.11647/OBP.0386>
- Chancel, L., Bothe, P., & Voituriez, T. (2023). *Climate Inequality Report 2023* (Study No. 1). World Inequality Lab. <https://wid.world/wp-content/uploads/2023/01/CBV2023-ClimateInequalityReport-1.pdf>
- Chang, H.-J. (2002). Kicking Away the Ladder: An Unofficial History of Capitalism, Especially in Britain and the United States. *Challenge*, 45(5), 63–97. JSTOR.
- Chiengkul, P. (2018). The Degrowth Movement: Alternative Economic Practices and Relevance to Developing Countries. *Alternatives: Global, Local, Political*, 43(2), 81–95. <https://doi.org/10.1177/0304375418811763>
- Christophers, B. (2023a). *Our lives in their portfolios: Why asset managers own the world*. Verso.
- Christophers, B. (2023b). *Our lives in their portfolios: Why asset managers own the world*. Verso.
- Climate Action 100+. (2023). *Climate Action 100+ Net Zero Company Benchmark 2.0: 2023 Results*. <https://www.climateaction100.org/wp-content/uploads/2023/10/2023-Key-Findings.pdf>
- Colombo, S. L., Chiarella, S. G., Lefrançois, C., Fradin, J., Raffone, A., & Simione, L. (2023). Why Knowing about Climate Change Is Not Enough to Change: A Perspective Paper on the Factors Explaining the Environmental Knowledge-Action Gap. *Sustainability*, 15(20), Article 20. <https://doi.org/10.3390/su152014859>



Polanyi Paper #001

Cristea, A., Hummels, D., Puzzello, L., & Avetisyan, M. (2013a). Trade and the greenhouse gas emissions from international freight transport. *Journal of Environmental Economics and Management*, 65(1), 153–173. <https://doi.org/10.1016/j.jeem.2012.06.002>

Cristea, A., Hummels, D., Puzzello, L., & Avetisyan, M. (2013b). Trade and the greenhouse gas emissions from international freight transport. *Journal of environmental economics and management*, 65(1), 153–173.

Custers, P. (2010). The Tasks of Keynesianism Today: Green New Deals As Transition Towards a Zero Growth Economy? *New Political Science*, 32(2), 173–191. <https://doi.org/10.1080/07393141003722032>

Dafermos, Y., Gabor, D., & Michell, J. (2021). The Wall Street Consensus in pandemic times: What does it mean for climate-aligned development? *Canadian Journal of Development Studies / Revue Canadienne d'études Du Développement*, 42(1–2), 238–251. <https://doi.org/10.1080/02255189.2020.1865137>

Dafermos, Y., & Nikolaidi, M. (2023). 9. Financing Climate Investment in the EU: The Role of Monetary and Financial Policies. In F. Cerniglia, F. Saraceno, & A. Watt (Hrsg.), *Financing Investment in Times of High Public Debt* (1. Aufl., S. 157–168). Open Book Publishers. <https://doi.org/10.11647/obp.0386.09>

David, M. (2017). Moving beyond the heuristic of creative destruction: Targeting exnovation with policy mixes for energy transitions. *Energy Research & Social Science*, 33, 138–146. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2017.09.023>

Deckwirth, C. (2019). *Industrie am Steuer: Die engen Verbindungen zwischen Bundesregierung und deutscher Autolobby*.

Dengler, C., Dornis, N., Heck, L., & Völkle, H. (2024). *Klimafreundliche und gesundheitsfördernde Aspekte von Zeitwohlstand*. *Policy Brief*. [GÖG Policy Briefs]. Gesundheit Österreich GmbH. https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3423/1/GOEGPolicyBrief-Zeitwohlstand_bf.pdf



- Dengler, C., & Seebacher, L. M. (2019). What About the Global South? Towards a Feminist Decolonial Degrowth Approach. *Ecological Economics*, 157, 246–252. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2018.11.019>
- Desrochers, P., & Szurmak, J. (2020). Seven Billion Solutions Strong. *The Breakthrough Institute*, 12. <https://thebreakthrough.org/journal/no-12-winter-2020/seven-billion-solutions>
- Dixson-Declève, S., Gaffney, O., Ghosh, J., Randers, J., Rockström, J., & Stoknes, P. E. (with Club of Rome). (2022). *Earth for all: A survival guide for humanity: a report to the Club of Rome (2022), fifty years after The limits to growth (1972)*. New Society Publishers.
- Dooley, K., Holz, C., Kartha, S., Klinsky, S., Roberts, J. T., Shue, H., Winkler, H., Athanasiou, T., Caney, S., Cripps, E., Dubash, N. K., Hall, G., Harris, P. G., Lahn, B., Moellendorf, D., Müller, B., Sagar, A., & Singer, P. (2021). Ethical choices behind quantifications of fair contributions under the Paris Agreement. *Nature Climate Change*, 11(4), 300–305. <https://doi.org/10.1038/s41558-021-01015-8>
- Dorninger, C., Hornborg, A., Abson, D. J., von Wehrden, H., Schaffartzik, A., Giljum, S., Engler, J.-O., Feller, R. L., Hubacek, K., & Wieland, H. (2021). Global patterns of ecologically unequal exchange: Implications for sustainability in the 21st century. *Ecological Economics*, 179, 106824. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2020.106824>
- Dorninger, C., Gingrich, S., Haas, W., Brad, A., Schneider, E., & Wiedenhofer, D. (forthcoming). Slow and unequal reduction in Austrian household GHG footprints between 2000 and 2020. *Journal of Industrial Ecology*, under review.
- Dörre, K. (2023). Ökosozialismus oder Barbarei? Zur Utopie einer gerechten Weltordnung. In A. Veit & D. Fuchs (Hrsg.), *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung?: Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen* (1. Aufl., Bd. 1, S. 365–388). transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839468814>



- Drutman, L. (2015). *The Business of America Is Lobbying: How Corporations Became Politicized and Politics Became More Corporate*. Oxford University Press Inc.
- Dunlap, A., & Fairhead, J. (2014). The Militarisation and Marketisation of Nature: An Alternative Lens to 'Climate-Conflict'. *Geopolitics*, 19(4), 937–961.
<https://doi.org/10.1080/14650045.2014.964864>
- Durand, C., Hofferberth, E., & Schmelzer, M. (2023). *Planning beyond growth. The case for economic democracy within limits*. <https://archive-ouverte.unige.ch//unige:166429>
- Dziwok, E., & Jäger, J. (2024). Green Finance from a global North-South perspective. In *Österreichische Entwicklungspolitik 2023: Green Development Finance? From Climate Crisis to Gloal Justice* (S. 51–58). Südwind Verlag.
- EAA. (2023). *Energie- und Treibhausgas-Szenario Transition 2040 [Energy and greenhouse gas scenario Transition 2040]*. Environment Agency Austria (EAA).
https://www.umweltbundesamt.at/studien-reports/publikationsdetail?pub_id=2513&cHash=eab4f63b911f12b787bd09cfd0b1aafd
- Eckersley, R. (2021). Greening states and societies: From transitions to great transformations. *Environmental Politics*, 30(1–2), 245–265. <https://doi.org/10.1080/09644016.2020.1810890>
- Ehrmann, J. (2022). Postkolonialität und die Krise der Demokratietheorie. Perspektiven einer postkolonialen Demokratiekritik. *ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie*, 12(2), 147–161.
<https://doi.org/10.3224/zpth.v12i2.01>
- Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A. (2021). Not just money: Unequal responsiveness in egalitarian democracies. *Journal of European Public Policy*, 28(12), 1890–1908.
<https://doi.org/10.1080/13501763.2020.1801804>
- Elsig, M., Hoekman, B., & Pauwelyn, J. (2016). Thinking About the Performance of the World Trade Organization: A Discussion Across Disciplines. *SSRN Electronic Journal*.
<https://doi.org/10.2139/ssrn.2732639>



Engels, A., Marotzke, J., Gresse, E., López-Rivera, A., Pagnone, A., & Wilkens, J. (2023). *Hamburg Climate Futures Outlook: The plausibility of a 1.5°C limit to global warming - social drivers and physical processes* (Version 2/2023). Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/UHHFDM.11230>

Espinosa, M. F., & Bhandary, R. R. (2023). Die Schuldenkrise des Globalen Südens: Ein Bremsklotz für Klimaambitionen. *Heinrich-Böll-Stiftung*. <https://www.project-syndicate.org/commentary/global-south-debt-crisis-worsens-climate-crisis-by-maria-fernanda-espinosa-and-rishikesh-ram-bhandary-2023-12/german>

EuroMemorandum. (2024). *How should the EU cope with the polycrisis?* (EuroMemorandum). European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe, EuroMemo Group.

Europäische Kommission. (o. J.). *Fit for 55: Delivering on the proposals*. Abgerufen 2. April 2024, von https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/delivering-european-green-deal/fit-55-delivering-proposals_en

Europäische Kommission. (2019a). *Mittlung der Kommission—Der europäische Grüne Deal* (KOM No. 640 final). Europäische Kommission. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52019DC0640>

Europäische Kommission. (2019b). *Mittlung der Kommission—Der europäische Grüne Deal* (KOM No. 640 final). Europäische Kommission. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52019DC0640>

European Parliamentary Research Service. (2020). *Auf dem Weg zu „strategischer Autonomie“: Die EU im Wandel des geopolitischen Umfelds*. Publications Office. <https://data.europa.eu/doi/10.2861/627981>

Falkner, R. (2016). A Minilateral Solution for Global Climate Change? On Bargaining Efficiency, Club Benefits, and International Legitimacy. *Perspectives on Politics*, 14(1), 87–101. <https://doi.org/10.1017/S1537592715003242>



- Fanta, A., Fayed, S., & Pinstler, J. (2024, April 5). *Former Austrian leader Sebastian Kurz revealed as “director” of UAE-controlled energy firm*. Follow the Money - Platform for Investigative Journalism. <https://www.ftm.eu/articles/austrian-former-politician-sebastian-kurz-dutch-company>
- Fernandez, R., & Rodrik, D. (1991). Resistance to Reform: Status Quo Bias in the Presence of Individual-Specific Uncertainty. *The American Economic Review*, 81(5), 1146–1155.
- Fine, B., Bayliss, K., & Robertson, M. (2016). *Housing and Water in Light of Financialisation and „Financialisation“* (Working Paper No. 156; FESSUD).
- Fischer, A. M. (2020). The Dark Sides of Social Policy: From Neoliberalism to Resurgent Right-wing Populism. *Development and Change*, 51(2), 371–397. <https://doi.org/10.1111/dech.12577>
- Fischer, K., & Grandner, M. (Hrsg.). (2022). *Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch*. Mandelbaum.
- Fischer, K., Eder, J., & Schaffartzik, A. (2023). Kapitel 15. Globalisierung: Globale Warenketten und Arbeitsteilung. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 437–456). Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_19
- Fleck, L. (2021). *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache: Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv* (L. Schäfer & T. Schnelle, Hrsg.; 13. Auflage). Suhrkamp.
- FPÖ. (2023, Dezember 1). *Umfassender Umweltschutz sinnvoller als aktionistischer „Klimaschutz“*. <https://www.fpoe.at/artikel/umfassender-umweltschutz-sinnvoller-als-aktionistischer-klimaschutz/>
- Frascati, M. (2020). *Klimaungerechtigkeit in Österreich. Eine Studie zur ungleichen Verteilung von CO₂-Ausstoß nach Einkommensschichten—Im Auftrag von Greenpeace*. Greenpeace. https://mobilitaet.greenpeace.at/assets/uploads/assets/uploads/GP_ReportKlimaungerechtigkeitAT.pdf



Fraser, N. (2023). *Cannibal Capitalism: How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet and What We Can Do About It*. Verso Books.

Fridays for Future Austria. (2024, Dezember 3). *Fridays for Future und Buslenker demonstrierten in vier Bundesländern*. <https://fridaysforfuture.at/presse/klimastreik-fridays-for-future-demonstriert-gemeinsam-mit-busfahrerinnen>

Froy, F., Heroy, S., Uyarra, E., & O'Clery, N. (2022). What drives the creation of green jobs, products and technologies in cities and regions? Insights from recent research on green industrial transitions. *Local Economy: The Journal of the Local Economy Policy Unit*, 37(7), 584–601. <https://doi.org/10.1177/02690942231170135>

Frühwald, J., Maringer, F., Pixler, A., Rogenhofer, K., & Wendelin, W. (2024). *Klimadebatte in Österreich: Zwischen Apellen und Verschleppung* ([KON]TEXTANALYSE No. #1). KONTEXT – Institut für Klimafragen.

Fuchs, D., & Lederer, M. M. (2007). The Power of Business. *Business and Politics*, 9(3), 1–17. <https://doi.org/10.2202/1469-3569.1214>

Fuchs, D., & Dolinga, S. (2022). Corporate power and the shaping of sustainability governance. In *The Routledge Handbook of Democracy and Sustainability*. Routledge.

Fuchs, D., Lorek, S., Mamut, P., & Rossmoeller, A. (2023). Fifty Shades of Sufficiency. In H. Jörgens, C. Knill, & Y. Steinebach, *Routledge Handbook of Environmental Policy* (1. Aufl., S. 347–357). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003043843-29>

Gabor, D. (2023). The (European) derisking state. *Stato e mercato*, 1, 53–84. <https://doi.org/10.31219/osf.io/hpbj2>

Gabor, D., & Braun, B. (2023a). Green macrofinancial regimes. *Preprint*. <https://doi.org/10.31235/osf.io/4pkv8>

Gabor, D., & Braun, B. (2023b). *Green macrofinancial regimes*. OSF. <https://doi.org/10.31235/osf.io/4pkv8>



- George, S. (2007). Down the Great Financial Drain: How debt and the Washington Consensus destroy development and create poverty. *Development*, 50(2), 4–11. <https://doi.org/10.1057/palgrave.development.1100356>
- Gepp, J. (2024, Februar 26). Am Beispiel Indien: Wie Freihandel und Klimaschutz einander in die Quere kommen. *DER STANDARD*. <https://www.derstandard.at/story/3000000208889/am-beispiel-indien-wie-freihandel-und-klimaschutz-einander-in-die-quere-kommen>
- Gerasimcikova, A. (2023, März 24). The EU's Green Deal Industrial Plan Is a Windfall for Corporations. *Jacobin*. <https://jacobin.com/2023/03/eu-green-deal-industrial-plan-corporate-handouts-renewables>
- Getzner, M., & Kadi, J. (2020). Determinants of land consumption in Austria and the effects of spatial planning regulations. *European Planning Studies*, 28(6), 1095–1117. <https://doi.org/10.1080/09654313.2019.1604634>
- Global Witness. (2022). *Over 100 more fossil fuel lobbyists than last year, flooding crucial COP climate talks*. Global Witness. <https://en.press-releases/over-100-more-fossil-fuel-lobbyists-last-year-flooding-crucial-cop-climate-talks/>
- GLOBAL2000. (2021). *Wie grünen sind Banken tatsächlich? GLOBAL 2000 Banken-Check 2021*. GLOBAL 2000. https://www.global2000.at/sites/global/files/GLOBAL2000_Banken-Check_2021.pdf
- Goeminne, G., & Paredis, E. (2009). The Concept of Ecological Debt: An Environmental Justice Approach to Sustainability, Calling for Radical Transitions in Industrialised Countries. In *Connected Accountabilities: Environmental Justice and Global Citizenship* (S. 37–61). BRILL. https://doi.org/10.1163/9781848880146_004
- Gomez-Echeverri, L. (2013). The changing geopolitics of climate change finance. *Climate Policy*, 13(5), 632–648. <https://doi.org/10.1080/14693062.2013.822690>
- Gorz, A. (1964). *Strategy for Labor: A Radical Proposal*. Beacon Press.
- Gorz, A. (1993). Political ecology: Expertocracy versus self-limitation. *New Left Review*, 55–67.



- Gough, I. (2017). *Heat, Greed and Human Need: Climate change, capitalism and sustainable wellbeing*. Edward Elgar Publishing.
- Gough, I. (2020, April 28). In times of climate breakdown, how do we value what matters? *openDemocracy*. <https://www.opendemocracy.net/en/oureconomy/times-climate-breakdown-how-do-we-value-what-matters/>
- Gough, I. (2022). Two Scenarios for Sustainable Welfare: A Framework for an Eco-Social Contract. *Social Policy and Society*, 21(3), 460–472. <https://doi.org/10.1017/S1474746421000701>
- Gough, I. (2023). Sufficiency as a Value Standard: From Preferences to Needs. *Ethics, Policy & Environment*. <https://doi.org/10.1080/21550085.2023.2269055>
- Gramsci, A. (2012). *Gefängnishefte: Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden* (1. Aufl.). Argument Verl.
- Gresh, A. (2022). *Asymmetrische Aufmerksamkeit*. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5851904>
- Gritschmeier, R. (2021). Synopse: Wirkung von AfD und FPÖ innerhalb der Demokratie. In R. Gritschmeier, *Populismus – Korrektiv oder Gefahr* (S. 349–373). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35901-0_6
- Gumbel, A. (2022, Oktober 15). Peter Thiel’s midterm bet: The billionaire seeking to disrupt America’s democracy. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/technology/2022/oct/15/peter-thiel-who-is-he-republican-donor-tech-entrepreneur>
- Guzzardi, D., Palagi, E., Faccio, T., & Roventini, A. (2023). 10. In Search of Lost Time: An Ensemble of Policies to Restore Fiscal Progressivity and Address the Climate Challenge. In F. Cerniglia, F. Saraceno, & A. Watt (Hrsg.), *Financing Investment in Times of High Public Debt* (1. Aufl., S. 169–190). Open Book Publishers. <https://doi.org/10.11647/obp.0386.10>
- Haas, W., Moshammer, H., Muttarak, R., & Koland, O. (2019). *Österreichischer Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel*. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. <https://doi.org/10.1553/asr18>



- Haas, W., Muhar, A., Dorninger, C., & Gugerell, K. (2023). Kapitel 23. Synthese: Pfade zur Transformation struktureller Bedingungen für ein klimafreundliches Leben. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 613–647). Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_27
- Haberl, H., Wiedenhofer, D., Virág, D., Kalt, G., Plank, B., Brockway, P., Fishman, T., Hausknost, D., Krausmann, F., Leon-Gruchalski, B., Mayer, A., Pichler, M., Schaffartzik, A., Sousa, T., Streeck, J., & Creutzig, F. (2020). A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: Synthesizing the insights. *Environmental Research Letters*, 15(6), 065003. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab842a>
- Haderer, M., Brand, U., Daniel, A., Exner, A., Fankhauser, J., Görg, C., Novy, A., Schinko, T., Schlitz, N., & Strüver, A. (2023). Kapitel 28. Theorien des Wandels und der Gestaltung von Strukturen: Gesellschaft-Natur-Perspektive. In *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 691–715). Springer.
- Hagen, L., Kruckenhauser, P., & Scherndl, G. (o. J.). *Impfzwang, Wurmmittel, Todesfälle: Kickls Corona-Aussagen im Faktencheck*. DER STANDARD. Abgerufen 17. April 2024, von <https://www.derstandard.at/story/2000130925748/impfzwang-wurmmittel-todesfaelle-kickls-corona-aussagen-im-faktencheck>
- Handelsblatt. (2023, März 31). *Münchener Rück tritt aus Klima-Allianz aus – Kartellrisiken*. <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/versicherer/rueckversicherer-muenchener-rueck-tritt-aus-klima-allianz-aus-kartellrisiken/29073244.html>
- Hansen, G. (2023). *Coal, oil and gas going into extra time: The narrative of abated fossil fuels threatens to undermine the Paris climate targets*. <https://doi.org/10.18449/2023C54>
- Harris, J. M. (2013). *Green Keynesianism: Beyond Standard Growth Paradigms*. No. 13-02.



- Hausknost, D. (2023). Opacity and Transparency: On the ‘Passive Legitimacy’ of Capitalist Democracy. *Theoria*, 70(177), 26–53. <https://doi.org/10.3167/th.2023.7017702>
- Hausknost, D., & Haas, W. (2019). The Politics of Selection: Towards a Transformative Model of Environmental Innovation. *Sustainability*, 11(2), 506. <https://doi.org/10.3390/su11020506>
- Heilmann, F., Steitz, J., Müller, S., & Sigl-Glöckner, P. (2023). *LNG, climate and energy security: Towards a comprehensive approach for Europe* (Fachtexte). Dezernat Zukunft e.V.
- Heyen, D. A., & Wicki, M. (2024). Increasing public support for climate policy proposals: A research agenda on governable acceptability factors. *Climate Policy*, 1–10. <https://doi.org/10.1080/14693062.2024.2330390>
- Hickel, J. (2020). Quantifying national responsibility for climate breakdown: An equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary. *The Lancet Planetary Health*, 4(9), e399–e404. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(20\)30196-0](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(20)30196-0)
- Hickel, J. (2021). What does degrowth mean? A few points of clarification. *Globalizations*, 18(7), 1105–1111. <https://doi.org/10.1080/14747731.2020.1812222>
- Hickel, J. (2022). *Less Is More: How Degrowth Will Save the World*. Penguin Books.
- Hickel, J., Sullivan, D., & Zoomkawala, H. (2021). Plunder in the Post-Colonial Era: Quantifying Drain from the Global South Through Unequal Exchange, 1960–2018. *New Political Economy*, 26(6), 1030–1047. <https://doi.org/10.1080/13563467.2021.1899153>
- Hickel, J., Dorninger, C., Wieland, H., & Suwandi, I. (2022a). Imperialist appropriation in the world economy: Drain from the global South through unequal exchange, 1990–2015. *Global Environmental Change*, 73, 102467.
- Hickel, J., Kallis, G., Jackson, T., O’Neill, D. W., Schor, J. B., Steinberger, J. K., Victor, P. A., & Ürges-Vorsatz, D. (2022b). Degrowth can work—Here’s how science can help. *Nature*, 612(7940), 400–403. <https://doi.org/10.1038/d41586-022-04412-x>



- Hirzberger, J. (2023, Juni 2). Ist der Kampf gegen die Klimakrise elitär? *Ö1-Wissenschaft*.
<https://science.orf.at/stories/3217361/>
- Hitzl, K. (2024). *Auswirkungen des Klimawandels auf die österreichische Sicherheitspolitik* (No. 14; Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie).
- Hofbauer, J., Gerold, S., Klaus, D., & Wukovitsch, F. (2023). Kapitel 7. Erwerbsarbeit. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 285–307). Springer Berlin Heidelberg.
https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_11
- Hoffman, A. J. (2012). Climate Science as Culture War. *SSRN Electronic Journal*.
<https://doi.org/10.2139/ssrn.2944200>
- Holland, N., & Tansey, R. (2022). *A loud lobby for a silent spring: The pesticide industry's toxic lobbying tactics against Farm to Fork*. Corporate Europe Observatory.
- Hopewell, K. (2024). The (surprise) return of development policy space in the multilateral trading system: What the WTO Appellate Body blockage means for the developmental state. *Review of International Political Economy*, 31(4), 1245–1270.
<https://doi.org/10.1080/09692290.2024.2303681>
- Horner, R., Schindler, S., Haberly, D., & Aoyama, Y. (2018). Globalisation, uneven development and the North–South ‘big switch’. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11(1), 17–33.
<https://doi.org/10.1093/cjres/rsx026>
- Huseby, R., Hovi, J., & Skodvin, T. (2024). Protecting Future Generations Through Minilateralism: Climate Clubs and Normative Legitimacy. *Politics and Governance*, 12.
- Igini, M. (2022, Oktober 13). *EU Taxonomy Labelling Gas and Nuclear as ‘Green’ Faces Legal Challenges*. Earth.Org. <https://earth.org/eu-taxonomy-legal-challenges/>
- Influence Map. (2022a). *Big Oil's Real Agenda on Climate Change 2022: An analysis of oil and gas supermajors' public communications, business operations and policy engagement on climate*.



- InfluenceMap. <https://influencemap.org/report/Big-Oil-s-Agenda-on-Climate-Change-2022-19585>
- Influence Map. (2022b). *Industry Influence on Biodiversity Policy: A Pilot Study Demonstrating Industry Associations' Engagement on Biodiversity-related Policy and Regulations*.
- Influence Map. (2023). *Asset Managers & Climate Change 2023*.
<https://influencemap.org/report/Asset-Managers-Climate-Change-2023-22976>
- Integral. (2022). *Mutter Erde Klima-Studie 2022. Zusammenfassung*.
- International Energy Agency. (2021). *World Energy Investment 2021—Executive summary*. IEA.
<https://www.iea.org/reports/world-energy-investment-2021/executive-summary>
- IPCC. (2022a). *Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change*. Cambridge University Press.
<https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-3/>
- IPCC. (2022b). Glossary. In R. van Diemen, J. B. R. Matthews, V. Möller, J. S. Fuglestvedt, V. Masson-Delmotte, C. Méndez, A. Reisinger, & S. Semenov (Hrsg.), *Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [P.R. Shukla, J. Skea, R. Slade, A. Al Khourdajie, R. van Diemen, D. McCollum, M. Pathak, S. Some, P. Vyas, R. Fradera, M. Belkacemi, A. Hasija, G. Lisboa, S. Luz, J. Malley, (eds.)]*. Cambridge University Press.
<https://doi.org/10.1017/9781009157926.020>
- Jaeggi, R. (2014). *Kritik von Lebensformen* (Erste Auflage). Suhrkamp.
- Jany, A., Bukowski, M., Heindl, G., & Kreissl, K. (2022). Kapitel 4. Wohnen. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posh, K. Steiniger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben*. Springer Spektrum. <https://papers.ssrn.com/abstract=4223110>
- Joosten, T., Heugten, Y. van, & Koens, R. (2023, September 26). *How banks helped the fossil fuel industry raise more than a trillion euros*. Follow the Money - Platform for Investigative Journalism. <https://www.ftm.eu/articles/ggii-2-fossil-finance-trillion-euros-oil-gas-bonds>



- Jorgenson, A. K., Fiske, S., Hubacek, K., Li, J., McGovern, T., Rick, T., Schor, J. B., Solecki, W., York, R., & Zycherman, A. (2019). Social science perspectives on drivers of and responses to global climate change. *WIREs Climate Change*, *10*(1), e554. <https://doi.org/10.1002/wcc.554>
- Jorgenson, A. K., Clark, B., Thombs, R. P., Kentor, J., Givens, J. E., Huang, X., El Tinay, H., Auerbach, D., & Mahutga, M. C. (2023). Guns versus Climate: How Militarization Amplifies the Effect of Economic Growth on Carbon Emissions. *American Sociological Review*, *88*(3), 418–453. <https://doi.org/10.1177/00031224231169790>
- Jylhä, K. M., & Hellmer, K. (2020). Right-Wing Populism and Climate Change Denial: The Roles of Exclusionary and Anti-Egalitarian Preferences, Conservative Ideology, and Antiestablishment Attitudes. *Analyses of Social Issues and Public Policy*, *20*(1), 315–335. <https://doi.org/10.1111/asap.12203>
- Kaika, M., Varvarousis, A., Demaria, F., & March, H. (2023). Urbanizing degrowth: Five steps towards a Radical Spatial Degrowth Agenda for planning in the face of climate emergency. *Urban Studies*, *60*(7), 1191–1211. <https://doi.org/10.1177/00420980231162234>
- Kalia, S. (2024, März 14). Who gets to host a COP, and does it matter? | Explained. *The Hindu*. <https://www.thehindu.com/sci-tech/energy-and-environment/who-gets-to-host-a-cop-and-does-it-matter-explained/article67788243.ece>
- Kalpokas, I. (2018). *A Political Theory of Post-Truth*. Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-97713-3>
- Karlsson, M., Alfredsson, E., & Westling, N. (2020). Climate policy co-benefits: A review. *Climate Policy*, *20*(3), 292–316. <https://doi.org/10.1080/14693062.2020.1724070>
- Keynes, J. M. (1942). *Collected Writings. Volume XXVII*.
- Kivimaa, P., Laakso, S., Lonkila, A., & Kaljonen, M. (2021). Moving beyond disruptive innovation: A review of disruption in sustainability transitions. *Environmental Innovation and Societal Transitions*, *38*, 110–126.



- Kleiner, S. (2022, Oktober 10). Wie sehr Krieg und Rüstung dem Klima schaden. *DER STANDARD*.
<https://www.derstandard.de/story/2000139703791/wie-sehr-krieg-und-ruestung-dem-klima-schaden>
- Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Sinabell, F., Kirchmayr, S., Müller, S., Rimböck, A., Voit, T., Heher, M., & Schanda, R. (2022). *Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich*. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Klinsky, S., & Dowlatabadi, H. (2009). Conceptualizations of justice in climate policy. *Climate Policy*.
<https://www.semanticscholar.org/paper/Conceptualizations-of-justice-in-climate-policy-Klinsky-Dowlatabadi/f239783fb7ffbde38e3ed0e88ced7255677dc3ef>
- Kotz, M., Levermann, A., & Wenz, L. (2024). The economic commitment of climate change. *Nature*, *628*(8008), 551–557. <https://doi.org/10.1038/s41586-024-07219-0>
- Krisch, A., Novy, A., Plank, L., Schmidt, A. E., & Blaas, W. (2023). *Die Leistungsträgerinnen des Alltagsleben: Covid-19 als Brennglas für die notwendige Neubewertung von Wirtschaft, Arbeit und Leistung*. The Foundational Economy Collective.
https://publik.tuwien.ac.at/files/publik_291036.pdf
- Krüger, T., & Pellicer-Sifres, V. (2020). From innovations to exnovations. Conflicts, (De-)Politicization processes, and power relations are key in analysing the ecological crisis. *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, *33*(2), 115–123.
<https://doi.org/10.1080/13511610.2020.1733936>
- Kubeczko, K., & Krisch, A. (2023). Kapitel 22. Netzgebundene Infrastrukturen. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 591–609). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_26



- Kulin, J., Johansson Sevä, I., & Dunlap, R. E. (2021). Nationalist ideology, rightwing populism, and public views about climate change in Europe. *Environmental Politics*, 30(7), 1111–1134. <https://doi.org/10.1080/09644016.2021.1898879>
- Lage, J., Thema, J., Zell-Ziegler, C., Best, B., Cordroch, L., & Wiese, F. (2023). Citizens call for sufficiency and regulation—A comparison of European citizen assemblies and National Energy and Climate Plans. *Energy Research & Social Science*, 104, 103254. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2023.103254>
- Lamb, W. F., Mattioli, G., Levi, S., Roberts, J. T., Capstick, S., Creutzig, F., Minx, J. C., Müller-Hansen, F., Culhane, T., & Steinberger, J. K. (2020). Discourses of climate delay. *Global Sustainability*, 3, e17. <https://doi.org/10.1017/sus.2020.13>
- Lambert, R. (2024). Wer hat Angst vor China? *LeMonde Diplomatique*.
- Lampl, C., Schmidt, A. E., & Aigner, E. (2024). *Ernährungsarmut in Österreich als Barriere für eine gesunde und klimafreundliche Ernährung*. Gesundheit Österreich GmbH. https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3695/1/Ern%C3%A4hrungsarmut%20in%20%C3%96sterreich_bf.pdf
- Lauer, N. (2024, Jänner 30). *Von Österreich-Plan bis Klimagesetz: Die ÖVP meidet das Klimathema*. DER STANDARD. <https://www.derstandard.at/story/3000000205164/von-oesterreich-plan-bis-klimagesetz-die-oevp-meidet-das-klima-thema>
- Laurent, É. (2023). The European Green Deal: From growth strategy to social-ecological transition? In B. Vanhercke, S. Sabato, & S. Spasova (Hrsg.), *Social policy in the European Union: State of play 2020*. ETUI aisbl.
- Lazarus, O., McDermid, S., & Jacquet, J. (2021). The climate responsibilities of industrial meat and dairy producers. *Climatic Change*, 165(30), 1–21. <https://doi.org/10.1007/s10584-021-03047-7>



- Lewandowsky, S., Ecker, U. K. H., & Cook, J. (2017). Beyond misinformation: Understanding and coping with the “post-truth” era. *Journal of Applied Research in Memory and Cognition*, 6(4), 353–369. <https://doi.org/10.1016/j.jarmac.2017.07.008>
- Lindellee, J., Alkan Olsson, J., & Koch, M. (2021). Operationalizing sustainable welfare and co-developing eco-social policies by prioritizing human needs. *Global Social Policy*, 21(2), 328–331. <https://doi.org/10.1177/14680181211019164>
- Liska, A. J., & Perrin, R. K. (2010). Securing Foreign Oil: A Case for Including Military Operations in the Climate Change Impact of Fuels. *Environment: Science and Policy for Sustainable Development*, 52(4), 9–22. <https://doi.org/10.1080/00139157.2010.493121>
- Lorek, S., & Fuchs, D. (2013). Strong sustainable consumption governance – precondition for a degrowth path? *Journal of Cleaner Production*, 38, 36–43. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2011.08.008>
- Madner, V., & Grob, L.-M. (2019). *Maßnahmen zur Stärkung von Orts- und Stadtkernen auf Bundesebene.* Österreichischer Städtebund. https://www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/Bilder/2.Reiter-Raum_u._Region/1.OEREK/OEREK_2011/PS_Orts_Stadtkerne/Studie_Massnahmen_auf_Bundesebene_Schriftenreihe_205.pdf
- Mahubani, K. (2020). Can a Planet in Peril Contain Geopolitical Rivalries? *Global Perspectives*, 1(1), 17071. <https://doi.org/10.1525/gp.2020.17071>
- Mang, S., & Caddick, D. (2023). *New EU fiscal rules jeopardise investment needed to combat climate crisis.* New Economics Foundation. <https://neweconomics.org/2023/08/new-eu-fiscal-rules-jeopardise-investment-needed-to-combat-climate-change>
- Marquardt, J., Oliveira, M. C., & Lederer, M. (2022). Same, same but different? How democratically elected right-wing populists shape climate change policymaking. *Environmental Politics*, 31(5), 777–800. <https://doi.org/10.1080/09644016.2022.2053423>



- Martiskainen, M., Axon, S., Sovacool, B. K., Sareen, S., Furszyfer Del Rio, D., & Axon, K. (2020). Contextualizing climate justice activism: Knowledge, emotions, motivations, and actions among climate strikers in six cities. *Global Environmental Change*, 65, 102180. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2020.102180>
- Mattioli, G., Roberts, C., Steinberger, J. K., & Brown, A. (2020). The political economy of car dependence: A systems of provision approach. *Energy Research & Social Science*, 66, 101486. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2020.101486>
- Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft* (Originalausgabe, Sonderdruck). Suhrkamp.
- Mazzucato, M., & Rodrik, D. (2023). Industrial Policy with Conditionalities: A Taxonomy and Sample Cases. *UCL Institute for Innovation and Public Purpose*. https://drodrik.scholar.harvard.edu/sites/scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/conditionality_mazzucato_rodrik_0927202.pdf
- McCauley, D., & Heffron, R. (2018). Just transition: Integrating climate, energy and environmental justice. *Energy Policy*, 119, 1–7. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2018.04.014>
- McIntyre, L. C. (2018). *Post-truth*. MIT Press.
- Meadows, D. (1999). *Leverage Points: Places to Intervene in a System*. The Sustainability Institute. https://1a0c26.p3cdn2.secureserver.net/wp-content/userfiles/Leverage_Points.pdf
- Michaelowa, A., & Sacherer, A.-K. (2022). Is climate finance a meteoric fashion or a stable pillar of the global response to anthropogenic climate change. *Handbook of international climate finance*, Edward Elgar, Cheltenham, 1–14.
- Miess, M., Böhmer, S., Frei, E., Glas, N., Krutzler, T., Lichtblau, G., Schieder, W., Schindler, I., & Svehla-Stix, S. (2022). *Analysis of the investment potential until 2030 on the pathway to climate neutrality (Analyse des Investitionspotenzials bis 2030 auf dem Weg zur Klimaneutralität)* (Study by the Environment Agency Austria, commissioned by the Austrian Chamber of



- Commerce) [Research Report (in German)]. Umweltbundesamt (Environment Agency Austria). <https://www.wko.at/branchen/bank-versicherung/folien-pk-investitionskosten-transformation.pdf>
- Miess, M., & Ornetzeder, M. (2023). Kapitel 16. Geld- und Finanzsystem. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 457–479). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_20
- Millward-Hopkins, J., Steinberger, J. K., Rao, N. D., & Oswald, Y. (2020). Providing decent living with minimum energy: A global scenario. *Global Environmental Change*, *65*, 102168. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2020.102168>
- Moulaert, F., & MacCallum, D. (2019). *Advanced Introduction to Social Innovation*. Edward Elgar Publishing.
- Muchhala, B. (2022). The Structural Power of the State-Finance Nexus: Systemic Delinking for the Right to Development. *Development*, *65*(2–4), 124–135. <https://doi.org/10.1057/s41301-022-00343-2>
- Musall, F. D., & Kuik, O. (2011). Local acceptance of renewable energy—A case study from southeast Germany. *Energy Policy*, *39*(6), 3252–3260. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2011.03.017>
- Neimark, B., Belcher, O., & Bigger, P. (2019, Juni 24). *US military is a bigger polluter than as many as 140 countries – shrinking this war machine is a must*. The Conversation. <http://theconversation.com/us-military-is-a-bigger-polluter-than-as-many-as-140-countries-shrinking-this-war-machine-is-a-must-119269>
- Net Zero Tracker. (2024). *Companies*. <https://zerotracker.net/>
- NetZero2040. (2024). NetZero2040. <https://www.netzero2040.at>



- Newth, G., & Scopelliti, A. (2023). Common sense, populism, and reactionary politics on Twitter: An analysis of populist far-right common sense narratives between 2008 and 2022. *Party Politics*, *0*(0), 1–17. <https://doi.org/10.1177/13540688231224319>
- Nogué-Algueró, B. (2020a). Growth in the docks: Ports, metabolic flows and socio-environmental impacts. *Sustainability Science*, *15*(1), 11–30. <https://doi.org/10.1007/s11625-019-00764-y>
- Nogué-Algueró, B. (2020b). Growth in the docks: Ports, metabolic flows and socio-environmental impacts. *Sustainability Science*, *15*(1), 11–30. <https://doi.org/10.1007/s11625-019-00764-y>
- Noor, D. (2023, Juli 16). Big oil quietly walks back on climate pledges as global heat records tumble. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/us-news/2023/jul/16/big-oil-climate-pledges-extreme-heat-fossil-fuel>
- Nordensvard, J., & Ketola, M. (2021). Populism as an act of storytelling: Analyzing the climate change narratives of Donald Trump and Greta Thunberg as populist truth-tellers. *Environmental Politics*, *31*(5), 861–882. <https://doi.org/10.1080/09644016.2021.1996818>
- Novy, A. (2019). Kritik der westlichen Lebensweise. *Chancen und Grenzen der Nachhaltigkeitstransformation: Ökonomische und soziologische Perspektiven*, 43–58.
- Novy, A. (2022). The political trilemma of contemporary social-ecological transformation – lessons from Karl Polanyi’s *The Great Transformation*. *Globalizations*, *19*(1), 59–80. <https://doi.org/10.1080/14747731.2020.1850073>
- Novy, A., & Barlow, N. (2022). *Transformative Climate Actions* [Application/pdf]. 29 pages. <https://doi.org/10.57938/A71BA651-9044-4AE8-9A7A-BE434710E1BE>
- Novy, A., Barlow, N., & Fankhauser, J. (2022). Transformative Innovation. In L. Pellizoni, E. Leonardi, & V. Asara (Hrsg.), *Handbook of Critical Environmental Politics* (S. 593–609). Edward Elgar.
- Novy, A., Bärnthaler, R., & Prieler, M. (2023a). *Zukunftsfähiges Wirtschaften: Herausforderungen der sozialökologischen Transformation* (2., überarbeitete Auflage). Beltz Juventa.



- Novy, A., Haderer, M., Kubeczko, K., Aigner, E., Bärnthaler, R., Brand, U., Brudermann, T., Daniel, A., Exner, A., Fankhauser, J., Getzner, M., Görg, C., Jonas, M., Ohndorf, M., Ornetzeder, M., Plank, L., Schinko, T., Schlitz, N., Strüver, A., & Tödtling, F. (2023b). Kapitel 2. Perspektiven zur Analyse und Gestaltung von Strukturen klimafreundlichen Lebens. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 195–213). Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_6
- Novy, A., Baumgartner, B., Grabow, S., Plank, L., & Volmary, H. (2024). Greening Red Vienna: Lessons for social-ecological housing provision. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 20(1), 2312674. <https://doi.org/10.1080/15487733.2024.2312674>
- Novy, A., & Dornis, N. (forthcoming a). Good housing and good care in times of transformation. *Berliner Journal für Soziologie*.
- Novy, A., & Dornis, N. (forthcoming b). Planning without hybris: Top-linked governance to empower bottom-linked initiatives. In F. Moulaert & A. Mehmood (Hrsg.), *From Land Development to a Geography of Local Cohesion*.
- Ombuya, S., Shishlov, I., & Michaelowa, A. (2024). *International Climate Finance from a Global Perspective*.
- ÖROK. (2021). *50 Jahre Österreichische Raumordnungskonferenz*.
- Oswald, Y., Owen, A., & Steinberger, J. K. (2020). Large inequality in international and intranational energy footprints between income groups and across consumption categories. *Nature Energy*, 5(3), Article 3. <https://doi.org/10.1038/s41560-020-0579-8>
- OTS. (2024a, Jänner 13). *FPÖ – Kickl: „2024 wird die politische Wende mit einem freiheitlichen Volkskanzler und Hinwendung zur eigenen Bevölkerung bringen!“* OTS.at. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240113_OTS0015/fpoe-kickl-2024-wird-die-



politische-wende-mit-einem-freiheitlichen-volkskanzler-und-hinwendung-zur-eigenen-bevoelkerung-bringen

OTS. (2024b, März 18). *FPÖ – Kickl: „Wir lassen uns das von der EU nicht mehr gefallen!“* OTS.at. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240318_OTS0100/fpoe-kickl-wir-lassen-uns-das-von-der-eu-nicht-mehr-gefallen

Otto, F. (2023). *Klimaungerechtigkeit. Was die Klimakatastrophe mit Kapitalismus, Rassismus und Sexismus zu tun hat*. Ullstein.

Otto, J. (2023, Oktober 3). Sondervermögen für Bildung: Die Privatschulen freut's. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/2023/41/bildungspolitik-sondervermoegen-schulbildung-startchancenprogramm>

Parrique, T., Barth, J., Briens, F., Kerschner, C., Kraus-Polk, A., Kuokkanen, A., & Spangenberg, J. H. (2019). *Decoupling debunked: Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability*. European Environmental Bureau. <https://eeb.org/wp-content/uploads/2019/07/Decoupling-Debunked.pdf>

Pauw, P., Mbeva, K., & Van Asselt, H. (2019). Subtle differentiation of countries' responsibilities under the Paris Agreement. *Palgrave Communications*, 5(1), 86. <https://doi.org/10.1057/s41599-019-0298-6>

Pauwelyn, J. (2019). WTO Dispute Settlement Post 2019: What to Expect? *Journal of International Economic Law*, 22(3), 297–321. <https://doi.org/10.1093/jiel/jgz024>

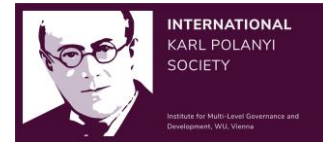
Pekanov, A., & Schratzenstaller-Altzinger, M. (2023). 8. Making Green Public Investments a Reality in the EU Fiscal Framework and the EU Budget. In F. Cerniglia, F. Saraceno, & A. Watt (Hrsg.), *Financing Investment in Times of High Public Debt* (1. Aufl., S. 137–156). Open Book Publishers. <https://doi.org/10.11647/obp.0386.08>

Pichler, M. (2023). Political dimensions of social-ecological transformations: Polity, politics, policy. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 19(1), 1–14.



Polanyi Paper #001

- Pichler, M., Krenmayr, N., Schneider, E., & Brand, U. (2021). EU industrial policy: Between modernization and transformation of the automotive industry. *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 38, 140–152. <https://doi.org/10.1016/j.eist.2020.12.002>
- Plehwe, D., Slobodian, Q., & Mirowski, P. (Eds.). (2020). *Nine lives of neoliberalism*. Verso.
- Plank, L., Volmary, H., Krenn, M., & Blaas, W. (2023). *Shareholderorientierte Transnationale Investoren in der kritischen sozialen Infrastruktur* [Studie im Auftrag der AK Wien].
- Polanyi, K. (2001). *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Beacon Press.
- Pollex, J., & Lenschow, A. (2018). Surrendering to growth? The European Union's goals for research and technology in the Horizon 2020 framework. *Journal of Cleaner Production*, 197, 1863–1871. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2016.10.195>
- Porak, L. (2023). Wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit: Eine Historisch-Materialistische Analyse der Ideen, Institutionen und Machtverhältnisse in der europäischen grünen Transformation. *Momentum Quarterly - Zeitschrift für sozialen Fortschritt*, 12(1), Article 1. <https://doi.org/10.15203/momentumquarterly.vol12.no1.p65-83>
- Preker, A. (2020, Juni 28). Fleischfabriken in Deutschland: Schlachtbank Europas. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/deutsche-fleischfabriken-in-der-corona-krise-schlachtbank-europas-a-bc67c942-27ce-4668-8908-ecde4af86619>
- Princen, T. (2003). Principles for Sustainability: From Cooperation and Efficiency to Sufficiency. *Global Environmental Politics*, 3(1).
- Princen, T. (2005). *The Logic of Sufficiency*. MIT Press.
- Pulkkinen, K., Undorf, S., Bender, F., Wikman-Svahn, P., Doblas-Reyes, F., Flynn, C., Hegerl, G. C., Jönsson, A., Leung, G.-K., Roussos, J., Shepherd, T. G., & Thompson, E. (2022). The value of values in climate science. *Nature Climate Change*, 12(1), 4–6. <https://doi.org/10.1038/s41558-021-01238-9>



- Rainforest Action Network, Banktrack, Indigenous Environmental Network, Oilchange, Reclaim Finance, Sierra Club, & Urgewald. (2023). *Banking on Climate Chaos: Fossil Fuel Finance Report 2023*. Banking on Climate Chaos. <https://www.bankingonclimatechaos.org/>
- Rankin, J. (2023, April 17). EU faces legal action after including gas and nuclear in 'green' investments guide. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/environment/2023/apr/18/eu-faces-legal-action-gas-nuclear-green-investments-guide-european-commission>
- Rauch, W. (o. J.). *Im Endeffekt werden mit der aktuellen Klimapolitik nur Arbeitsplätze vernichtet*. Abgerufen 14. März 2024, von <https://www.fpo.e.at/artikel/im-endeffekt-werden-mit-der-aktuellen-klimapolitik-nur-arbeitsplaetze-vernichtet/>
- Reckien, D., Salvia, M., Heidrich, O., Church, J. M., Pietrapertosa, F., De Gregorio-Hurtado, S., D'Alonzo, V., Foley, A., Simoes, S. G., Krkoška Lorencová, E., Orru, H., Orru, K., Wejs, A., Flacke, J., Olazabal, M., Geneletti, D., Feliu, E., Vasilie, S., Nador, C., ... Dawson, R. (2018). How are cities planning to respond to climate change? Assessment of local climate plans from 885 cities in the EU-28. *Journal of Cleaner Production*, 191, 207–219. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2018.03.220>
- Reiner, C., & Edlinger, H. (2023). *Globalisierung am Limit* (No. 133; Themenblätter im Unterricht). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Rennert, D. (2022, November 3). Die größte Emissionsquelle, die in den Klimabilanzen fehlt: Das Militär. *DER STANDARD*. <https://www.derstandard.de/story/2000140472629/die-groesste-emissionsquelle-die-in-den-klimabilanzen-fehlt-das-militaer>
- Rockström, J., Gupta, J., Qin, D., Lade, S. J., Abrams, J. F., Andersen, L. S., Armstrong McKay, D. I., Bai, X., Bala, G., Bunn, S. E., Ciobanu, D., DeClerck, F., Ebi, K., Gifford, L., Gordon, C., Hasan, S., Kanie, N., Lenton, T. M., Loriani, S., ... Zhang, X. (2023). Safe and just Earth system boundaries. *Nature*, 619(7968), Article 7968. <https://doi.org/10.1038/s41586-023-06083-8>



- Rodrigo-Ginés, F.-J., Carrillo-de-Albornoz, J., & Plaza, L. (2024). A systematic review on media bias detection: What is media bias, how it is expressed, and how to detect it. *Expert Systems with Applications*, 237, 121641. <https://doi.org/10.1016/j.eswa.2023.121641>
- Rodrik, D. (2011). *The globalization paradox: Democracy and the future of the world economy*. WW Norton & Company.
- Rodrik, D. (2021). Why does globalization fuel populism? Economics, culture, and the rise of right-wing populism. *Annual Review of Economics*, 13, 133–170. <https://doi.org/10.1146/annurev-economics-070220-032416>
- Romanello, M., Whitmee, S., Mulcahy, E., & Costello, A. (2023). Further delays in tackling greenhouse gas emissions at COP28 will be an act of negligence. *The Lancet*, 402(10417), 2055–2057. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(23\)02584-9](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(23)02584-9)
- Roth, P. A. (1987). *Meaning and Method in the Social Sciences: A Case for Methodological Pluralism*. Cornell University Press. <https://www.jstor.org/stable/10.7591/j.ctvr696hr>
- Sachverständigenrat für Umweltfragen. (2024). *Suffizienz als „Strategie des Genug“: Eine Einladung zur Diskussion*. Sachverständigenrat für Umweltfragen. https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2024_03_Suffizienz.html
- Salleh, A. (Hrsg.). (2009). *Eco-sufficiency & global justice: Women write political ecology*. Pluto Press ; Spinifex Press ; Distributed in the United States of America exclusively by Palgrave Macmillan.
- Samuelson, W., & Zeckhauser, R. (1988). Status quo bias in decision making. *Journal of Risk and Uncertainty*, 1(1), 7–59. <https://doi.org/10.1007/BF00055564>
- Schaffar, W. (2019). *Globalisierung des Autoritarismus: Aspekte der weltweiten Krise der Demokratie*.
- Scharpf, F. (1999). *Governing in Europe: Effective and Democratic?* Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780198295457.001.0001>



- Schirpke, U., Tasser, E., Borsky, S., Braun, M., Eitzinger, J., Gaube, V., Getzner, M., Glatzel, S., Gschwantner, T., Kirchner, M., Leitinger, G., Mehdi-Schulz, B., Mitter, H., Scheifinger, H., Thaler, S., Thom, D., & Thaler, T. (2023). Past and future impacts of land-use changes on ecosystem services in Austria. *Journal of Environmental Management*, 345, 118728. <https://doi.org/10.1016/j.jenvman.2023.118728>
- Schleer, C., Wisniewski, N., & Reusswig, F. A. (2024). *Sozialökologische Transformation gestalten: Wie gesellschaftliche Barrieren überwunden und Resonanzpotenziale genutzt werden können* [Abschlussbericht]. Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/bruessel/21075.pdf>
- Schmid, F. (2024, März 20). *Die blaue Medienwelt ist noch radikaler und größer geworden*. DER STANDARD. <https://www.derstandard.at/story/3000000212514/die-blaue-medienwelt-ist-noch-radikaler-und-groesser-geworden>
- Schneider, U. (2023). Kapitel 18. Sozialstaat und Klimawandel. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 499–528). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_22
- Schneidewind, U., & Zahrnt, A. (2013). *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. Oekom.
- Schreuer, A. (2016). The establishment of citizen power plants in Austria: A process of empowerment? *Energy Research & Social Science*, 13, 126–135. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2015.12.003>
- Schuberth, H., & Soder, M. (2024). Wirtschaftspolitik und Governance eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität. *Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung*, 1(1), 75–88. <https://doi.org/10.3790/vaw.2024.1439008>



- Schulze Waltrup, R. (2023). An eco-social policy typology: From system reproduction to transformation. *Global Social Policy*, 14680181231205777. <https://doi.org/10.1177/14680181231205777>
- Seebauer, S., Lüchl, A., Köberl, J., & Kulmer, V. (2021). *Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich*.
- Segreto, M., Principe, L., Desormeaux, A., Torre, M., Tomassetti, L., Tratzi, P., Paolini, V., & Petracchini, F. (2020). Trends in Social Acceptance of Renewable Energy Across Europe—A Literature Review. *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 17(24), 9161. <https://doi.org/10.3390/ijerph17249161>
- Seidl, R., Von Wirth, T., & Krütli, P. (2019). Social acceptance of distributed energy systems in Swiss, German, and Austrian energy transitions. *Energy Research & Social Science*, 54, 117–128. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2019.04.006>
- Servant, J.-C. (2022, Oktober 13). *Verbrannte Erde*. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5885030>
- Shove, E., Trentmann, F., & Wilk, R. R. (Hrsg.). (2009). *Time, consumption and everyday life: Practice, materiality and culture*. Berg.
- Shove, E., Pantzar, M., & Watson, M. (2012). *The dynamics of social practice: Everyday life and how it changes*. SAGE.
- Si, Y., Desai, D., Bozhilova, D., Puffer, S., & Stephens, J. C. (2023). Fossil fuel companies' climate communication strategies: Industry messaging on renewables and natural gas. *Energy Research & Social Science*, 98, 103028. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2023.103028>
- Sievert, K., Lawrence, M., Parker, C., & Baker, P. (2020). Understanding the Political Challenge of Red and Processed Meat Reduction for Healthy and Sustainable Food Systems: A Narrative Review of the Literature. *International Journal of Health Policy and Management*, 1–16. <https://doi.org/10.34172/ijhpm.2020.238>
- SIPRI. (2023). *Trends in World Military Expenditure*.



SIPRI. (2024, April 22). *Global military spending surges amid war, rising tensions and insecurity* | SIPRI.

<https://www.sipri.org/media/press-release/2024/global-military-spending-surges-amid-war-rising-tensions-and-insecurity>

Sommer, M. (2022). Neuer Nationalrat | Das sind die Abgeordneten im österreichischen Parlament.

Kleine Zeitung Interaktiv. <https://interaktiv.kleinezeitung.at/nationalrat-das-sind-die-neuen-abgeordneten/>

SORA. (2023, November 28). *Österreichischer Demokratie Monitor*.

Spash, C. (2024). *Foundations of social ecological economics: The fight for revolutionary change in economic thought*. Manchester University Press.

Stagl, S., Eckert, L., & Schemel, B. (2024). Umsetzung und gesellschaftliche Akzeptanz. In K. W.

Steininger, K. Riahi, S. Stagl, H. Kromp-Kolb, & G. Kirchengast (Hrsg.), *Nationaler Energie- und Klimaplan (NEKP) für Österreich Wissenschaftliche Bewertung der in der Konsultation 2023 vorgeschlagenen Maßnahmen*. CCCA.

https://ccca.ac.at/fileadmin/00_DokumenteHauptmenue/02_Klimawissen/RefNEKP/Bericht/NEKP_Wissenschaftliche_Bewertung_der_Massnahmen_der_Stellungnahmen_Februar2024.pdf

Standard. (2018, Dezember 1). *Asylwerber „konzentriert“ halten: Für Kurz hat Kickl Aussage*

„klargestellt“. DER STANDARD. <https://www.derstandard.at/story/2000071980372/kritik-von-vielen-seiten-an-kickls-wortwahl-zur-konzentrierten-unterbringung>

Stanley, B. (2021, September 12). *Dreck am Stiefel*. <https://monde-diplomatique.de/artikel/15802283>

Starkbaum, J., Auel, K., Bobi, V., Fuglsang, S., Grand, P., Griessler, E., König, T., Losi, L., Seiser, F.,

Tiemann, G., Taschwer, K., & Unger, M. (2023). *Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie*. Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS).



Statistik Austria. (2024a). *Bildungsstand der Bevölkerung.*

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/bildungsstand-der-bevoelkerung>

Statistik Austria. (2024b). *Durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Hauptwohnsitzwohnungen in Österreich von 2004 bis 2023 (in m²) [Graph].* Statista.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/512938/umfrage/wohnflaeche-pro-person-in-hauptwohnsitzwohnungen-in-oesterreich/>

Stechemesser, A., Koch, N., Mark, E., Dilger, E., Klösel, P., Menicacci, L., Nachtigall, D., Pretis, F., Ritter, N., Schwarz, M., Vossen, H., & Wenzel, A. (2024). Climate policies that achieved major emission reductions: Global evidence from two decades. *Science*, 385(6711), 884–892. <https://doi.org/10.1126/science.adl6547>

Steininger, K. W., Schinko, T., Rieder, H., Kromp-Kolb, H., Kienberger, S., Kirchengast, G., Michl, C., Schwarzl, I., & Lambert, S. (2022). *1,5° C: Wieviel Treibhausgase dürfen wir noch emittieren? Hintergrundpapier zu globalen und nationalen Treibhausgasbudgets.* (CCCA, Hrsg.).

Steininger, K. W., Riahi, K., Stagl, S., Kromp-Kolb, H., & Kirchengast, G. (Hrsg.). (2024). *Nationaler Energie- und Klimaplan (NEKP) für Österreich—Wissenschaftliche Bewertung der in der Konsultation 2023 vorgeschlagenen Maßnahmen.* Climate Change Centre Austria (CCCA). https://ccca.ac.at/fileadmin/00_DokumenteHauptmenue/02_Klimawissen/RefNEKP/Bericht/NEKP_Wissenschaftliche_Bewertung_der_Massnahmen_der_Stellungnahmen_Februar2024.pdf

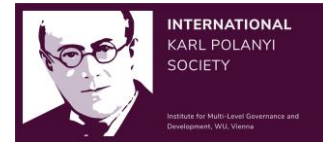
Steuernagel, A. (2021). Digitale Nachfragegenerierung. In A. Steuernagel (Hrsg.), *Digitale Transformation des Marketings und Vertriebs in B2B-Unternehmen: Konzepte und Anwendungsbeispiele* (S. 11–22). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-34889-2_3



- Steurer, R. (2023). Kapitel 12. Governance und politische Beteiligung. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 389–402). Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_16
- Stoddard, I., Anderson, K., Capstick, S., Carton, W., Depledge, J., Facer, K., Gough, C., Hache, F., Hoolohan, C., Hultman, M., Hällström, N., Kartha, S., Klinsky, S., Kuchler, M., Lövbrand, E., Nasiritousi, N., Newell, P., Peters, G. P., Sokona, Y., ... Williams, M. (2021). Three Decades of Climate Mitigation: Why Haven't We Bent the Global Emissions Curve? *Annual Review of Environment and Resources*, 46(1), 653–689. <https://doi.org/10.1146/annurev-environ-012220-011104>
- Strebel, M. A., Kübler, D., & Marcinkowski, F. (2019). The importance of input and output legitimacy in democratic governance: Evidence from a population-based survey experiment in four West European countries. *European Journal of Political Research*, 58(2), 488–513. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12293>
- Streck, C., & Terhalle, M. (2013). The changing geopolitics of climate change. *Climate Policy*, 13(5), 533–537. <https://doi.org/10.1080/14693062.2013.823809>
- Sultana, F. (2022). The unbearable heaviness of climate coloniality. *Political Geography*, 99, 102638. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2022.102638>
- Sulzbacher, M. (2023, November 30). *Die Geschichte des Begriffs „Volkskanzler“: Von Hitler bis Kickl*. DER STANDARD. <https://www.derstandard.at/story/3000000197679/die-geschichte-des-begriffs-volkskanzler-von-hitler-bis-kickl>
- Sum, N.-L., & Jessop, B. (2013). *Towards a Cultural Political Economy. Putting Culture in its Place in Political Economy*. Edward Elgar.
- Svanda, N., & Zech, S. (2023). Kapitel 19. Raumplanung. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein*



- klimafreundliches Leben* (S. 529–546). Springer Berlin Heidelberg.
https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_23
- Terhalle, M., & Depledge, J. (2013). Great-power politics, order transition, and climate governance: Insights from international relations theory. *Climate Policy*, 13(5), 572–588.
<https://doi.org/10.1080/14693062.2013.818849>
- Thaller, A., Wicki, M., Fleiß, E., Maier, R., & Posch, A. (2024). Pushing low-carbon mobility: A survey experiment on the public acceptance of disruptive policy packages. *Climate Policy*, 1–14.
<https://doi.org/10.1080/14693062.2024.2302322>
- Theine, H., & Regen, L. (2023). Kapitel 20. Mediendiskurse und -strukturen. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 547–566). Springer Berlin Heidelberg.
https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_24
- Tröster, B. (2024). *EU-Handelspolitik in unruhigen Zeiten: Eine Bilanz vor den Europawahlen* [Aktueller Kommentar März 2024]. Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung.
<https://www.oefse.at/publikationen/aktueller-kommentar/aktueller-kommentar-maerz-2024/>
- Umweltbundesamt. (2022, Mai). *Investitionspotenzial der Klimatransformation* [Pressekonferenz].
<https://www.umweltbundesamt.at/news220517>
- UNCTAD. (2023a). *TRADE AND DEVELOPMENT REPORT 2023—Growth, Debt and Climate: Realigning the Global Financial Architecture*. United Nations Conference on Trade and Development.
https://unctad.org/system/files/official-document/tdr2023_en.pdf
- UNCTAD. (2023b). *TRADE AND DEVELOPMENT REPORT 2023—Growth, Debt and Climate: Realigning the Global Financial Architecture*.
- Unger, M., & Rogl, G. (2023). *Nachhaltigkeit und Klima in Österreichs Unternehmen: Chancen für den österreichischen Mittelstand*. EY.



- Upham, D. P., Sovacool, P. B., & Ghosh, D. B. (2022). Just transitions for industrial decarbonisation: A framework for innovation, participation, and justice. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 167, 112699. <https://doi.org/10.1016/j.rser.2022.112699>
- Urgewald. (2023). *Explore the Data*. Investing in Climate Chaos. <https://investinginclimatechaos.org/data>
- Veit, A., & Fuchs, D. (Hrsg.). (2023). *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung?: Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen* (1. Aufl., Bd. 1). transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/97838389468814>
- Vogel, J., Steinberger, J. K., O'Neill, D. W., Lamb, W. F., & Krishnakumar, J. (2021). Socio-economic conditions for satisfying human needs at low energy use: An international analysis of social provisioning. *Global Environmental Change*, 69, 102287-. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2021.102287>
- Vogel, J., & Hickel, J. (2023). Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO₂–GDP decoupling in high-income countries. *The Lancet Planetary Health*, 7(9), e759–e769. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(23\)00174-2](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(23)00174-2)
- Vogler, J. (2020). The international politics of COP26. *Scottish Geographical Journal*, 136(1–4), 31–35. <https://doi.org/10.1080/14702541.2020.1863610>
- Vona, F. (2021). *Managing the distributional effects of environmental and climate policies: The narrow path for a triple dividend* (OECD Environment Working Papers 188; OECD Environment Working Papers, Bd. 188). <https://doi.org/10.1787/361126bd-en>
- Wæver, O. (1993). *Securitization and desecuritization* (Bd. 5). Centre for Peace and Conflict Research Copenhagen.
- Weber, M., & Kubeczko, K. (2023). Kapitel 13. Innovationssystem und -politik. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report:*



- Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 403–412). Springer Berlin Heidelberg.
https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_17
- Wegscheider-Pichler, A., Prettner, C., Lamei, N., & Unger, W. (2021). *Wie geht's Österreich? Indikatoren und Analysen von 2000 bis zum COVID-19-Krisenjahr 2020*. Statistik Austria.
- Weißgerber, A. (2021). „Klimapolitik mit Augenmaß“. CDU/CSU-Fraktion.
<http://www.cducsu.de/themen/klimapolitik-mit-augenmass>
- Weisz, U., Pichler, P.-P., Jaccard, I. S., Haas, W., Matej, S., Bachner, F., Nowak, P., & Weisz, H. (2020). Carbon emission trends and sustainability options in Austrian health care. *Resources, Conservation and Recycling*, 160, 104862. <https://doi.org/10.1016/j.resconrec.2020.104862>
- Weyerstraß, K., Getzner, M., Gugele, B., Laa, E., Müller, H. L., Niedertscheider, M., Plank, K., Plank, L., Schieder, W., Schindler, I., Schmidtner, D., & Zenz, H. (forthcoming). *Gesamtwirtschaftlicher Investitionsbedarf in Österreich zur Erreichung der Klimaziele*. [Research Report of the IHS]. Institute of Advanced Studies, Environment Agency Austria, TU Vienna.
<https://www.ihs.ac.at/de/forschung/forschungsprojekte/project-details/gesamtwirtschaftlicher-investitionsbedarf-in-oesterreich-zur-erreichung-der-klimaziele/>
- WGBU (Hrsg.). (2011). *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation; [Hauptgutachten]* (2., veränd. Aufl). Wiss. Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).
- Wiesböck, L., & Verwiebe, R. (2021). Die Mittelschicht in Österreich unter Druck – einleitende Bemerkungen. In R. Verwiebe & L. Wiesböck (Hrsg.), *Mittelschicht unter Druck: Dynamiken in der österreichischen Mitte* (S. 1–12). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31523-8_1
- Wieser, H., & Kaufmann, P. (2023). Kapitel 14. Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC*



- Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 413–436). Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_18
- Williges, K., Meyer, L. H., Steininger, K. W., & Kirchengast, G. (2022). Fairness critically conditions the carbon budget allocation across countries. *Global Environmental Change*, 74, 102481. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2022.102481>
- Wise, J. (2023). COP28 decision to “transition away” from fossil fuels is hailed as milestone but loopholes are decried. *BMJ*, p2941. <https://doi.org/10.1136/bmj.p2941>
- Wits, C. (2023). *EU-China Climate Cooperation in an Age of Geopolitical Rivalry*. Wetenschappelijk Bureau Groenlinks. <https://www.wetenschappelijkbureaugroenlinks.nl/geopolitics-post-growth/eu-china-climate-cooperation-age-geopolitical-rivalry>
- Wittmayer, J., & Hölscher, K. (2017). *Transformationsforschung – Definitionen, Ansätze, Methoden* (No. 103). Umweltbundesamt.
- Wouters, R. (2024). *Geopolitics of a Post-Growth: Europe Report, Studies and Research*. Green European Foundation.
- Wright, E. O. (2020). *Envisioning real utopias*. Verso Books.
- WWF. (2022). *Transformation im Kerngeschäft: WWF-Bankenstudie 2022*. WWF. https://www.wwf.at/wp-content/uploads/2022/10/2022_WWF_Bankenstudie.pdf
- Yearley, S. (2009). Sociology and Climate Change after Kyoto: What Roles for Social Science in Understanding Climate Change? *Current Sociology*, 57(3), 389–405. <https://doi.org/10.1177/0011392108101589>
- Zandonella, M. (2022). *Demokratie Monitor 2022*. SORA.
- Zeller, C. (2023). Fossile Gegenoffensive – Grüner Kapitalismus ist nicht in Sicht. *emanzipation - Zeitschrift für ökosozialistische Strategie*, 7(2), 1–32.